

Bayerischer Landtag
Stenographischer Bericht

53. Sitzung

Donnerstag, den 22. November 1951

Geschäftliche Mitteilungen 758, 790, 813

Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1951 (Einzelplan VII) — Fortsetzung der Beratung —

Dr. Sturm (BP)	759
Dr. Seidel, Staatsminister	761, 784
Zietsch, Staatsminister	763
Dr. Eckhardt (BHE)	763
Wolf Hans (FDP)	769
Haußleiter (DG)	771
Elsen (CSU)	773
Piehler (SPD)	774
Dr. Geiselhöringer (BP)	778
Dr. Schedl (CSU)	783

Abstimmung 787

Namentliche Abstimmung 788

Antrag der Abg. Bantele u. Gen., Dr. Fischer, Demeter, Dr. Strosche und Rabenstein betr. Schaffung einer Zentralstelle zur Bearbeitung von Heimkehrerfragen (Beilage 1071)

Bericht des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten (Beilage 1250)

Weishäupl (SPD), Berichterstatter	790, 793, 796
Hadasch (FDP)	791, 795, 798
Dr. Fischer (CSU)	792, 796
Bantele (BP)	792
Dr. Strosche (BHE)	793
Dr. Lippert (BP)	794
Stock (SPD)	797
Krehle, Staatssekretär	797
Dr. Ehard, Ministerpräsident	797

Namentliche Abstimmung 798, 812

Antrag des Abg. Dr. Soenning u. Fraktion betr. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung der Krankenhäuser (Beilage 1163)

Bericht des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten (Beilage 1447)

Kunath (SPD), Berichterstatter	799, 800
Junker (CSU)	799
Dr. Soenning (FDP)	799
von und zu Franckenstein	800

Beschluß 801

Antrag der Abg. Hagen Lorenz, Ospald u. Fraktion betr. Verabschiedung des Gesetzes über die Schaffung von Mindestarbeitsbedingungen (Beilage 1059)

Bericht des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten (1707)

Müller (SPD), Berichterstatter	800
--	-----

Beschluß 800

Anträge der Abg. Lechner Hans, Bantele u. Fraktion betr. Aufhebung des Landtagsbeschlusses bezüglich der Forstrechte vom 3. 6. 1949 (Beilage 206)

und

Kerber u. Gen. betr. Aufhebung der Verordnung vom 30. 7. 1937 zur Förderung der Nutzholzgewinnung (Beilage 517)

Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Beilage 1437)

Frühwald (BP), Berichterstatter	801
Dr. Schlögl, Staatsminister	802
Kiene (SPD)	803, 805
Dr. Baumgartner (BP)	803, 804
Kerber (CSU)	803
Stain (BHE)	805

Beschluß 806

Antrag der Abg. Bitom u. Gen., Euerl u. Gen., Gärtner, Puls und Stain betr. Vorlage des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der durch Errichtung von Truppenübungsplätzen vertriebenen Bauern (Beilage 1379)

Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Beilage 1459)

Haisch (CSU), Berichterstatter	806
--	-----

Beschluß 807

Antrag der Abg. Baumeister u. Gen., Bittinger u. Gen., Dr. Baumgartner, Frühwald und Elzer betr. Abstandnahme von der Herabsetzung der Zuschüsse für die Zwischenunterkünfte der aus Hohenfels umzusiedelnden Bauern

Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Beilage 1603)

Frühwald (BP), Berichterstatter	807
---	-----

Beschluß 807

Antrag des Abg. Haisch betr. Versorgung Bayerns mit Importgetreide

Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Beilage 1604)

Baumeister (CSU), Berichterstatter	807
--	-----

Beschluß 807

Antrag des Abg. Eisenmann u. Gen. betr. Befähigungsnachweis bei Kauf und Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe (Beilage 608)		Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 1496)	
Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Beilage 811)		Mittich (BHE), Berichterstatter	810
Eisenmann (BP), Berichterstatter	807	Beschluß	810
Antrag zurückgezogen	807		
Antrag des Abg. Dr. Lippert betr. Geltendmachung von Ansprüchen gemäß § 6 Abs. 3 des Entschädigungsgesetzes (Beilage 1032)		Antrag des Abg. Piehler betr. Verteilung von Bundesmitteln für den Ausbau und die Unterhaltung der Bundesstraßen und Autobahnen	
Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 1576)		Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 1497)	
Dr. Zdralek (SPD), Berichterstatter	808	Dr. Schedl (CSU), Berichterstatter	810
Beschluß	808	Beschluß	810
Antrag der Abg. Bitom u. Gen., Baumeister u. Gen., Bantele u. Gen. und Wolf Hans betr. Freigabe der Mittel für das kurzfristige Sanierungsprogramm		Antrag der Abg. Dr. Malluche u. Fraktion betr. Ausbau der Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße (Beilage 1284)	
Bericht des Ausschusses für Grenzlandfragen (Beilage 1499)		Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 1591)	
Sichler (SPD), Berichterstatter	808	Drechsel (SPD), Berichterstatter	810
Beschluß	808	Beschluß	811
Antrag der Abg. Dr. Soenning u. Gen. betr. Linienführung der Autobahn München—Lindau (Beilage 1289)		Antrag der Abg. Dr. Malluche u. Fraktion betr. Erhaltung des Filmgeländes Geiseltasteig für den deutschen Film (Beilage 1358)	
Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 1492)		Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 1592)	
Beratung zurückgestellt	808, 809	Dr. Lenz (CSU), Berichterstatter	811
Antrag des Abg. Bantele betr. Wiedereinführung der früheren Kennzeichen für die bayerischen Kraftfahrzeuge (Beilage 1279)		Beschluß	811
Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 1493)		Antrag der Abg. Dr. Schedl u. Gen. betr. Gewährung von Kohlenprämien für Grubenhöhlieferungen (Beilage 1425)	
Frenzel (SPD), Berichterstatter	809	Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 1593)	
Beschluß	809	Piehler (SPD), Berichterstatter	811
Antrag der Abg. Freundl und Geiger betr. Einbeziehung von Erzeugnissen der bayerischen Porzellanindustrie in den Warenkatalog zur Aufwandsteuer (Beilage 1435)		Dr. Eberhardt (FDP)	811
Geiger (CSU), Antragsteller	809	Dr. Schedl (CSU), Antragsteller	812
Antrag zurückgezogen	809	Stain (BHE)	812
Antrag der Abg. Dr. Lippert u. Fraktion und Bezold u. Fraktion betr. Kohlenversorgung der bayerischen Ziegelindustrie (Beilage 1382)		Beschluß	812
Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Beilage 1495)		Persönliche Erklärung	
Piehler (SPD), Berichterstatter	809	Hadasch (FDP)	812
Beschluß	809	Präsident Dr. Hundhammer	813
Antrag der Abg. Bantele, Gegenwarth, Dr. Sturm, Pittroff und Simmel betr. Berücksichtigung des oberfränkisch—oberpfälzischen Raums beim Bau der Autobahn Nürnberg—Frankfurt		Nächste Sitzung	813

Präsident Dr. Hundhammer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 2 Minuten.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Sitzung ist eröffnet.

Entschuldigt sind gemäß Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes die Abgeordneten Baur Leonhard, Behringer, Dr. Bungartz, Hagen Lorenz, Hofer, Dr. Lacherbauer, Dr. Seitz, Dr. Soenning.

Der Kollege Abgeordneter Dr. Seitz bittet um einen dreimonatigen Urlaub für eine Studienreise nach Amerika. Nach der Ziffer 4 der Satzungen ist

(Präsident Dr. Hundhammer)

dieser Urlaub, weil er über eine Woche geht, durch das Landtagsplenum zu genehmigen. Ich schlage vor, den erbetenen Urlaub zu bewilligen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Wir fahren fort in der Beratung der Ziffer 3 der Tagesordnung:

Haushalt des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1951 (Einzelplan VII).

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Sturm. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Sturm (BP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir waren einigermaßen überrascht über die gestrigen Mahnungen und Wünsche des Herrn Finanzministers, die von seinem Standpunkt aus und bei Anlegung eines engen Maßstabs verständlich erscheinen mögen, die aber, wenn sie die Billigung dieses Hohen Hauses und damit ihre Verwirklichung fänden, in ihren Folgen gegen die vitalen Interessen der bayerischen Wirtschaft und damit zugleich des bayerischen Volkes in seiner Gesamtheit verstoßen würden. Meine Damen und Herren! Um welchen Betrag handelt es sich eigentlich? Um sage und schreibe 2 370 000 DM, die man der Wirtschaft vorenthalten will, die aber, gemessen an den Verlusten aus Kreditfahrlässigkeiten und den chronischen Etatüberschreitungen bei staatlichen Bauvorhaben, doch wirklich nicht sonderlich ins Gewicht fallen dürften. **Sparsamkeit** ist schon recht, aber am richtigen Platz! Nach dieser Richtung hin, das heißt bei Sparsamkeit am rechten Platz, kann der Herr Finanzminister ohne weiteres mit unserer vollsten Unterstützung rechnen, gleichgültig um welches Sachgebiet es sich dabei auch handeln mag, seien es Kürzungen der aufgeblähten Kraftfahrzeuge, sei es die geplante Neuregelung der Ministerpensionen oder was sonst auch immer. Wir glauben aber, daß eine gewisse Großzügigkeit dann am Platze ist, wenn es sich um die Interessen der Wirtschaft handelt. Denn ein altes Sprichwort sagt: Von nichts kommt nichts. Jeder Kaufmann muß zunächst scheinbar à fonds perdu entsprechend der Größe und der Bedeutung der jeweiligen Transaktion Kapital aufwenden, das richtige Verwendung vorausgesetzt, im weiteren Verlauf sich reichlich bezahlt macht, ja hundertfältige Frucht trägt.

Auf keinen Fall aber halten wir es für richtig, wenn unsere notleidenden Finanzen ausgerechnet auf dem Rücken der Wirtschaft saniert werden sollen, von der wir ja alle letzten Endes leben. Ich spreche dabei keineswegs einer Ausweitung oder Mehrbelastung des Gesamthaushalts das Wort, aber ich meine, es wäre doch sinnvoller und zweckmäßiger, jedenfalls rentabler und lukrativer für die gesamte bayerische Finanzwirtschaft, manche Ressorts, bei aller Würdigung ihrer Belange, knapper zu dotieren und dafür den Etat des Wirtschaftsministeriums, soweit es sich dabei um Maßnahmen werteschaftlicher Art handelt, entsprechend auszustatten.

Zu dem vorliegenden Etat selbst dürfte bei dessen sparsamer und wirklich bescheidener Aufmachung, die aber trotzdem oder besser gesagt gerade deshalb nicht unseren Beifall finden kann, an sich wohl nicht allzu viel zu sagen sein. Ich beschränke mich auf die Hauptpositionen, die da sind Titel 326: Maßnahmen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, Titel 332 a: Zuschüsse zur Fremdenverkehrswerbung, und Titel 332 b: Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs. Der Ansatz der beiden letzten Positionen mit je 500 000 DM erscheint uns trotz der vom Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Teilkorrektur beziehungsweise Teilerhöhung nicht gerade überwältigend hoch für ein Reiseland, wie es speziell Bayern ist. Allzu viel wird auch sicherlich mit den für **Förderung des Fremdenverkehrs** ausgeworfenen 500 000 DM nicht anzufangen sein, zumal sich gerade hier ein großes, freilich auch dankbares Betätigungsfeld bietet. Ich denke dabei aber nicht nur, wie es neulich der Herr Wirtschaftsminister getan hat, an den **Bayerischen Wald**, sondern an unsere **großen und kleinen Bäder** in ihrer Gesamtheit. Letztere bedürfen nach den vorausgegangenen Kriegs- und Nachkriegsjahren mit allen ihren Folgeerscheinungen einer besonders pfleglichen Behandlung und zusätzlicher Zuwendungen, wenn sie voll ihrem früheren Bestimmungszweck erhalten bleiben und wieder die alte Höhe erreichen sollen. Besonders erwähnen möchte ich dabei unsere oberfränkischen Bäder und Luftkurorte, die ebenso unterstützungswürdig wie unterstützungsbedürftig sind, und zwar vor allem Alexandersbad, das bereits vor einigen Wochen den Wirtschaftsausschuß beschäftigt hat, leider jedoch zunächst ohne Ergebnis, Berneck und Bad Steben. Notwendig ist vor allem auch, worauf bereits Herr Staatssekretär Geiger hingewiesen hat, die endliche Freimachung der für die amerikanische Besatzungsmacht und andere Zwecke in unerträglichem Maße **beschlagnahmten Hotels**. Ich verweise hier vor allem auf **Bad Kissingen**, dessen erste Häuser von den Amerikanern beansprucht werden und das weiterhin durch die starke Truppenbelegung mit all ihren üblen Folgeerscheinungen und dem sonstigen Drum und Dran, das damit verbunden ist, Gefahr läuft, von dem wirklich erholungsbedürftigen Publikum auf die Dauer gemieden zu werden. Die Not und das Elend des dortigen Beherbergungsgewerbes nimmt allmählich katastrophale Formen an.

Der Titel Maßnahmen zur **Förderung der gewerblichen Wirtschaft** soll zwar von 1 200 000 DM, wie ursprünglich vorgesehen, auf 3 Millionen D-Mark erhöht werden. Was sind aber schon 3 Millionen D-Mark bei dem Umfang und der Bedeutung der bayerischen Wirtschaft, zumal wenn wir dem gegenüberstellen, daß unser Nachbarland Württemberg für den gleichen Zweck für das vergangene Haushaltsjahr meines Wissens 11 Millionen D-Mark ausgeworfen hat und für heuer zirka 14 Millionen D-Mark vorsieht.

Meine Damen und Herren! Mit Genugtuung haben wir gehört, was der Herr Wirtschaftsminister eingangs seiner Etatrede ausgeführt hat, in der er

(Dr. Sturm [BP]).

ein **Bekenntnis zur freien Wirtschaft** ablegte und uns die einzelnen Punkte seines wirtschaftspolitischen Zieles aufzeigte, mit dem wir ohne weiteres konform gehen. Wir wollen aber heute noch nicht so weit in die Ferne schweifen. Wir haben uns hier vielmehr nur mit dem augenblicklichen Stand der bayerischen Wirtschaft zu beschäftigen und können unter diesem Aspekt nur feststellen, daß uns noch ein ebenso weiter wie dornenreicher Weg von diesem Ziel trennt, das also im Augenblick nur Fernziel sein kann. Wir können nicht mit dem Optimismus des Herrn Wirtschaftsministers, der sich allerdings wohlthuend von dem seines Bonner Kollegen unterscheidet, die derzeitige Lage der Wirtschaft beurteilen, wenn wir an das Heer der Arbeitslosen denken, an die Tausende von Jugendlichen, für die keine Lehrstelle vorhanden ist — es sind zur Zeit 140 000, und zwar 100 000 aus dem diesjährigen Schulentlassungs-Jahrgang und 40 000 aus den Vorjahren —, wenn wir weiter dann an die Kreditnot, an das schon sprichwörtlich gewordene Elend des bayerischen Handwerks denken, an die bestehenden Rohstoffschwierigkeiten, hier voran die Kohleknappheit, an die Stromeinschränkungen, an die exorbitant hohen Steuersätze, die noch manchen Betrieb zum Erliegen bringen werden und nicht dazu angetan sind, weiteres Eigenkapital zu schaffen, wir denken schließlich auch an die erhöhten Eisenbahngütertarife. Erst dieser Tage hat sich die in der Arbeitsgemeinschaft deutscher Gießereivereinigungen zusammengeschlossene süddeutsche Gießereiindustrie auf ihrer Mitgliederversammlung in Rothenburg bitter über die derzeitigen Versorgungsschwierigkeiten mit Kohle, Koks, Gießereirohisen und Gußbruch beklagt. Generaldirektor Grabowski bedauerte, daß die Gießereien als Schlüsselindustrie mit 145 000 Beschäftigten die ihnen als wichtigen Vorlieferanten zukommende Beachtung nicht fänden.

Meine Damen und Herren! Man redet so viel über die **Notwendigkeit der Industrialisierung Bayerns**. Auch die Regierungserklärung vom 9. Januar dieses Jahres sprach sich in diesem Sinne aus und stellte, wie es wörtlich heißt, eine fördernde Wirtschaftspolitik unter besonderer Berücksichtigung der notleidenden Grenzgebiete und der bayerischen Grenzlande in Aussicht. Bis jetzt ist aber draußen, wenigstens im oberfränkischen Grenzraum, trotz der fast einjährigen Amtszeit der Regierung wenig oder nichts zu verspüren, im Gegenteil, der **Schrumpfungsprozeß der oberfränkischen Wirtschaft** geht weiter und hat durch das Ausbleiben der Tschechenkohle neuerdings eine wesentliche Verschärfung erfahren. Bei dieser Sachlage ist es nicht weiter zu verwundern, daß **verlockende Angebote und Abwerbungsversuche** anderer Bundesländer gerade in Oberfranken auf fruchtbaren Boden fallen und manche Betriebe zur Abwanderung veranlassen können. Der Herr Wirtschaftsminister hat in seinen Ausführungen vor dem Haushaltsausschuß, in denen er hierauf speziell Bezug genommen hatte, gesagt, wir bräuchten diese Gefahr der Abwanderung nicht zu dramatisieren, denn den abgewanderten Betrieben

stehe eine Ansiedlung zahlreicher anderer Betriebe mit weitaus größerer Belegschaft gegenüber. Ich muß dem aber entgegenhalten, daß dem Grenzgebiet Oberfranken in keiner Weise gedient ist, wenn an Stelle der dort abgewanderten Betriebe sich anderswo in Bayern neue Betriebe auf tun.

Meine Damen und Herren! Aus zwingenden sozialen und wirtschaftspolitischen Gründen muß den Grenzgebieten nun endlich die brennend notwendige und auch versprochene Förderung in Form von ausgleichenden Sondermaßnahmen und Vergünstigungen zuteil werden, vor allem in Form von Frachterleichterungen und Frachtermäßigung für Kohle. Was zum Beispiel für Schleswig-Holstein möglich war, das durch die ihm am 15. Juli dieses Jahres bewilligte Ermäßigung des Küstenkohletarifs in den Genuß ermäßigter Ortsfrachtsätze kam und hierdurch eine Gesamtfrachtersparnis von 9 Millionen D-Mark zugestanden erhielt, müßte doch letzten Endes auch für Ostbayern möglich und mit einem gewissen Nachdruck erreichbar sein, zumal die dortigen Verhältnisse genau so liegen wie im Küstengebiet und in Schleswig-Holstein.

Die Industrie- und Handelskammer **Regensburg** schreibt im Auftrag der ostbayerischen Industrie- und Handelskammern in ihrer vom 28. Juli dieses Jahres datierten Eingabe an den Herrn Ministerpräsidenten unter anderem wie folgt:

„Angesichts solcher Fehlschläge — daß nämlich Ostbayern immer leer ausgeht — darf es nicht wundernehmen, wenn sich in ostbayerischen Wirtschaftskreisen allmählich eine gewisse Mutlosigkeit breit macht. Sie ist verständlich, denn trotz der vielen Gemeinsamkeiten, wie marktferne Lage, Überbelegung mit Flüchtlingen und daraus resultierende Arbeitslosigkeit usw., die beide Landstriche aufweisen, gelingt es im Gegensatz zu Schleswig-Holstein Ostbayern nicht, seinen berechtigten Tarifwünschen Geltung zu verschaffen. Seit fast zwei Jahren bemühen sich die ostbayerischen Industrie- und Handelskammern als Entschädigung für die verlorengegangenen frachtgünstigen Kohlenbasen erträgliche Frachtverhältnisse für die von ihnen vertretene Wirtschaft zu erreichen. Als Antwort auf die vielen Eingaben wurde den Kammern meist der Bescheid erteilt, daß keine Mittel vorhanden seien und daß ein Entgegenkommen in dieser Richtung ein Problem von unabsehbarer Tragweite aufrollen würde. Im Falle Schleswig-Holstein ist aber die Bundesbahn ohne weiteres bereit, das Defizit von 9 Millionen auf sich zu nehmen.“

(Abg. Kiene: Der Etat des Wirtschaftsministeriums steht zur Aussprache!)

— Das gehört alles zur Wirtschaft.

(Abg. Dr. Baumgartner: Wir behandeln die bayerische Wirtschaft. Herr Kollege Drechsel hat über Bayern überhaupt nicht gesprochen!)

— Wir haben einen Titel „Förderung der gewerblichen Wirtschaft“, und das gehört dazu.

(Dr. Sturm [BP])

Es heißt weiter:

„Die ostbayerischen Kammern hingegen glauben, angesichts der prekären Lage der Bundesbahn diesem Unternehmen derartige Ausfälle nicht zumuten, sondern dem Bund aufbürden zu sollen. Schließlich kann es doch nicht an dem liegen, daß Schleswig-Holstein schon früher diese Frachtvergünstigungen hatte und Ostbayern nicht. Dafür hätte Ostbayern frachtgünstige Kohlelieferquellen, während Schleswig-Holstein in dieser Hinsicht schon immer mit seiner revierfernen Lage rechnen mußte.“

Dieser Ausschnitt aus der Eingabe spricht für sich selbst.

Ich möchte hier noch eine Gegenüberstellung anfügen, die zeigt, was **Ostbayern** durch den Verlust der früheren Bezugsquellen allein an Frachtvorteilen eingebüßt hat. Die ostbayerische Wirtschaft bezog bis Mitte 1945 ihre Kohle auf einer Durchschnittsentfernung von rund 190 Kilometern. Nach dem seit 1. Januar 1951 gültigen Ausnahmetarif errechnet sich der Frachtsatz auf dieser Entfernung auf 12,80 DM pro Tonne. Heute muß die Wirtschaft dieses Gebiets ihre Kohle auf einer Durchschnittsentfernung von 593 Kilometer beziehen, das sind 22,20 DM pro Tonne. Hier umgehend Abhilfe zu schaffen und die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, muß die vordringliche Aufgabe des Wirtschaftsministeriums sein.

Ebenso dringender Hilfe bedarf, von staatspolitischen Gründen ganz abgesehen, das **alteingesessene Handwerk**, dem es an den nötigsten Krediten fehlt und das vor allem unter der uns aufgezwungenen **schrankenlosen Gewerbefreiheit** stark zu leiden hat. Die Aufhebung der letzteren mit ihren katastrophalen Auswirkungen und die **Wiedereinführung des großen Befähigungsnachweises** müssen bei den Verhandlungen mit der Besatzungsmacht ersten Rang haben.

Weiter beklagt sich das Handwerk über die Nichtberücksichtigung bei **Vergabung staatlicher Aufträge** anlässlich der Aufstellung der bayerischen Bereitschaftspolizei und des Grenzschutzes. Ich selbst habe mich wochenlang bemüht, dem oberfränkischen Handwerk einige Aufträge zu vermitteln, jedoch nur mit dem Endergebnis, daß die Aufträge — so wurde mir wenigstens gesagt — aus Gründen der Verbilligung der Gestehungskosten nur in größeren Losen an Großbetriebe vergeben wurden. Ich bin der Ansicht, daß man bei einigem guten Willen auch das Handwerk hätte entsprechend berücksichtigen können.

Immer wieder müssen wir die betrübliche Feststellung machen, daß für das alteingesessene bayerische Gewerbe so gut wie keine Kreditmittel zur Verfügung stehen, während auf der anderen Seite **Kreditflehleitungen** größten Ausmaßes an der Tagesordnung sind. In diesem Zusammenhang wird zur Zeit in Oberfranken die **Pleite der Schnitterwerke** stark diskutiert, die größte Erregung und Verbitterung in privaten wie in Wirtschaftskreisen hervorgerufen hat. Es bleibt unverständlich, wie

es zu dieser Kreditgewährung beziehungsweise zur Übernahme der Staatsbürgerschaft kommen konnte, nachdem hierfür so ziemlich jegliche kreditmäßige wie bonitätsmäßige Voraussetzung fehlte. Der Verlust, den natürlich wieder der Staat oder besser gesagt, die Steuerzahler zu tragen haben, ist um so tragischer zu nehmen, als die Industrie- und Handelskammer Bayreuth vor dieser Kreditgewährung rechtzeitig und ausdrücklich gewarnt und dringendst von ihr abgeraten hatte.

(Abg. Dr. Baumgartner: Hört, hört!)

Die übergroße Beredsamkeit des Herrn Schnitter scheint aber die Kreditsachbearbeiter voll in ihren Bann gezogen zu haben. Das Ansehen der Regierung — so ist wenigstens die Meinung draußen — erfordert es, daß hier die Schuldigen unnachsichtlich zur Rechenschaft gezogen werden.

In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht auch noch anführen, daß die definitive Antwort des Wirtschaftsministeriums auf meine Anfrage vom 9. August betreffend die Pleite des Herrn Dr. Josef Laszlo Werner aus Melykut in Ungarn, dem ein staatsverbürgter Kredit von 725 000 DM gewährt worden war, immer noch aussteht.

Meine Damen und Herren! Ich habe nur einige Punkte herausgestellt. Richtunggebend hierbei waren nicht etwa die Stellung meiner Fraktion als Oppositionspartei, sondern rein sachliche Gesichtspunkte und die uns vorliegenden Klagen und Beschwerden von draußen, die leider nur allzu berechtigt sind und sich mit unseren Erfahrungen durchaus decken. Hieher gehört, um zum Schluß zu kommen, auch die von verschiedenen Wirtschaftsverbänden geäußerte Ansicht, daß die bayerischen Wirtschaftsinteressen in **Bonn** nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten würden. Wir glauben, daß hier ein Kurswechsel stattfinden muß, wenn unsere bayerische Wirtschaft nicht noch mehr in die Rolle eines Aschenbrödels gedrängt werden soll.

Meine Fraktion hat mich ermächtigt, folgende Erklärung abzugeben: Wir sind mit der bisherigen Wirtschaftspolitik nicht restlos und nicht in allen Teilen einverstanden und sehen uns daher außerstande, dem vorliegenden Haushalt zuzustimmen. Wir verschließen uns aber keineswegs der Notwendigkeit der vom Haushaltsausschuß beantragten Erhöhungen gemäß Beilage 1705 und werden hier zustimmen.

(Beifall bei der BP)

Präsident Dr. Hundhammer: Innerhalb der Debatte nimmt das Wort der Herr Staatsminister für Wirtschaft.

Dr. Seidel, Staatsminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist nicht meine Absicht, zu den bisherigen Ausführungen der Diskussionsredner der einzelnen Parteien Stellung zu nehmen; ich werde das nach Abschluß der Diskussion tun.

Ich halte es aber für notwendig, einige Bemerkungen zu den Ausführungen zu machen, die gestern mein Kollege **Zietsch**, der Finanzminister, vor

(Dr. Seidel, Staatsminister)

dem Hohen Hause abgegeben hat. Es ist das gute Recht und auch die Pflicht eines Finanzministers, mitzuteilen, ob für einen Antrag, der aus dem Hohen Hause kommt und der finanzielle Mittel verlangt, eine Deckung vorhanden ist oder nicht. Das hat gestern mein Kollege Zietsch getan, und er ist dabei vollkommen im Recht gewesen. Mein Kollege Zietsch hat aber noch etwas mehr getan, er hat nämlich in die Gnadenkiste gelangt und kurz nach seiner Erklärung, daß die Anträge des Haushaltsausschusses nicht befriedigt werden könnten, ein Angebot auf 300 000 DM im Einzelplan XIII gemacht. Er hat wörtlich ausgeführt:

„Ich würde mich unter diesen Voraussetzungen damit einverstanden erklären können, daß wir, um dem Grundgedanken zu entsprechen, seinerzeit beim Einzelplan XIII, Allgemeine Finanzverwaltung, in Kapitel 1211 einen neuen Titel 223 b aufnehmen mit folgender Zweckbestimmung und Erläuterung: Zinsverbilligungszuschüsse für Kredite an bedürftige, förderungswürdige Betriebe der übrigen gewerblichen Wirtschaft unter Einschluß der Fremdenverkehrsbetriebe, und zwar 300 000 DM. Dabei könnten wir dann noch sagen: Mehrbedarf für Zinsverbilligungszuschüsse zur Erleichterung der Kreditausreichung an bedürftige, insbesondere kriegssachgeschädigte förderungswürdige Nichtflüchtlingsbetriebe. Im Einzelplan XIII wären also zu veranschlagen für Handwerksbetriebe 30 000 DM, für Fremdenverkehrsbetriebe 60 000 DM und für die übrigen Gewerbebetriebe 210 000 DM.“

Der Herr Finanzminister hat also 300 000 DM, die er ganz offensichtlich für gedeckt hält; denn sonst hätte er diesen Vorschlag nicht machen können.

Ich möchte nun dem Hohen Hause einen Vorschlag unterbreiten. Es ist bei Titel 317 meines Etats ein Betrag von 50 000 DM als Zuschuß für Organisation des Fremdenverkehrs in Bayern festgelegt. Die sozialdemokratische Fraktion wünscht, daß diese 50 000 DM nicht für die Organisation des Fremdenverkehrs, sondern für Exportgemeinschaften verwendet werden. Im Titel 326 sind 1 200 000 DM für Maßnahmen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft ausgesetzt. Der Haushaltsausschuß hat beantragt, diesen Betrag auf 3 000 000 DM zu erhöhen, hat allerdings die Bedingung daran geknüpft, daß eine Deckung gefunden wird. Außerdem hat der Haushaltsausschuß gebeten, dem Titel 332 einen Titel 332 b für Förderung des Fremdenverkehrs mit einer Summe von 500 000 DM hinzuzufügen. Ich bin mir nach der Erklärung meines Kollegen Zietsch darüber klar, daß die Erhöhung des Titels 326 von 1,2 auf 3 Millionen nicht möglich ist. Er hat uns erklärt, daß eine Deckung nicht vorhanden ist, und er muß es ja wissen. Nun hat er aber, wie ich schon ausgeführt habe, 300 000 DM, die offenbar gedeckt sind, bei Einzelplan XIII in Vorschlag gebracht. Ich nehme nicht an, daß mein Kollege Zietsch den Ehrgeiz hat, ein kleiner Sir Stafford Cripps oder ein Gaitskell oder gar ein Butler zu werden. Wir haben das angelsächsische

System nicht, wo der Schatzkanzler eine ganze Reihe von wirtschaftspolitischen Ressorts bei sich vereinigt, sondern wir haben in Bayern nun einmal einen Wirtschaftsminister und einen Finanzminister, und ich bin der Meinung, daß der Wirtschaftsminister die Wirtschaftspolitik machen sollte.

(Sehr gut!)

Es sind in der Diskussion schon eine ganze Reihe von Fällen erwähnt worden, bei denen der Eindruck entstehen könnte, als ob der Wirtschaftsminister sich hier vielleicht **Fehlleitungen** geleistet hätte. Eine völlige Verkennung der Sachlage! Denn das Wirtschaftsministerium verfügt mit Ausnahme der 1,2 Millionen, die hier vorgesehen sind, über keinen Pfennig Geld. Im vorigen Jahr waren es 1,25 Millionen D-Mark. Das **Wirtschaftsministerium** ist in allen diesen Kreditangelegenheiten nur eine **motorische Kraft**, eine **koordinierende Stelle**. Es macht Vorschläge, und die letzte Entscheidung liegt überall dort, wo der bayerische Staat irgendwelche Mittel zu geben hat, beim Finanzministerium.

(Abg. Drechsel: Vielleicht wäre es besser, wenn man die Kreditangelegenheiten zentralisieren würde.)

— Das ist eine andere Frage, und es wäre wohl für das Hohe Haus sehr interessant, einmal die Akten mit den Stellungnahmen der einzelnen Ministerien zu prüfen. Das Wirtschaftsministerium könnte einer solchen Überprüfung mit großer Ruhe entgegensehen. Aber es geht nicht an, über das Geld Wirtschaftspolitik machen zu wollen, und man kann von mir nicht verlangen, daß ich nun in jedem einzelnen Fall Zinsverbilligungszuschüsse beantrage, die Entscheidung aber nicht bei mir liegt, sondern anderswo gefällt wird, und ich oder das Wirtschaftsministerium den Buckel dafür hinhalten müßte, wenn irgend etwas falsch oder gar nicht gemacht wird.

(Sehr richtig!)

Ich bitte deshalb das Hohe Haus, zu überlegen, ob diese 300 000 DM, die nach Ansicht des Finanzministers vorhanden sind, nicht in meinem Etat verankert werden können.

(Zuruf: Da gehören sie hin!)

Ich glaube, damit könnte auch dem berechtigten Verlangen des Herrn Drechsel auf Förderung der Exportgemeinschaften, die ich für sehr richtig halte, Rechnung getragen werden. Man könnte den Titel 326 um 100 000 DM erhöhen, und ich wäre bereit, aus diesen 100 000 DM 40 000 oder 50 000 DM zur **Förderung der Exportgemeinschaften** abzuzweigen. Den Rest könnte man für **Zinsverbilligungen** verwenden, und zwar in den Fällen, wo ich gegenüber Abwerbungsversuchen anderer Länder etwas anbieten muß. Mit einem Betrag von 50 000 oder 60 000 DM für Zinsverbilligungen kann man sehr viel erreichen; denn 2 Prozent Zinsverbilligung sind ja im allgemeinen nur ein verhältnismäßig geringer Betrag. Dann könnte man, wenn schon der Herr Finanzminister sagt, daß für die Fremdenverkehrsförderung keine 500 000 DM zur Verfügung stehen, die restigen 200 000 DM beim Titel 332 b verwenden.

(Dr. Seidel, Staatsminister)

Ich bitte das Hohe Haus, diese Dinge zu überlegen. Ich glaube, daß hier ein Weg gefunden wäre, um sowohl den Interessen des Wirtschaftsministeriums und damit der allgemeinen gewerblichen bayerischen Wirtschaft als auch den Interessen des Finanzministeriums zu dienen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile das Wort dem Herrn Staatsminister der Finanzen.

Zietsch, Staatsminister: Hohes Haus! Es beginnt ein edler Wettstreit der Minister untereinander,

(Zuruf von der SPD)

— Ja, er sollte im Ministerrat geführt werden. Aber warum soll man nicht auch hier darüber diskutieren?

Ich möchte nur sagen, damit keine Mißverständnisse aufkommen: Der Titel 326 ist gegenüber dem Ansatz des Jahres 1950, wo er 1 050 000 DM betrug, um 150 000 DM für das Jahr 1951 erhöht worden. Wir müssen die **Deckungsmöglichkeiten** untersuchen und — das werden wir bei der Haushaltsvorlage für das Jahr 1952 festzustellen haben — den Gesamtbetrag, den wir zu verteilen haben, nach gewissen **Dringlichkeitsstufen** einteilen.

(Abg. Dr. Keller: Endlich! Sehr richtig!)

Es war der Anfang einer solchen Überlegung, wenn ich gestern zu diesen beiden Positionen Stellung nehmen mußte. Denn ich kann mir letztlich vom Hohen Haus im nächsten Jahr nicht den Vorwurf machen lassen: Das hättest du uns ja sagen können! Ich bin lange genug Mitglied dieses Hohen Hauses, um einigermaßen zu wissen, wie man hier die Gewohnheiten handhabt, und ich fühlte mich verpflichtet, das Haus darauf aufmerksam zu machen, was möglich und was nach meiner Auffassung nicht möglich ist.

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich nur noch sagen: Es liegt mir völlig fern, mich in die Angelegenheiten eines anderen Ressorts einzumischen. Aber es ist so: Wenn das Haushaltsgesetz die Ansätze festgelegt hat, ist auch der Finanzminister nicht in der Lage, diese Ansätze zu verändern. Wenn Sie die Position 326, für die 1,2 Millionen D-Mark vorgesehen sind, wofür die Deckung vorhanden ist, entsprechend dem Antrag auf 3 Millionen erhöhen, dann kann, wenn Sie das durch Gesetz beschließen, der Finanzminister nachher nicht nur 2 Millionen zur Verfügung stellen. Ich bin genau so an das Gesetz gebunden wie Sie, an das Gesetz, das Sie sich selbst gegeben haben. Ich muß also in dem Augenblick, in dem Sie es beschließen, die 3 Millionen zur Verfügung stellen. Wenn ich sie nicht habe, muß ich sie mir leihen,

(Zurufe, darunter von der CSU: Wir zeigen Ihnen den Weg!)

und im nächsten Jahr muß ich Ihnen dann die Rechnung vorlegen. Ich mußte auf diesen Gesichtspunkt

hinweisen; im übrigen liegt es beim Hohen Haus, die Frage zu entscheiden.

(Zuruf des Abgeordneten Ortloph)

— Ja, Herr Kollege Ortloph, Sie werden dann im nächsten Jahr die Rechnung auch anerkennen müssen, wenn sie einen Minusbetrag aufweist. Ich muß Ihnen heute schon sagen, daß wir für das nächste Jahr einen Haushaltsfehlbetrag aus dem Jahre 1950 zu übernehmen haben, der mit den Ausgaben im außerordentlichen Haushalt etwa 150 Millionen betragen wird.

(Hört, hört!)

Dafür müssen wir im nächsten Jahr die Deckung haben. Ich rede nicht von den 148 Millionen aus dem Haushaltsjahr 1949, für die wir auch noch keine Deckung haben und die Zinsen bezahlen müssen. Sie können es mir als dem für die Staatsfinanzen in Bayern verantwortlichen Mann nicht verübeln, wenn ich eben den Versuch unternehme, auch bei den sogenannten kleinen Posten — und hier, Herr Kollege Sturm, muß ich schon sagen: 1,8 Millionen und 500 000 DM sind auch bei einem 2-Milliardenhaushalt keine kleinen Positionen — Einsparungen zu erzielen, und wenn ich mich zum mindesten verpflichtet fühle, das Haus auf Schwierigkeiten aufmerksam zu machen.

Ich habe, weil ich durchaus die Notwendigkeit erkenne, einen Vorschlag gemacht, der nach unserer Auffassung noch möglich erscheint, nämlich den Vorschlag bezüglich der 300 000 DM für Zinsverbilligungszuschüsse in Einzelplan XIII. Das ist aber ein haushaltsrechtlicher Unterschied. Denn wenn ich Zinsverbilligungszuschüsse in einem Haushaltsplan zur Verfügung stelle, so weiß ich, daß sie erst in Frage kommen, wenn die Gesuchsteller entsprechende Darlehensanträge vorweisen können. Der Gesuchsteller muß erst alle Voraussetzungen geschaffen haben, um bankmäßig zu einem Darlehen zu kommen. Wenn das alles geschehen ist — es ist hier von dem Fall **Schnittert** gesprochen worden —, dann kommt der Kreditnehmer zu uns und sagt: Ich könnte jetzt den Kredit bekommen und meine Sache aufbauen oder ausbauen, aber die Zinsbelastung ist für mich zu groß. Dann bin ich in der Lage zu sagen: Jetzt komme ich dir mit einem Zinszuschuß zur Hilfe, damit du das Darlehen in Anspruch nehmen kannst. Dann bleibt die volle wirtschaftliche Verantwortung beim Kreditnehmer, und er bekommt berechtigtermaßen dann die Unterstützung, die er als Kriegssachgeschädigter oder sonstige Benachteiligter nun einmal beanspruchen darf. Das ist etwas anderes und meiner Ansicht nach Verantwortungsbewußteres, als wenn ich verlorene Zuschüsse hingebe, über die ich dann keine Verfügungsmacht mehr habe. Deshalb habe ich den Ausgleichsvorschlag gemacht.

(Beifall bei SPD und BHE)

Präsident Dr. Hundhammer: In der Reihe der Redner folgt der Herr Abgeordnete Dr. Eckhardt. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Eckhardt (BHE): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es kann nicht meine Aufgabe sein, anlässlich

(Dr. Eckhardt [BHE])

der Rede des Herrn Wirtschaftsministers ein Fachreferat über Einzelfragen bayerischer Wirtschaftsführung zu halten. Es kann auch nicht meine Aufgabe sein, den Etat des Wirtschaftsministeriums im einzelnen zu zerpfücken. Aber es erscheint mir unter allen Umständen notwendig, auf einige ganz grundsätzliche Fragen einzugehen. Diese Notwendigkeit hat sich auch erwiesen in den Erklärungen, die der Herr bayerische Staatsminister für Wirtschaft und der Herr Staatsminister der Finanzen gestern und heute hier abgegeben haben.

Wir müssen uns darüber klar sein, welche Rolle der Wirtschaft und damit auch dem Wirtschaftsetat innerhalb des bayerischen Staatswesens und innerhalb des bayerischen Staatshaushalts zukommt. Ich möchte behaupten, daß gerade dem Wirtschaftsetat und der Wirtschaftspolitik eine ganz besondere und in ihrer Art einmalige Bedeutung zukommt. Die Wirtschaft ist die Kraftquelle, aus der der Staat lebt, und alle Aufgaben, die der Staat in Richtung auf die Verteilung des Sozialprodukts zu erfüllen hat, auch die uns so nahestehenden und besonders am Herzen liegenden sozialen Aufgaben, sind davon abhängig, daß diese Kraftquelle, die Wirtschaft, in richtiger Weise gepflegt wird. Ohne eine **zielbewußte und geradlinige Wirtschaftspolitik** gibt es nicht die Möglichkeit einer starken Sozialpolitik, und ohne eine solche Pflege der Wirtschaft hat der Staat überhaupt nicht die Finanzkraft, die er braucht.

Der Herr Staatsminister für Wirtschaft hat daran erinnert, daß sein Ministerium keines der klassischen Ministerien sei. Das ist richtig. Ein Wirtschaftsministerium hat es erst gegeben, seit die drängenden Anforderungen und Schwierigkeiten der Wirtschaft den Staat dazu zwangen, in bestimmter Weise Stellung zu nehmen. Das **Wirtschaftsministerium** ist, so möchte ich sagen, ein **modernes Ministerium par excellence**. Das zeigt sich auch darin, daß im Wirtschaftsministerium — das beweist schon der unmittelbare Augenschein — im Gegensatz zu den klassischen Ministerien nicht verwaltet, sondern in erster Linie regiert wird.

Hier wird man zu fragen haben, in welcher Weise denn regiert werden soll. Es ist schon gestern verschiedentlich zu der Grundsatzfrage Stellung genommen worden, ob die Wirtschaft eine freie, eine freie Marktwirtschaft insbesondere, sein soll, wie man sie in Bonn genannt hat, oder ob die Wirtschaft geplant und gelenkt werden soll. Ich halte eine solche Gegenüberstellung für absolut veraltet und den modernen Anforderungen, die wir an Wirtschaftspolitik zu stellen haben, in keiner Weise angemessen. Es gibt wie bei so vielen Schlagworten der Vergangenheit auch hier außerordentlich viele Annäherungspunkte zwischen diesen beiden Extremen, und eine Wirtschaft, die frei sein möchte, kann eben der Lenkungs- und auch der Planungsmaßnahmen nicht entraten, wenn sie nach außen nicht frei ist, wenn sie nicht über die Freiheit des Exports und insbesondere des Imports verfügt, die eine Voraussetzung für eine völlig freie Wirtschaft

darstellt, und wenn sie in ihrem Innern auf Grund gerade von Ereignissen, die wir nicht ändern können, über eine Struktur verfügt, die zum Beispiel zu Frachthilfen an dieses oder jenes Land oder an dieses oder jenes Gebiet nötigt. In einem solchen Fall kann eine Wirtschaft nicht völlig frei sein. Wenn sie völlig frei wäre, so brauchte es ja überhaupt keine Wirtschaftspolitik zu geben; denn eine Wirtschaftspolitik soll ja führen, leiten und lenken. Auf welche Weise das dann im einzelnen praktisch zu geschehen hat, ist eine andere Frage. Ich werde darauf zurückkommen.

Ich glaube, jedenfalls prinzipiell sagen zu können, daß für eine sachgerechte Wirtschaftspolitik eine absolut und oktrinaire Haltung notwendig ist. Sie wird sich aller Mittel bedienen müssen, die der Augenblick oder die Lage oder die Sorge für die Zukunft erfordern. Sie wird sich gegebenenfalls, wenn sie nicht unmittelbar lenkend eingreifen will, propagandistischer Mittel bedienen. Sie wird versuchen, die Kreise der Wirtschaft zu beeinflussen, die Kreise der Wirtschaft zur Koordination zu bringen.

Da nun die **Wirtschaft**, wie ich gesagt habe, die **Kraftquelle** und damit auch die **Steuerquelle des Staates** ist, kommt der Wirtschaftspolitik in gewissem Umfang ein Primat zu. Wir haben hier eine gewisse Kontroverse zwischen der Grundhaltung eines Wirtschaftsministers und eines Finanzministers gehört, wie ich ganz allgemein sagen möchte. Solche Kontroversen sind immer vorgekommen und werden immer wieder vorkommen. Sie liegen begründet in den verschiedenen Rollen, die ein Wirtschaftsminister und ein Finanzminister in einem Kabinett zu übernehmen haben. Ich möchte dazu meinen, daß ich die Bedeutung der Finanzpolitik, insbesondere der Führung und Gestaltung des Haushalts, gewiß nicht gering schätze. Ich erinnere mich an ein Wort, das mir immer sehr großen Eindruck gemacht hat und das ich für richtig halte, das von einem unserer bedeutsamsten Wirtschafts- und Finanzpolitiker stammt, nämlich das Wort, daß der **Haushalt das Schicksalsbuch eines Volkes** sei. Das bedeutet aber nicht, daß nun der Finanzminister als der zunächst verantwortliche Fachminister etwa den Gang der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik bestimmen müsse. Es bedeutet vielmehr, daß der **Finanzpolitik** gerade infolge der Größe dieser Aufgabe in besonderem Maße eine **dienende Rolle** zugewiesen ist. Die Finanzpolitik, die Haushaltsführung, bildet sozusagen das Haus für alle. Dem Finanzminister obliegt es, für Kontrolle, für Sparsamkeit, für Überwachung im Interesse des Ganzen zu sorgen. Er muß sich aber darüber klar sein, daß er gerade aus der Wirtschaft heraus seine eigene Kraft schöpft und daß infolgedessen die Mittel, die in die Wirtschaft fließen, nicht einfach Mittel sind, die — wie in manchen anderen Fächetats — verteilt werden und sich möglicherweise in dem Aufbau und in der Produktion der Wirtschaft nicht mehr auswirken, sondern er muß wissen, daß die Mittel, die in einen Wirtschaftshaushalt hineinfließen, nicht nur produktiv im besten Sinn, sondern sehr oft auch **rentabel** sind. Ich hoffe, Gelegenheit zu haben, im Laufe meiner Ausführungen darauf zurückzu-

(Dr. Eckhardt [BHE])

kommen. Jedenfalls glaube ich, daß der Wirtschaftspolitik im Staat unter den Einschränkungen und Bedingungen, die ich genannt habe, ein Primat zukommt. Ich halte es deshalb auch für sehr bedauerlich, daß in so mancher Hinsicht die Wirtschaftspolitik, die von uns gewünscht wird, und die Finanzpolitik zur Zeit gegensätzlich verlaufen. Das ist aber nicht etwa eine Schuld des bayerischen Staates,

(Sehr richtig!)

sondern das ist ein Vorgang, der auf Bonner Verhältnisse zurückgeht und den ich hier nicht weiter erörtern will. Ich will nur das eine erwähnen, daß man unmöglich auf der einen Seite ständig Investitionen verlangen und auf der anderen Seite nicht nur konsumbeschränkende Steuerarten erheben kann, wie der Herr Staatsminister für Wirtschaft gemeint hat, sondern daß man mindestens seit dem 1. Juli dieses Jahres auch in ganz hervorragendem Maße **investitionseinschränkende steuerliche Maßnahmen** eingeführt oder wiedereingeführt hat.

Der Wirtschaftspolitik kommt es zu — ich glaube, das kann man als ihre oberste Aufgabe betrachten —, das **Produktionsvolumen der Wirtschaft** zu erhöhen. Von der Erhöhung des Produktionsvolumens hängt es ab, ob der soziale Standard in unserer Bundesrepublik und in Bayern gehoben werden kann. Im Gegensatz zu den letzten Rednern und besonders auch zu dem Herrn Vertreter der Bayernpartei glaube ich doch bei einer Betrachtung der Lage der bayerischen Wirtschaft sagen zu können, daß sie im ganzen ein recht erfreuliches Bild bietet.

(Sehr richtig! in der Mitte)

Es ist in den letzten Jahren und auch in diesem Haus schon wiederholt das Wort von der **strukturellen Schwäche der bayerischen Wirtschaft** gefallen. Ich möchte einmal die gesunden Seiten dieser bayerischen Wirtschaftsstruktur besonders hervorheben. Diese gesunden Seiten liegen insbesondere darin, daß in Bayern im Gegensatz zu anderen Gebieten der Bundesrepublik der **Klein- und Mittelbetrieb** absolut vorherrscht, daß drei Viertel der bayerischen Industriebetriebe Mittelbetriebe sind, daß nur etwa 3 Prozent der bayerischen Industriebetriebe eine Beschäftigungszahl von mehr als 200 Beschäftigten haben. Ich sehe diese Gesundheit insbesondere auch darin, daß das **Handwerk** in Bayern ungefähr die gleiche Zahl von Beschäftigten aufweist wie die Industrie und daß hinsichtlich der Zahl die Handwerksbetriebe sogar an der Spitze des Bundesgebiets stehen.

Man wird vielleicht sagen können, daß das Wachstum dieser Zahl zum Teil auf die von den Amerikanern veranlaßte **absolute Gewerbefreiheit** zurückzuführen sei. Ich darf in diesem Zusammenhang grundsätzlich bemerken, daß eine solche absolute Gewerbefreiheit auch nach unserer Auffassung der Wirtschaft nicht dienlich ist. Gerade im Interesse der Bevölkerung, im sozialen und im wirtschaftlichen Interesse muß verlangt werden, daß der Mann, der in der Wirtschaft als Handwer-

ker oder Unternehmer anderer Art tätig ist, eine entsprechende Befähigung mitbringt und diese im allgemeinen auch nachzuweisen in der Lage ist.

Nun wird man selbstverständlich hier eine Einschränkung zu machen haben, nämlich die Einschränkung, daß man den Menschen, die durch die Vertreibung aus ihrer angestammten Heimat oder durch lange Jahre Kriegsgefangenschaft, durch ihre Eigenschaft als Heimkehrer also, vor besondere Schwierigkeiten gestellt sind, namentlich hinsichtlich des Nachweises ihrer Befähigung unbedingt wird helfen müssen. Insofern muß allerdings eine größere Freiheit in der Zulassung herrschen. Das ist durch die Verhältnisse bedingt, in die wir hineingestellt sind, die uns aufgezwungen sind und die wir nicht ändern können.

Wenn ich nun also meinen Blick auf die Entwicklung der bayerischen Wirtschaft richte, dann gibt es, glaube ich, keinen unbedingten Anlaß, pessimistisch zu sein. Es sind gewaltige Aufgaben bewältigt worden.

(Sehr richtig! in der Mitte)

Das vielleicht größte bevölkerungspolitische und auch wirtschaftspolitisch bedeutungsvollste Ereignis der letzten Jahre ist zweifellos der Zustrom der **2 Millionen heimatvertriebener Menschen** gewesen. Im Zusammenhang gerade mit diesem Problem steht die Frage der sogenannten strukturellen Schwäche unserer bayerischen Wirtschaft, von der ich eben gesprochen habe. Sie ist gewiß gegenwärtig in einem bestimmten Umfang vorhanden, und man hat gesagt, daß eine Arbeitslosigkeit von vielleicht 240 oder 250 000 Menschen in Bayern zur Zeit nicht abzuwenden und unabänderlich sei. Das mag sein, aber ich bin überzeugt, daß dieser Zustand überwunden wird und daß diese Schwäche der bayerischen Struktur tatsächlich geheilt werden kann, insbesondere auch deswegen, weil ja gerade die 2 Millionen, die nun hereingeströmt sind, zu einem ganz großen Teil hervorragendste Fachkräfte in ihren Reihen beherbergen.

Ich will hier schon andeuten, daß im Rahmen des **Landesentwicklungsplans** große Möglichkeiten zur Beseitigung dieser Schwäche in der Struktur der bayerischen Wirtschaft liegen. Hier liegt kein unabänderlicher Faktor vor, sondern hier ist auch die positive Seite einer Entwicklungsfähigkeit gegeben. Von diesen Gesichtspunkten aus muß man betrachten, was in der bayerischen Wirtschaftspolitik in Zukunft in erster Linie vordringlich ist.

Vordringlich scheint uns eine **Verstärkung der Grundstoffbasis** zu sein. Bayern ist nicht reich an Kohle und Eisen. Es ist zu begrüßen, daß nach den jetzt vorgelegten Plänen des Staatsministeriums für Wirtschaft das **Vorkommen an Bodenschätzen** in Bayern geprüft und untersucht werden soll, daß man versucht, die Vorkommen von Kohle, von Erz, von Flußspat und Schwerspat und anderem vordringlich festzustellen. Weiter begrüßen wir auch, wenn sich der bayerische Staat aktiv und undoktrinär an wichtigen Industrien seiner Wirtschaft beteiligt, wie das jetzt im oberpfälzischen Raum der Fall sein soll.

(Dr. Eckhardt [BHE])

Nun zur Lage der drei großen Gebiete, von denen der Herr Staatsminister für Wirtschaft gesprochen hat: **Kohle, Strom und Eisen**. Nach meiner Auffassung ist, wenigstens in den Debattereden zum bayerischen Wirtschaftshaushalt, nicht genügend hervorgehoben worden, daß die Mangellage an Kohle, in der wir uns befinden, in allererster Linie auf den **Zwangsexport der Ruhrkohle** zurückzuführen ist, der an die Westmächte zu leisten ist.

(Sehr richtig!)

Lassen Sie mich einmal schildern, wie es in den Häfen von **Antwerpen** und insbesondere **Rotterdam** aussieht, wie dort die amerikanischen Kohledampfer ihre Kohle für Deutschland ausladen, für die sie fast das Doppelte des Preises erzielen, der für Ruhrkohle erzielt werden kann! Unsere Industrie ist genötigt, die Kohle zurückzukaufen, die sie oder ihre Schwesterindustrien in Grundstoffen exportiert haben, und ein großer Teil der Kohle, die wir heute in Deutschland für unsere Wirtschaft brauchen, ist eine sogenannte Heimkehrerkohle geworden. Unter diesem Zwang steht die deutsche und auch die bayerische Wirtschaft. Diesem Zwang können wir uns leider nicht entziehen. Man muß wissen, daß dieser Zwang existiert, und darf deshalb nicht allzu viel Kritik an den Versuchen üben, nun in der deutschen Wirtschaft die Not auszugleichen, und es jedenfalls nicht zu einer Stilllegung oder Einschränkung der Betriebe kommen lassen. Gewiß, jede solche Mangellage erzeugt bestimmte Schwierigkeiten. Man könnte den Satz aufstellen: **Verknappung erfordert Lenkung**. Aber man darf nicht vergessen, daß trotz aller Lenkung und Planung jede Verknappung — wir haben es in der Vergangenheit gesehen — gewissermaßen mit Notwendigkeit auch auf einen **grauen oder schwarzen Markt** hinführt, der im Interesse der Gesamtwirtschaft außerordentlich zu bedauern ist. Die Möglichkeit, diese Übel von Grund auf zu heilen, liegt bei den Westmächten. Wollen wir hoffen, daß sich die Westmächte angesichts der Bedeutung, die auch der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft im Rahmen des vereinigten Europa oder im Rahmen eines starken Westens haben muß, den wesentlichen und wichtigen Anforderungen nicht verschließen mögen, die wir wirtschaftspolitisch zu stellen haben.

Auf dem Gebiete der **Stromversorgung** ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Lage mindestens in den nächsten Monaten — und auch Jahren — bedenklich ist, ja als unmittelbar ernst zu betrachten ist. Die bayerische Staatsregierung hat uns einen **Zehnjahresplan zum Ausbau der Elektrizitätsversorgung** in der bayerischen Wirtschaft zugeleitet. Ich glaube ohne Einschränkung feststellen zu können, daß diese Arbeit der Staatsregierung schon rein fachlich ausgezeichnet ist. Dabei will ich nicht behaupten, daß man nicht zu diesem oder jenem Punkt zusätzlich noch Anregungen bringen oder an ihnen Kritik üben könnte, insbesondere hinsichtlich der Vordringlichkeit der Arbeiten, die zu erfolgen hätten. Wir sind zum Beispiel der Ansicht, daß insbesondere dem **Verbund-**

speicherwerk Jochenstein eine besondere Vordringlichkeit für die bayerische Stromversorgung und bayerische Wirtschaft zukommt. Der Finanzbedarf, der in diesem Plan ausgerechnet ist, beläuft sich in den nächsten Jahren auf rund 2³/₄ Milliarden Mark, gewiß eine gewaltige Summe. Wie sie aufzubringen sein wird, wird die Sorge der Staatsregierung und auch unsere Sorge in den nächsten Jahren sein. Ich glaube, daß wir alle Kraft daransetzen müssen, gerade diese Grundstoffe in vermehrter Weise für die bayerische Wirtschaft zu gewinnen.

Den Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers über die **Eisenindustrie** wäre hinzuzufügen, daß es uns dringend notwendig erscheint, die Ergänzungsindustrie des Eisens zu fördern, insbesondere eine Ergänzungsindustrie für Röhren und kaltgewalztes Band Eisen und in erster Linie vielleicht die **Schaffung eines Metallwalzwerkes** in Verbindung mit der Aluminium erzeugenden Industrie, also in Verbindung mit **Töging**. Soviel in aller Kürze zur Frage der Grundstoffindustrien und ihrer Förderung.

Von gleicher Bedeutung wie diese Maßnahmen der bayerischen Wirtschaftspolitik wird die weitere Steigerung, Hebung und **Förderung des bayerischen Exports** sein. Bayern exportiert nach nahezu hundert Ländern. Es hat in den letzten Jahren Textilien, Schnittholz, Maschinen, Porzellan, Glas, Hopfen und zahlreiche andere Erzeugnisse seiner Industrie und seines Handwerks ausgeführt. Der Erlös des bayerischen Exports — so haben wir gestern gehört — beträgt rund eine Milliarde Mark. Man wird gerade angesichts einer so bedeutsamen Leistung, vor allen Dingen des **Handels**, eine durchaus optimistische Grundstimmung einnehmen können. Wie wäre dieser Export weiter zu fördern? Ich glaube, es sind verschiedene Wege möglich, und es ist unsere Sache, positive Vorschläge zu machen. Wir könnten uns denken, daß man ähnlich, wie es sich im Verfahren eines anderen Landes bereits als wirksam erwies, aus den Preisspannen zwischen dem Inlandspreis der ausgeführten Erzeugnisse und dem Auslandspreis im Wege **freiwilliger Subventionen** zur Gewinnung weiterer Mittel für den Export und im Interesse des Exports gelangen könnte. Ob wir in der Frage der **Exportgemeinschaften** besondere Erfolge erzielen werden, weiß ich nicht. Ich habe offen gestanden in dieser Richtung leise Zweifel. Ich möchte aber eine ganz bestimmte Anregung für den Import- und Exporthandel Bayerns geben. Ich möchte nämlich darauf hinweisen, daß es mir möglich und denkbar erscheint, in einem Platz wie **München**, der doch für den Import aus den südlichen Staaten von außerordentlicher Bedeutung ist, einen Freibeizirk, eine **Freihandelszone** einzurichten. Solche Freihäfen, Freihandelszonen und Freibeizirke gibt es nicht nur in Seestädten, es hat in früherer Zeit auch besondere Begünstigungen zollrechtlicher und umsatzsteuerrechtlicher Art für die fünf großen Rheinhäfen gegeben. Ich möchte in diesem Zusammenhange darauf aufmerksam machen, daß die Stadt **Innsbruck**, die wir uns dann wohl auch besonders werden ansehen müssen, zur Zeit ernstlich die Einrichtung eines Freibeizirks vorbereitet

(Dr. Eckhardt [BHE])

und daß Vertreter solcher Interessen in Hamburg und Bremen die Verhältnisse auf diesem Gebiet besonders studiert haben. Ich glaube jedenfalls, daß man mit der Einführung solcher Freibeirke und Freihandelszonen eine bedeutende Steigerung des Umschlags und eine wesentliche Förderung des Import- und Exporthandels erreichen könnte.

Alle Redner haben darauf hingewiesen, daß eine **Förderung der Grenzbezirke** notwendig sei. Das ist gewiß richtig. Wir bekennen uns voll dazu. Wir möchten sagen, daß es sich dabei zunächst noch nicht einmal so sehr um eine wirtschaftliche, sondern auch in ganz hervorragendem Maße um eine politische Aufgabe handelt. Die Bemühungen, die der Herr Staatsminister für Wirtschaft hinsichtlich einer **Neugestaltung der Frachttarife** unternommen hat, begrüßen wir durchaus. Vielleicht dürfen wir anregen, das **System der Frachtbasen** bei der Lieferung nach Bayern, insbesondere bei der Einfuhr von Kohle, wieder einzuführen, oder seine Wiedereinführung bei den zuständigen Stellen vorzuschlagen. Von besonderer Bedeutung ist selbstverständlich die **Frachthilfe für Ostbayern**. Es ist erfreulich, daß nach den Ausführungen des Herrn Staatsministers diese Frachthilfe wieder anläuft. Wir haben hier in ganz besonderem Umfang auch eine Möglichkeit, Arbeitslosigkeit in produktiver Weise zu bekämpfen. Mir ist vor wenigen Tagen der Wunsch eines Betriebs aus dem Bayerischen Wald vorgetragen worden, eine Frachthilfe von 100 000 Mark zu erhalten, damit dieser Betrieb seine Produktion auf dem Gebiet der **Holzindustrie**, insbesondere der Anfertigung von Span- und Fischereikörben, aufnehmen und seine Erzeugnisse nach Cuxhaven, Bremerhaven und anderwärts in die aufsteigende deutsche Fischereindustrie liefern könne. Würde eine solche Frachthilfe von 100 000 Mark gewährt werden, so wäre — davon habe ich mich selbst an Hand der Kalkulationen überzeugt, die mir der Betrieb vorgelegt hat — die Einstellung von 250 Arbeitnehmern die Folge für den Betrieb und die bayerische Wirtschaft. Diese Einstellung von 250 Arbeitnehmern würde allein eine Lohnsumme von jährlich 500 000 Mark bedeuten, ganz abgesehen von den Umsätzen und Gewinnen, die dort entstehen, und ganz abgesehen davon, daß die 100 000 Mark gewährte Frachthilfe ganz bestimmt wieder als Steuern in den Haushalt des bayerischen Staates und des Bundes fließen. Ein deutliches Beispiel dafür, was finanziell gerade auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu geschehen hat.

Ich komme damit zur **Kreditpolitik**, an der Finanz- und Wirtschaftsministerium beide beteiligt sind. In den kontinentalen Staaten ist es seit langem die Aufgabe des Wirtschafts- oder Handelsministeriums, den Kapitalmarkt der Volkswirtschaft zu pflegen. Sie werden mir fast ausnahmslos zugeben müssen, daß von einem echten **Kapitalmarkt** in Deutschland leider noch immer nicht die Rede sein kann. Wir befinden uns auch hier in einer Klemme. Diese Klemme nötigt uns, bei dem Nichtvorhandensein des Kapitalmarkts ein System von Aushilfen zu pflegen. Das ist in den letzten

Jahren versucht worden. Es ist gelungen, wie wir gehört haben, seit der Währungsreform außerbayerische Mittel im Betrage von 567 Millionen D-Mark nach Bayern zu bringen. Für die verarbeitende Industrie aber werden jetzt und in naher Zukunft wohl nur Staatsbürgschaften gewährt werden können, ohne daß genügende Refinanzierungsmittel zur Verfügung stehen. Wir wissen, daß sowohl das Finanz- als auch das Wirtschaftsministerium sich der Bedeutung gerade der Zurverfügungstellung von Refinanzierungsmitteln voll bewußt ist. Wir haben im Haushaltsausschuß des Landtags wiederholt über diese Frage debattiert. Ich will nebenbei einflechten, weil es eine interessante Zahl ist, daß von den bisher gewährten Staatsbürgschaften rund 380 Millionen D-Mark für allgemeine Zwecke und 86 Millionen D-Mark für den Wiederaufbau der Betriebe heimatvertriebener Unternehmer gewährt worden sind.

Die bayerische Wirtschaft leidet unter einer Aktion, für die sie nicht verantwortlich ist, unter der Beschränkung der Kreditmöglichkeiten, den sogenannten **Kreditrestriktionen**, die am Ende des vorigen Jahres von der Bank Deutscher Länder verhängt wurden. Ob diese Kreditrestriktionen gerade in diesem Jahr notwendig gewesen sind und notwendig sind, darüber mag sich streiten lassen. Ich habe nicht unerhebliche Bedenken gegen die Politik der Kreditrestriktionen. Man hat die Kreditrestriktionen eingeführt, weil man sich sagte: Wir dürfen uns auf keinen Fall leisten, einem inflatorischen Zustand näher zu kommen. Dafür habe ich allen Sinn. Ich habe auch allen Sinn dafür, daß man mit steuerlichen Mitteln gegen einen vorhandenen inflatorischen Zustand vorgeht. Ich mache aber darauf aufmerksam: Mit steuerlichen und kreditären, das heißt geldpolitischen Mitteln können Sie eine Inflation weder vermeiden noch heilen. Sie können ihr nur vorbeugen, wenn Sie das Produktionsvolumen, die Höhe des Sozialprodukts der Wirtschaft vermehren. Und diese Aufgabe ist uns in erster Linie gestellt. Das Sozialprodukt muß erhöht werden. Das ist das vornehmste Ziel jeder Wirtschaftspolitik. Ich erhoffe vom **Landesentwicklungsplan**, den ich bereits erwähnt habe, eine Erhöhung des Sozialprodukts, insbesondere auch durch eine vernünftige Eingliederung der heimatvertriebenen Wirtschaft in die bayerische Wirtschaft. Wir haben hier zum ersten Mal eine großzügige **Planung des Standorts**. Der Standort ist — die Erörterung über die Struktur der Wirtschaft zeigt das immer wieder — von allerhöchster Bedeutung für das Gedeihen einer Wirtschaft. Wir glauben, daß das Ministerium auch die Vorschläge des sogenannten **Sonne-Plans** noch einmal gründlich studieren sollte, da hieraus nach unserer Auffassung auch für die Entwicklung der bayerischen Wirtschaft Anregungen aller Art zu gewinnen sind.

Verschiedene Redner haben zur Frage des **Fremdenverkehrs** Stellung genommen. Der Herr Staatsminister für Wirtschaft hat seinerseits darauf hingewiesen, daß der Produktionswert des bayerischen Fremdenverkehrs hinter dem Produktionswert von Handwerk, Industrie und Handel zurückstehen müsse. Gewiß. Gestern ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Fremdenverkehr, für sich

(Dr. Eckhardt [BHE])

betrachtet, vielleicht gar nicht so sehr der große Devisenbringer sei, als der er vielfach angesehen wird. Hierbei muß ich aber doch auf einen Irrtum hinweisen. Es ist ja nicht so, als ob der Fremdenverkehr, isoliert betrachtet, nun etwa der devisenschaffenden Bedeutung wegen zu fördern sei. Der Fremdenverkehr schafft diese Devisen nicht nur isoliert gesehen, sondern auch für die am Export interessierte bayerische Industrie und für das bayerische Handwerk. Die vom Fremdenverkehr hier geleistete Vermittlungsarbeit ist besonders hoch einzuschätzen, und man kann infolgedessen nicht mit dem Rechenstift erklären: so viele Übernachtungen, so viele Devisen für die bayerische oder die deutsche Wirtschaft. Der Fremdenverkehr hat tatsächlich eine wesentlich größere Bedeutung. Ich möchte sogar sagen: Er ist eine Art Visitenkarte nicht nur Bayerns und der bayerischen Wirtschaft, sondern ganz Deutschlands geworden.

(Sehr richtig!)

Man wird wohl auch sagen können, daß insbesondere die **oberbayerischen Fremdenverkehrsorte** einen Ruf haben, der in Deutschland jedenfalls einzigartig dasteht. Man wird weiter feststellen können, daß sehr viele Ausländer, sehr viele Unternehmer und Wirtschaftsführer des Auslands wohl die Namen Bad Reichenhall, Garmisch und vieler Kurorte des Tegernsees und des Allgäus kennen, nicht aber die Namen vieler Großstädte. Tatsächlich wird Deutschland und die deutsche Wirtschaft zu einem Teil wenigstens danach beurteilt, was auf diesem Gebiete geschieht, und was nicht nur in Oberbayern und in Schwaben, sondern ebenso sehr in den vielleicht etwas vernachlässigten Gebieten, die es leider in Nordbayern mit seinen schönen Fremden- und Kurorten noch immer gibt, geschehen muß.

(Sehr richtig! bei der FDP)

Man hat geglaubt, gerade auf die Unzweckmäßigkeit einer Erhöhung der Mittel zur Förderung des Fremdenverkehrs besonders hinweisen zu müssen. Meine Damen und Herren! Der Fremdenverkehr fördert den Export! Der Fremdenverkehr vermag aber aus sich selbst heraus der bayerischen Wirtschaft noch in ganz anderer Weise finanzielle Mittel zuzuführen, wenn man nämlich einmal rein vom finanz- und wirtschaftspolitischen Standpunkt aus wieder ein Problem aufgreift, dem wir uns, fürchte ich, hier nicht ganz gewachsen gezeigt haben. Es ist dies die Frage der Errichtung von **Spielbanken**. Ich hoffe, daß nicht zuletzt auch die Reise des Pfalz-Ausschusses unter der Leitung des Herrn Landtagspräsidenten und der Besuch von Bad Dürkheim gezeigt haben, daß man solche Betriebe sehr wohl sauber und ohne Auswüchse führen kann. Es wird auch, wenn man sie in ein Verhältnis zum Toto, zu Lotterien und anderen Dingen setzt, nicht sehr viel gegen sie zu sagen sein. Für sie spricht jedenfalls, daß bei einer Einführung der Spielbankunternehmen in vernünftiger und betriebswirtschaftlicher Form, also nicht gleich sechs Spielbanken in einem engen Raum nebeneinander,

sondern wenige Spielbanken, also etwa zwei in Südbayern und eine vielleicht in Bad Kissingen, wahrscheinlich schon in diesen letzten Monaten ganz erhebliche Beträge hätten gewonnen werden können, mit denen man die bayerische Wirtschaft, das bayerische Gewerbe, den Fremdenverkehr und auch den sozialen Wohnungsbau in genügendem Maße hätte fördern können.

(Sehr richtig!)

Hier ist eine finanzielle Möglichkeit gegeben, von der ich der Ansicht bin, daß der Bayerische Landtag geradezu verpflichtet ist, sie auszunützen.

(Sehr richtig! bei der BP. — Abg. Bezold: Die Wirtschaft findet diese unmoralische Unterstützung nicht; also brauchen Sie darüber nicht zu reden!)

— Ich weiß es nicht. Ich hoffe, daß die Erfahrungen der letzten Monate doch dazu geführt haben, das Gebiet der Moral und das der Spielbanken ein wenig auseinanderzuhalten.

(Zuruf von der FDP: Das ist in Bayern sehr schwer.)

Die Mittel, die zur **Gewerbeförderung** angesetzt werden, und auch die erhöhten Mittel, deren Einsatz der Haushaltsausschuß gewünscht hat, sind nach meiner Auffassung eine produktive, vielleicht sogar betriebswirtschaftlich gesprochen, eine rentable Anlage. Die Wirtschaft gibt dem Staate Kraft, und daher ist es auch Sache des Staates, sie zu fördern, insbesondere dann, wenn er sicher sein kann, daß die Förderungsmittel wieder hereinkommen. Ich hoffe also, daß der Standpunkt des Herrn Wirtschaftsministers bei dieser Kontroverse mehr zum Zuge kommt, als es gestern und heute zunächst den Anschein gehabt hat.

Das **Kapital** mag knapp sein. Wir spüren das bei der Beratung des gesamten Haushalts des bayerischen Staates. Von den drei großen Produktionsfaktoren, auf denen jede Wirtschaft aufbaut, sind in Deutschland und in Bayern sicherlich Kapital und Boden knapp. Das Gut, über das wir zur Zeit noch in reichlichem Maße verfügen, ist der **Produktionsfaktor Arbeit**. Der Produktionsfaktor Arbeit, nicht nur die des Arbeiters, sondern auch die des Unternehmers, wie überhaupt die Arbeit jedes schaffenden Menschen in der Volkswirtschaft, muß in jeder Beziehung gepflegt werden. Die Arbeit ist für uns die einzige Möglichkeit, zu der erwünschten Erhöhung des Sozialprodukts zu kommen und damit auch zur Durchführung der von uns geforderten sozialen Maßnahmen. Wir sind überzeugt, daß es eine Pflege des Produktionsfaktors Arbeit im besten Sinne des Wortes bedeutet, wenn es gelingt, auch die zahlreichen noch vorhandenen, entweder nicht oder nicht im richtigen Maße eingesetzten **hervorragenden Fachkräfte unter den zwei Millionen Heimatvertriebenen** richtig einzureihen. Auch auf dem Gebiet der Fremdenindustrie! Vergessen Sie nicht, daß unter den Heimatvertriebenen zahlreiche gute Fachkenner dieses Gebietes sind, die aus den sudetendeutschen Weltbädern Karlsbad, Marienbad, Franzensbad, aus den Heil-

(Dr. Eckhardt [BHE])

bädern und Fremdenorten Schlesiens und anderwärts kommen.

(Sehr richtig! beim BHE)

Wie diese Arbeit zu fördern ist, das zu prüfen ist die Grundaufgabe der Wirtschaftspolitik. Ich hoffe, einige Andeutungen und Anregungen dazu gegeben zu haben.

Vielleicht kann man sich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf den Satz einigen, daß **der best-bezahlte Arbeiter auch der beste Arbeiter** ist. Aus diesen Gründen begrüßen wir die grundsätzlichen Ausführungen vor allem am Beginn der Rede des Herrn Staatsministers für Wirtschaft. Wir hoffen, daß die bayerische Wirtschaftspolitik auch weiterhin den Weg beschreitet, den sie bisher gegangen ist und der nach unserer Auffassung tatsächlich der beste, das bedeutet: der einzig richtige Weg ist. Möge dann unsere Arbeitskraft, also die Arbeitskraft des Unternehmers, des Handwerkers, des Händlers, des Arbeiters und jedes schaffenden Menschen wie in den letzten Jahren zum Nutzen der bayerischen Wirtschaft eingesetzt werden. Möge — und damit darf ich schließen — aus Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen ein Volk werden, das sich in Frieden des reichen Ergebnisses dieser Arbeit zu erfreuen vermag.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Hagen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolf.

Wolf Hans (FDP): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich darf, auch im Namen meiner Fraktion, vorausschicken, daß wir im großen und ganzen mit den Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers zum Haushalt des Wirtschaftsministeriums einiggehen. Maßgebend für uns war der Erfolg. Wir konnten hören, daß gerade Bayern trotz der engen Verflechtung mit dem Bund, mit Bonn, in der Lage war, eine höhere Produktionssteigerung als im Bundesdurchschnitt zu erzielen. Wir teilen auch die Ansicht des Herrn Wirtschaftsministers, daß Bayern, das nun einmal kein Agrarstaat mehr ist, sondern ein Industriestaat wurde, zu einem Armenhaus werden würde, wenn nicht eine starke gewerbliche Wirtschaft vorhanden wäre. Eine solche hat aber als stärksten Motor und sicherste Grundlage die **private Initiative** und nicht zuletzt das Eigeninteresse der Betriebe zur Voraussetzung. Insofern kann ich mit Herrn Kollegen Drechsel nicht einiggehen. Er erzählte uns von einem Geburtstagsglückwunsch — ich selbst habe ihn nicht gehört — eines Rundfunkkommentators für den Herrn Wirtschaftsminister, in dem in Randbemerkungen davon gesprochen wurde, daß der Herr Wirtschaftsminister im Bundesrat eine enge Verbindung mit dem Bundeswirtschaftsminister Dr. Erhard halte,

(Abg. Drechsel: Stärkste Stütze!)

— ja sogar die stärkste Stütze des Bundeswirtschaftsministers war. Das liegt ganz in unserem

Sinne; denn wir glauben, daß gerade daraus der Erfolg für die bayerische Wirtschaft gekommen ist.

(Sehr richtig! bei der FDP)

Woraus sonst wäre er wohl gekommen! Schließlich ist es taktisch klug, wenn ich mit dem, der etwas zu sagen hat, die engste Verbindung aufrechterhalte. Herr Kollege Drechsel, der Mißton, den Sie aus der Symphonie der allgemeinen Wirtschaft heraus hören konnten, die Dissonanz, wie Sie sagten, ist ja nicht dazu angetan, daß nunmehr das Instrument zerschlagen werden muß. Gerade in der heutigen Zeit gibt es Symphonien, die sehr viele Dissonanzen aufweisen und trotzdem eine große Zuhörerzahl finden. Mit welchem Instrument wollen Sie denn auftreten? Welches Instrument kann dann das Konzert durchführen? Sie haben vergessen, das zu sagen, Herr Kollege Drechsel! Man darf das Kind nicht gleich mit dem Bade ausschütten, wenn einmal eine Situation, eine Angelegenheit nicht ganz in Ordnung ist.

Sie haben vor allem das Problem der **Kohle** berührt. Der augenblickliche Zustand in der Kohlenversorgung ist nicht sehr begrüßenswert. Sie wissen aber, Herr Kollege, womit das zusammenhängt: nämlich mit den Einwirkungen von außen auf die Grundstoffindustrien. Es ging mit Korea an. Dann traten plötzlich Engpässe in den Grundstoffen auf, die nicht von heute auf morgen, sondern erst allmählich beseitigt werden können. Sie wissen doch auch, daß gerade der Raubbau in den Kohlengruben während der nationalsozialistischen Wirtschaft Verheerungen hervorgerufen hat, die man unmöglich von heute auf morgen beseitigen kann. Sie wissen, daß die Arbeiter durch eine geringe Ernährung zunächst nur bis zu 50 Prozent der Leistungen hervorbringen konnten. Um der ansteigenden Industrie wieder die Kohle zuzuführen, die sie braucht, mußten neue Arbeiter gewonnen werden. Das wissen auch Sie. Gott sei Dank gelang das. Es reichten aber dann die Wohnungen nicht aus, und Sie selbst sagten, daß der Bergarbeiter nicht mit Freude in die Gruben fährt, wenn er keine Wohnung hat und viele andere Dinge noch fehlen.

(Abg. Drechsel: Man muß aber endlich einmal wieder eine Ordnung in den Verhältnissen herbeiführen.)

— „Endlich einmal“, Herr Kollege? Sechs Jahre nach dem Verlust eines Krieges, wie ihn die Weltgeschichte nicht gesehen hat: in solch kurzer Zeit kann nicht alles in bester Ordnung sein. Wenn man heute in der Zeitung liest, daß die Dämme des Po durch eine plötzliche Katastrophe, an die niemand gedacht hat, überschwemmt wurden, kann man auch nicht sagen: Man hätte doch schon lange Zeit gehabt, diese Katastrophe zu verhindern.

Die „**Freie Marktwirtschaft**“, die Sie dem Herrn Wirtschaftsminister vorgeworfen haben, ist ebenso wie die Freiheit immer nur ein relativer Begriff. Es gibt keine absolute Freiheit. Auch die Demokratie selbst kann nicht absolut sein. Ich erinnere nur an die 30er Jahre, als Dollfuß ermordet wurde und Schuschnigg sagte: Wir müssen die Demokratie zeitweise — vorübergehend — ausschalten können,

(Wolf Hans [FDP])

sonst sind wir nicht mehr in der Lage, uns gegen die Angriffe, die der Demokratie von ihren Feinden drohen, zu wehren.

(Zuruf: „Zeitweise“ ist gut!)

— Ich betone ausdrücklich: zeitweise. Gestern sind ähnliche Worte gesprochen worden. Die Angriffe auf die Demokratie müssen zu Sondermaßnahmen führen. Die Freiheit ist nicht absolut in dem Sinne, daß jeder tun und lassen kann, was er will. Er muß sich disziplinieren und dem Gesetz unterwerfen. Ähnlich verhält es sich mit der „Freien Marktwirtschaft“. Sie ist auch nicht absolut, sondern nur relativ frei. Die Schädlinge, die heute am Werk sind, ob es nun Schieber, Schwarzhändler oder dergleichen sind, müssen dieser Freiheiten, die sie glauben innerhalb dieses Wirtschaftssystems mißbrauchen zu können, müssen dieser Freiheiten beraubt werden. Es muß gegen sie vorgegangen werden.

Von der **Investitionshilfe** wurde bis jetzt 1 Milliarde D-Mark für den Aufbau eingesetzt.

(Abgeordneter Drechsel: Noch nicht!)

— Doch, die erste Milliarde der Investitionshilfe, die nicht von der Privatwirtschaft aufgebracht wurde, wurde im Laufe der letzten Jahre bereits für die Kohlenwirtschaft aufgewendet; sonst wären wir noch auf dem alten Stand. Die weiteren 1,4 Milliarden Investitionshilfe werden dazu beitragen — sie betrifft nicht nur die Kohle, sondern auch Eisen und Stahl und die Energiewirtschaft —, die noch bestehenden Mängel zu beseitigen. Dann werden auch die letzten Reste der Bewirtschaftung verschwinden. Der Herr Wirtschaftsminister glaubte zunächst, daß die Lieferungen von Tschechenkohle eingestellt würden, weil angeblich von uns die Schrottlieferungen nicht erfüllt worden seien. Schon einige Tage später konnte aber der Herr Wirtschaftsminister erklären, es bestehe die Hoffnung, daß in Kürze auch diese Schwierigkeiten wieder beseitigt sein werden. Ich darf daher auch hier meiner Freude Ausdruck geben, da von der keramischen Industrie in Oberfranken, dieser exportstärksten Industrie, die Sorge einer fortwährenden Kohlenkrise dadurch genommen wird.

Erfreulicherweise hat sich mein Kollege Geiger neben der Fremdenindustrie auch intensiv mit dem Grenzland beschäftigt. Wenn man selbst von da oben kommt und diese Gegend vertritt, ist es dann natürlich schwer, nicht in Wiederholungen zu sprechen, die Sie allmählich ermüden würden. Die **Sorgen des Grenzlandes** kennen wohl nur die Kollegen voll und ganz, die von da oben stammen. Nur sie wissen Bescheid, was es heißt, daß nunmehr seit sechs Jahren diese Gebiete durch den eisernen Vorhang plötzlich von den Wirtschaftsgebieten in Thüringen und Sachsen getrennt wurden. Dadurch haben einzelne Industrien, ich möchte nur die **Brauindustrie** erwähnen, 50 bis 90 Prozent Absatzausfall erlitten. Sie sind heute gezwungen, nach dem Süden vorzustoßen, wo schon eine dichte Brauereindustrie vorhanden ist. Wenn daher diesbezügliche Anträge vor den Landtag kommen, möchte ich Sie bitten,

sie wohlwollender zu behandeln und sich immer daran zu erinnern, daß 350 km nördlich von München auch noch Bayern wohnen, und daß die Eilzüge, die 5 bis 6½ Stunden bis zur Grenze da oben brauchen, fast länger unterwegs sind als bis zur Rheinpfalz. All dies wird sehr häufig von den Kollegen aus Südbayern vergessen. Vergessen Sie Ihre Wahlkreisatmosphäre und denken Sie daran, daß dort oben eine Notlage auf den verschiedensten Gebieten besteht, und daß gerade die Kleinindustrie und das Handwerk große Sorgen im Hinblick auf die erforderlichen Kredite hat! Die Banken haben fast ausschließlich oder in der Hauptsache ihren Sitz in München und es geht ihren Direktoren in Kreditangelegenheiten oft ähnlich wie dem Hohen Haus und vielleicht auch den Organen im Wirtschaftsministerium, daß sie die Gegend dort oben und die selten exponierte Lage nicht kennen. Herr Kollege Drechsel hat z. B. Exportgemeinschaften angeregt und von Marktforschung für Handwerksbetriebe gesprochen. Wir haben da oben Betriebe en masse, die nicht einmal den notwendigsten Kredit bekommen, obwohl sie jede Woche Dollarschecks zu den Banken bringen. Sie bekommen aber trotzdem nicht den notwendigsten Kredit, selbst wenn sie sich aus eigener Initiative eine Werkstatt gebaut haben. Man hat die größten Schwierigkeiten, für einen derartigen Betrieb ein paar tausend Mark aufzubringen, damit er nicht gezwungen ist, jeden Wechsel, der hereinkommt, abzustottern. Vielleicht nimmt sich Herr Kollege Elsen dieser Sache etwas an.

Ich habe Ihnen einige Auswirkungen der gegenwärtigen Situation in den Grenzlanden geschildert. Denken Sie also daran, daß auch die Gegenden um den Main und nördlich davon noch zu Bayern gehören! Manchmal hat man den Eindruck, daß dies nicht genügend bekannt ist. Beurteilen Sie — mein Vorredner hat bereits darauf hingewiesen — diese Lage vom staatspolitischen Standpunkt aus und vergessen Sie nicht, daß auch der Herr Ministerpräsident bereits in seiner Regierungserklärung davon gesprochen hat, es sei eine staatspolitische Aufgabe, dort oben baldmöglichst einzugreifen! Jede Notlage am Eisernen Vorhang auf unserer Seite findet drüben tausendfältiges Echo. Die SED und die Sowjets lachen sich ins Fäustchen, wenn da oben nichts geschieht. Was hilft eine Richtstrahlantenne oder was helfen die vielen tausend Luftballons, die mit Propagandamaterial hinübergelassen werden? Schließlich haben die Leute drüben über der Grenze auch Augen zu sehen und Ohren zu hören, und die Flüsterpropaganda geht weit über die Grenze. Die Leute sehen genau, was bei uns los ist, das heißt, was nicht los ist und was nicht geschieht. Das bayerische Schaufenster nach der Sowjetzone würde sich bei etwas weniger Kastengeist im übrigen Bayern und bei etwas weiterblickendem staatspolitischen Denken so gestalten lassen, daß dort oben das wirtschaftliche und damit auch das kulturelle Leben wieder aufblühen und die beste Propaganda gegen die SED und die Sowjets bilden würde.

Meine Redezeit dürfte nun zu Ende sein. Ich darf zum Schluß der Hoffnung Ausdruck geben, daß

(Wolf Hans [FDP])

Sie Ihr Herz für das nördlichste Bayern öffnen und verwirklichen, was auch der Herr Wirtschaftsminister in seinen Ausführungen über den Landesentwicklungsplan betont hat: Den Problemen und Förderungsmöglichkeiten der strukturell notleidenden Grenzgebiete wird vor allem in den regionalen Aufbauplänen Rechnung getragen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Hagen: Es folgt der Herr Abgeordnete Haußleiter.

Haußleiter (DG): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der bayerische Wirtschaftsminister hat selbst auf die begrenzten Möglichkeiten hingewiesen, die ihm zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist seine Aufgabe aus mehreren Gründen nicht leicht. Er ist gleichsam eine Art Stoßdämpfer zwischen der chaotischen liberalistischen Politik des Herrn Professors Erhard und den Landesplanungsabsichten unseres Kollegen von Knoeringer. Ich habe gefunden, daß er zwischen diesen beiden Grenzlinien einen gemäßigten mittleren Kurs gegangen ist. In einem Punkt hat er allerdings im vergangenen Jahr eine Anlehnung an die Erhard'sche Politik gezeigt, die uns bedenklich erschien. Er hat im vergangenen Frühjahr genau wie jener unentwegte Optimist in Bonn eine Senkung der Preise, ein Ende der Preissteigerungen angekündigt. Diese Prophezeiungen sind ohne Zweifel *Fehlprophezeiungen* gewesen, die nicht eingetroffen sind. Nun ist auch dieser Bericht des Herrn Wirtschaftsministers wieder optimistisch. Er weist darauf hin, daß sich die bayerische Wirtschaft günstig entwickelt hat, und zwar im Anschluß an den koreanischen Rüstungsboom. Da möchte ich auf einen Punkt aufmerksam machen. Es scheint uns nicht gut zu sein, wenn wir im **Schlepptau der koreanischen Aufrüstungskonjunktur** bleiben. Unserer Ansicht nach muß der Export heute sehr umsichtig gesteuert werden. Es gibt ohne Zweifel gegenwärtig ausgezeichnete Möglichkeiten, außerhalb Deutschlands Dauerkunden zu gewinnen. Ich denke an die weiten Bereiche, wo man heute den deutschen Export den englischen oder holländischen Waren vorzieht. Ich weiß aber auch, daß bayerische Betriebe, auch aufsteigende Heimatvertriebenen-Betriebe in Bayern die langjährige alte Exportverbindungen haben, infolge der mangelnden Kapitaldecke nicht in der Lage sind, äußerst günstige Exportaufträge zu realisieren. Wenn hier eingegriffen wird mit der ganzen Umsicht, die der bayerische Wirtschaftsminister ohne Zweifel entwickeln kann, und wenn man sich so Dauerkunden im Ausland zu gewinnen versteht, statt im Schlepptau der koreanischen Konjunktur zu bleiben, dann können wir für die Industrieentwicklung im Lande Bayern eine gesichertere Exportgrundlage gewinnen, als sie unserer Ansicht nach heute vorhanden ist.

Dazu gehört auch die Berücksichtigung der bayerischen Sonderstellung gegenüber dem **europäischen Südosten**. Die unmittelbare Nachbarschaft zu **Öster-**

reich legt uns die Verpflichtung auf, diese Beziehungen besonders zu pflegen, und wir sind dem Herrn bayerischen Wirtschaftsminister insbesondere dafür dankbar, daß er den Grenzaustausch mit Österreich so betont als wichtig erklärt hat. Darüber hinaus denke ich an die Möglichkeiten, die wir unter anderem für den Export nach **Jugoslawien** haben; ich glaube, daß auch hier eine sehr sorgfältige Lenkung betrieben werden muß.

Nun zu einem anderen Punkt. Der bayerische Wirtschaftsminister hat darauf hingewiesen, daß es sich bei der **strukturellen Arbeitslosigkeit im Lande Bayern** um etwa 250 000 bis 270 000 Personen dreht. Unter diesen strukturell Arbeitslosen sind insbesondere Heimatvertriebene. Hier muß eines getan werden: Es muß die Folgerung aus dem bisherigen **Versagen der Flüchtlingsumsiedlung** gezogen werden. Wenn es nämlich nicht möglich ist, die Heimatvertriebenen aus Bayern, die in anderen Ländern Arbeitsstätten suchen und brauchen, dorthin zu bringen, dann muß ein **Gegenplan** für die Industrieansiedlung dieser Heimatvertriebenen in Bayern entwickelt werden.

(Abg. Dr. Keller: Der ist ja längst da!)

— Zusätzlich, Herr Kollege Dr. Keller. Es muß die logische Konsequenz aus dem Scheitern des Flüchtlingsumsiedlungsplans in seiner vorgesehenen Form gezogen werden, und wir müssen auf Grund der Weigerung der anderen Länder, Heimatvertriebene aufzunehmen, die Kreditforderungen an den Bund erhöhen. Wenn die anderen Länder die Flüchtlingsumsiedlung zu sabotieren versuchen, dann muß ein Finanzausgleich und ein Ausgleich in der Kreditplanung zugunsten Bayerns getroffen werden.

(Sehr richtig!)

Es ist notwendig, daß diesbezüglich bayerische Forderungen in einem **Sonderplan** systematisch zusammengefaßt und als Gegenforderung an die anderen Länder und an den Bund gestellt werden. Der Länderegoismus auf diesem Gebiet führt dazu, daß Bayern, ein vorgeschobenes Bollwerk gegen die kommunistische Grenze, von innen her in einer Weise bedroht wird, die sich heute zwar noch nicht voll auswirkt, die aber eines Tages bestimmte Folgen haben kann.

Unsere Meinung zur Versorgung des Landes Bayern mit **Rohstoffen**: Es gibt auf diesem Gebiet zwei Hemmungen. Von den entsprechenden zwei Forderungen ist die eine an Bonn zu richten. Ich möchte dem Herrn bayerischen Wirtschaftsminister eines versichern: Wenn es um die Forderung nach Rohstoffversorgung des Landes Bayern gegen Bonn geht, werden wir uns in der Vertretung der bayerischen Interessen von niemandem, auch nicht von den Kollegen der Bayernpartei, an Intensität übertreffen lassen.

(Bravo! bei der Bayernpartei)

Das Land Bayern ist in einer spezifischen Notlage, und wer für soziale Gerechtigkeit eintritt, der muß dafür eintreten, daß auch die begünstigteren Länder Deutschlands ihre soziale Verantwortung für die Notecken Deutschlands erkennen und übernehmen.

(Hausleiter [DG])

Ich muß aber ein zweites sagen. Für die Rohstoffnotlage, die uns an einer weitergehenden Industriesiedlung und an einer weitergehenden Intensivierung unserer Industrie hindert, ist nicht nur Bonn verantwortlich, sondern hierfür tragen in der Tat auch die Besatzungsmächte eine erhebliche Verantwortung und sind verantwortlich die Beschlüsse, die uns zum **Zwangsexport unserer Kohle** zwingen. Hier zeigt sich etwas sehr Merkwürdiges: Auf der einen Seite Aufbautendenzen der Besatzungsmacht, die sich etwa in der Zurverfügungstellung der ERP-Gelder und anderer Mittel ausdrücken; auf der anderen Seite eine Tendenz, heute die deutsche Wirtschaftskapazität wieder einzuschränken. Wir sehen es an der Verhinderung der Remontage von Thyssen und Salzgitter; wir sehen es an Bemerkungen, die ein amerikanischer Senator über IG. Farben in München gemacht hat; wir sehen es in diesem Augenblick auch an der praktischen Auswirkung der Besatzungspolitik auf unsere Wirtschaftskapazität. Der Besatzungsmacht muß klargemacht werden, daß dieses merkwürdige **Nebeneinander von Marshall-Plan und Morgenthau-Plan**, von Aufbautendenz und Abbautendenz eine innere Unsicherheit in unserem Volk schafft, die dazu führt, daß wir seelisch demontiert werden. Ich bin der Überzeugung, daß das deutsche Volk in der Auseinandersetzung, in der wir uns befinden, eindeutig auf der Seite der Freiheit steht. Ich bin aber auch der Überzeugung, daß die Besatzungsmacht in der Weise, in der wir heute wirtschaftlich behandelt werden, eine **seelische Neutralisierung des deutschen Volkes** verwirklicht. Gegen diese seelische Neutralisierung wenden wir uns, wenn wir uns gegen den falschen Kohleexport, gegen die Begrenzung unserer Wirtschaftskapazität, gegen die Fortdauer von Morgenthau-Planungen mit solcher Schärfe aussprechen.

Ich habe auf diesem Gebiet gegenwärtig einiges an Verfälschungen erlebt. Ich habe in einer Rede von „Weltmächten“ gesprochen; die „Neue Zeitung“ hat „Westmächte“ daraus gemacht. Ich habe autoritäre Maßnahmen in der Ostzone angegriffen, und die „Süddeutsche Zeitung“ hat in ihrem Bericht „westliche Parlamente“ daraus gemacht. Ich möchte hier noch einmal sagen: Wenn wir in der Frage der Kohlenzwangsexporte, der Gefährdung der Kohlenversorgung unserer Industrie der Besatzungsmacht gemeinsam die deutsche Position deutlich klarzumachen haben, dann tun wir es, um die fortschreitende seelische Neutralisierung des deutschen Volkes infolge falscher Maßnahmen zu verhindern und seine innere Meinung auszusprechen. Das ist eine Notwendigkeit, die gegeben ist.

Von da aus gesehen, darf ich hier betonen: Wir werden den bayerischen Wirtschaftsminister insbesondere dort unterstützen, wo er auch die Besatzungsmacht mit allen Mitteln, die es gibt, auf diese Gefährdung des vorgeschobenen deutschen und europäischen Bollwerks Bayern aufmerksam macht. Wenn da eine klare Sprache gesprochen wird, dann scheint mir das in einem Augenblick solcher Restriktionsmaßnahmen, wie sie gegen-

wärtig durchgeführt werden, das beste Mittel zu sein, um zur gegenseitigen Verständigung und zu konstruktiven Lösungen zu gelangen.

Nun etwas anderes. Wir treten für die **Gewerbeförderung** ein, und ich darf auch hierzu meine Meinung sagen. Hier muß das **Handwerk** berücksichtigt werden. Der Herr Wirtschaftsminister hat gute Worte dafür gefunden. Unserer Ansicht nach geht es nicht, daß man auf der einen Seite ohne Genehmigung Bauten, Millionenbauten errichtet, wobei dann der Handwerker lange Zeit seine Rechnung nicht bezahlt bekommt, statt diese Mittel konstruktiv zur Gewerbeförderung einzusetzen. Deshalb sind wir dafür, daß auch aus den **Forsterträgen** Mittel zur Gewerbeförderung abgezweigt werden. Wir halten das für zweckmäßig und richtig. Es ist besser, mit den Geldern, die zur Verfügung stehen, Handwerksbetriebe zu entwickeln, als kostspielige Forstvillen zu bauen. Auch das muß in diesem Zusammenhang einmal gesagt werden.

Nun noch ein Wort zu einer Bemerkung des Herrn Wirtschaftsministers, die für uns sehr wichtig ist. Er hat gesagt: Der **Landesentwicklungsplan** bleibt bloße Theorie, wenn ihm die organisatorischen Grundlagen fehlen. Hohes Haus! Das entspricht genau dem, was wir bereits bei Beginn dieser Legislaturperiode festgestellt haben: Ein Landesentwicklungsplan genügt nicht, wenn die Exekutive nicht in der Lage ist, ihn zu realisieren. Aus der vorsichtigen und abgewogenen Formulierung des Herrn Wirtschaftsministers geht hervor, daß hierfür die organisatorischen Maßnahmen innerhalb der Exekutive noch nicht getroffen sind. Sie können aber nicht erst getroffen werden, wenn der Landesentwicklungsplan fertig vorliegt. Wir können nicht sehr viel Zeit verlieren, sondern wir haben die notwendigen Koordinierungen in der Exekutive beschleunigt durchzuführen. Ich bekenne mich dazu, daß hier unserer Ansicht nach eine Verstärkung notwendig ist. Wir haben damals den Antrag gestellt, ein **Ministerium für Landesplanung und Aufbau** zu schaffen. Der Herr Wirtschaftsminister deutet in etwa an, daß die koordinierende Tätigkeit durch sein Ministerium ausgeübt werden solle oder könne. Das ist eine Möglichkeit. Dann muß sein Ministerium aber die notwendigen **Vollmachten** haben, die es heute noch nicht besitzt. Aus der Etatrede des Herrn bayerischen Wirtschaftsministers geht hervor, daß das Nebeneinander der Ministerien, auch das Nebeneinander von Wirtschaftsministerium und Finanzministerium, eine organisatorische Zusammenfassung zugunsten des Landesaufbaus nicht zuläßt. Deshalb werden wir nach wie vor für eine solche Zusammenfassung eintreten.

Im ganzen darf ich zum Etat des Wirtschaftsministeriums sagen: Es ist ohne Zweifel erfreulich, daß dem **Abbau der Zwangskontrollen** aus der R-Mark-Zeit auch der **Personalabbau** gefolgt ist. Das ist ein positiver Inhalt dieses Wirtschaftsetats, der uns vorgelegt worden ist. Ich persönlich glaube, daß bei den Planungsaufgaben, die realisiert werden müssen, an einen weiteren Personalabbau im Wirtschaftsministerium kaum gedacht werden

(Haußleiter [DG])

kann. Wir haben auf bestimmten Gebieten ohne Zweifel mit einer Erhöhung der Aufgaben des Wirtschaftsministeriums zu rechnen. Für besonders gut halte ich es, daß der Herr Wirtschaftsminister auf die Notwendigkeit der Heranziehung und Heranbildung eines **Nachwuchses für unsere gewerbliche Wirtschaft** hingewiesen hat, der der Qualitätsleistung des deutschen Volkes gewachsen ist und den qualitativ guten Ruf der deutschen Produktion aufrecht erhalten kann. Hierzu werden wir beim Kultusetat einiges zu sagen haben. Es muß von der Überfüllung der Mittelschulen abgegangen und in erhöhtem Maß zum **Aufbau von Berufs- und Fachschulen** übergegangen werden, damit für unsere bayerische Wirtschaft der Nachwuchs sichergestellt wird, den das Land Bayern braucht, um nicht nur augenblicklich im Zeichen einer vorübergehenden Konjunktur seine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Ländern einigermaßen aufrecht erhalten zu können, sondern um aus der gegenwärtigen Konjunktur heraus eine Wirtschaft aufzubauen, die in der Lage ist, auch in kommenden Krisenzeiten eine Verelendung dieses Landes zu verhindern.

(Beifall bei der DG)

Vizepräsident Hagen: Es folgt der Herr Abgeordnete Elsen.

Elsen (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann nicht in wenigen Minuten zu einem so wichtigen Etat Stellung nehmen, wie es der Etat des Wirtschaftsministeriums ist, und ich bedaure, daß das bayerische Parlament sich gestern wieder des Rechts begeben hat, auch gründliche Etatberatungen zu pflegen. Wir wissen alle, wie sehr wir in Zeitnot sind durch die verspätete Vorlage der Etats. Trotzdem glaube ich, daß wir darauf dringen müssen, daß für die Etatberatungen inskünftig mehr Zeit zur Verfügung steht, und zwar deshalb, weil die Parteien wie in allen anderen Parlamenten die Möglichkeit haben müssen, ihre grundsätzlichen Gedanken und Anregungen, aber auch ihre Kritik in Ausführlichkeit dem Parlament und dem Lande zur Darstellung zu bringen.

Der Herr Finanzminister hat von dem, was der Haushaltsausschuß für den Fremdenverkehr und für die gewerbliche Förderung vorsah, erhebliche Abstriche zu machen versucht. Es ist ganz klar: Ein guter Finanzminister darf von der Klage-mauer gar nicht weggehen. Aber auf der anderen Seite, glaube ich, ist es auch richtig, daß die beiden Dinge unserer bayerischen Wirtschaft und unseren bayerischen Finanzen so viel einbringen, daß man nicht auf die Überlegung verzichten sollte, ob es nicht doch möglich ist, eine Deckung für diese wichtigen Beträge zu finden.

Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, wie untrennbar die **Bundeswirtschaftspolitik** mit dem verflochten ist, was in der bayerischen Wirtschaft vorgeht. Hier ist viel zu sagen. Ich möchte nur den einzigen Gedanken herausgreifen: Ich habe das Gefühl, daß das Bundeswirtschaftsministerium in

manchen Dingen Bayern nicht unerheblich benachteiligt, und ich glaube, es wäre wirklich interessant, einmal Zahlen darüber zu bekommen; denn entweder wird darüber gar keine Statistik aufgestellt oder diese Statistiken ruhen in Schreibtischfächern, aus denen sie nie ans Tageslicht kommen. Nur durch Zufall erfährt man hin und wieder, wie die Dinge liegen. Ich möchte auch hier nur ein ganz kleines Beispiel herausgreifen: die Frage der **Kupferversorgung** von Bayern. Es ist mir bekannt, daß die tatsächliche Versorgung Bayerns 10 Prozent unter den Mengen liegt, die in den Kontingenten vorgesehen sind; auf der anderen Seite weiß ich, daß Nordrhein-Westfalen 10 Prozent mehr bekommen hat, als das Kontingent vorsah. Das ist nur ein einziges Beispiel, aber ich glaube, diese Beispiele ließen sich vermehren. Sie ließen sich vor allem auch vermehren bezüglich der Frage der **Kreditversorgung** Bayerns. Es ist mir bis heute nicht möglich gewesen, festzustellen, nach welchen Gesichtspunkten nach der Währungsreform die Kreditversorgung der Länder vorgenommen wurde. Es bestand damals im Jahre 1948 ein Plan und ein Schlüssel der Bank deutscher Länder, der aber nie zur Anwendung gelangt ist, und ich habe den Eindruck, daß dieses Nicht-zur-Anwendung-Gelangen uns in Bayern nicht unerheblich benachteiligt hat. Gerade wir in Bayern benötigen ja wegen der großen wirtschaftlichen Aufgaben eine erhebliche Kreditversorgung. Sie liegt stark im argen. Und wenn man einmal dieses interessante statistische Werk „**B a y e r n u n d d e r B u n d**“ liest, dann findet man dort den Satz:

„Der relativ niedrige Stand der Bareinlagen und der kurzfristigen Kredite an die Privatwirtschaft, die ungünstige Liquiditätslage der Geldinstitute, die hohe Verschuldung bei der Bank deutscher Länder und die überdurchschnittliche Höhe der Wechselproteste sind charakteristische Merkmale aus dem Bereich des bayerischen Geld- und Kreditwesens.“

Ich glaube, daß die Leitung der Landeszentralbank in Bayern sicher alles tut, um diesen Dingen entgegenzuwirken, aber ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, daß sowohl den Bonner wie den Frankfurter Zentralstellen der Gedanke der regionalen Wirtschaftspflege vollständig fremd ist.

Ein paar Aperçus zum **Landesentwicklungsplan**, nur zwei Sätze! Es wäre notwendig, daß dieser Beirat, wenn er tagt, vollzählig tagt und wenn die Herren berufen sind, daß sie dann auch zu den Sitzungen kommen. Ein zweites ist notwendig: daß man sich die nötigen Unterlagen für diesen Landesentwicklungsplan schafft. Ich glaube, daß die Durchführung von **Enqueten** in bestimmten Fragen sich als produktiv erweisen würde. Wir haben ja die staatswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten in Bayern und könnten sie zu diesen Dingen mit heranziehen. Beim Landesentwicklungsplan wäre ebenfalls sehr viel zu sagen über die Frage der **Grundstoffe** in Bayern. Aber auch hier nur ein Wort: Der Bayerische Landtag hat im Juni beschlossen, im Vorgriff 500 000 DM für das Bohrprogramm vorzusehen. Dieser Beschluß des

(Elsen [CSU])

Bayerischen Landtags ist meines Wissens bis heute noch nicht effektiert worden.

(Hört, hört!)

Es hat keinen Sinn, wenn wir die schönsten Programme aufstellen und hier die schönsten Anregungen bringen und auf der anderen Seite diese Anregungen dann keine Verwirklichung finden.

Es wäre sehr viel zu sagen zu den einzelnen **Wirtschaftszweigen** in Bayern, von der Bauindustrie angefangen bis zu allen anderen. Aber leider ist uns das ja infolge des Zeitmangels versagt.

Zum Schluß lassen Sie mich ein Wort sagen: Es ist notwendig, daß wir uns mit einem Gedanken vertraut machen, mit dem Gedanken der **regionalen Wirtschaftspflege**, und diesen Gedanken, der adäquat ist dem föderativen Aufbau nach der Bundesverfassung, stärker fördern. Hier liegt die Aufgabe des bayerischen Staates, aber auch eine Aufgabe der bayerischen Wirtschaft; denn ich glaube, daß der Verbandszentrismus, der langsam, langsam jetzt um sich greift, unserer bayerischen Wirtschaft nicht förderlich ist. Hier haben die Wirtschaftsverbände von sich aus den Gedanken der regionalen Wirtschaftspflege zu fördern.

Das sind ganz kurz ein paar Gedanken und Anregungen; denn da die bayerische Wirtschaft unser Leben bedeutet, ist es notwendig, daß man diesen Problemen in Zukunft mehr Zeit, mehr Aufmerksamkeit und mehr Ausführlichkeit widmet.

Vizepräsident Hagen: Es folgt der Abgeordnete Piehler.

Piehler (SPD): Meine Damen und Herren! Wenn man den Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums mit dem seines Schwesterministeriums, des Landwirtschaftsministeriums, vergleicht — und der Zwischenruf des Herrn Kollegen Baumeister, den ich sonst sehr hoch schätze, hat mich dazu angeregt, diesen Vergleich zu machen —, so muß festgestellt werden, daß der Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums schon rein äußerlich sehr dünn und unansehnlich ist. Ich möchte den Vergleich nicht auf den Inhalt der beiden Haushaltspläne ausdehnen, bitte aber den Herrn Finanzminister dringend, diesen Vergleich bei der nächsten Etataufstellung vorzunehmen und dabei besonders die Endsummen zu vergleichen.

Im Zusammenhang damit möchte ich einige Sätze aus den Haushaltsreden des Herrn Wirtschaftsministers und des Herrn Finanzministers in Ihre Erinnerung zurückrufen. Der Herr Wirtschaftsminister sagte, und ich muß da etwas wiederholen, was heute schon einmal angeführt wurde: „Die Lage Bayerns in den ersten Nachkriegsjahren und der Einstrom von 2 Millionen Flüchtlingen hat uns deutlich vor Augen geführt, daß Bayern ohne eine starke gewerbliche Wirtschaft nicht mehr lebensfähig wäre und ohne sie zu einem Armenhaus werden müßte.“ Der Herr Finanzminister hat gesagt: „Der Anteil der nichtbuchführenden Landwirte mit Einkommensteueraufkommen beträgt ungefähr

5,6 Prozent. Die buchführenden Landwirte, die in dieser Statistik nicht berücksichtigt sind, sind zum größten Teil Verlustbetriebe.“

Nun gestatten Sie mir einige Ausführungen zu dem Inhalt des Haushaltplans! Ich bedauere ebenfalls außerordentlich, daß die Anträge des Haushaltsausschusses zu den Titeln 326 und 328 vielleicht nicht verwirklicht werden können. Ich möchte den Herrn Finanzminister bitten, doch noch einmal zuzusehen, ob nicht die Möglichkeit besteht, die Mittel hierfür aufzubringen.

Bei den Zuschüssen für die **Fremdenverkehrswerbung** habe ich einige Hemmungen, obwohl ich Abgeordneter eines der größten Fremdenverkehrsgebiete, des Tegernseer-, Bayrischzeller- und Schlierseer-Tales bin. Wenn man schon von freier Wirtschaft spricht — und die Besitzer der Fremdenverkehrsbetriebe sind ganz entschiedene Vertreter der freien Wirtschaft —, dann muß man nach meiner Auffassung auch selber für die Werbung aufkommen; denn ein Hauptmerkmal der freien Wirtschaft ist doch, daß man nicht nur die Profite einstecken darf, sondern selbst für die Risiken und für die Werbung aufkommen muß.

Jetzt zur Fremdenverkehrswerbung selber! Es ist uns leider nicht bekannt, wie die Mittel in den vergangenen Jahren verteilt wurden. Anscheinend war die Konkurrenz zwischen den großen Fremdenverkehrsvereinen so stark, daß die Mittel nicht mehr dorthin gekommen sind, wo sie eigentlich hätten hinkommen müssen. Auch der Bayerische Wald und Oberfranken hatten früher einen sehr guten Fremdenverkehr. In einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses ist von Alexandersbad Beschwerde erhoben worden, daß man für dieses Bad nichts tut, und da mußte der Wirtschaftsausschuß die zuständigen Herren von Alexandersbad darauf aufmerksam machen, daß ja vom bayerischen Staat Mittel für die Durchführung der Werbung zur Verfügung gestellt wurden. Ich habe heuer einmal einen Prospekt über Kelheim kaufen wollen. Ich habe in München überall versucht, so einen Prospekt zu erhalten, ich habe keinen bekommen können. Ich bin dann einige Tage später nach Nürnberg gekommen und wollte mir von dort einen verschaffen; ich habe ebenfalls keinen erhalten. Ich habe dann, weil es mich interessiert hat, auch einmal gefragt nach einem Prospekt von Lam am Osse und von Bodenmais am Arber, die früher ebenfalls gute Fremdenverkehrsorte waren; ich habe keinen erhalten können. Ich habe feststellen müssen, daß von den 500 000 DM, die im vorigen Jahr zur Verfügung gestanden sind, anscheinend in die notleidenden Fremdenverkehrsorte, besonders in den Bayerischen Wald, nichts gekommen ist. Ich werde mich deshalb mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, daß diese 500 000 DM heute nochmals erhöht werden. Der Herr Kollege Geiger hat sich eigentlich ein bißchen widersprochen. Er hat behauptet, daß wir in Bayern im heurigen Sommer zu wenig Betten hatten, daß infolgedessen ein Teil der Fremden, die nach Bayern wollten, nicht nach Bayern kommen konnte und in außerbayerische Orte gehen müssen, was sehr zu bedauern sei. Zu was brauchen wir dann eine verstärkte

(Piehler [SPD])

Fremdenwerbung, wenn Bayern nicht einmal in der Lage ist, die Fremden, die nach Bayern hätten gehen wollen, unterzubringen? Da bin ich dann schon der Auffassung: Wenn wir schon den Fremdenverkehrsbetrieben helfen wollen, müssen wir ihnen auf andere Weise helfen. Es sind heute noch Hunderte von Fremdenverkehrsbetrieben zweckentfremdet. Die Inhaber müssen nach wie vor die hohen Steuern für ihre Betriebe bezahlen, bringen sie aber nicht auf. Wenn man also der Fremdenindustrie helfen will, auch in Oberbayern, dann muß man in erster Linie **Wohnungen** bauen, man muß bauen, bauen und nochmals bauen,

(Abg. Stock: Nicht bloß in Oberbayern!)

um die Heimatvertriebenen aus den Fremdenverkehrsbetrieben herauszubringen. Dann steht auch die nötige Bettenzahl zur Verfügung. Wenn man den Fremdenverkehrsbetrieben dann außerdem noch helfen will, muß man ihnen zinsverbilligte Kredite zur Verfügung stellen, damit sie ihre heruntergewirtschafteten Betriebe wieder aufbauen können. Ich glaube, wenn die eine Million, die hier verlangt wird, für diese Zwecke zur Verfügung gestellt würde, würde der Fremdenindustrie besser geholfen werden als mit Zuschüssen für die Fremdenwerbung.

Ganz entschieden möchte ich mich aber außerdem dagegen wenden, daß ein Zuschuß für die Organisation des Fremdenverkehrs in Bayern gewährt werden soll. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß sich die **Fremdenverkehrsvereine** nicht einigen konnten, daß sie nicht imstande waren, die notwendige Organisation zu schaffen, und ich sehe wirklich nicht ein, warum der Staat Gelder dazu verwenden soll, die Fremdenverkehrsvereine zu einigen. Hier handelt es sich um eine reine Berufsorganisation, ob man es nun so oder so heißt, und ich bin der Auffassung, daß Organisationen für ihre Verwaltungsausgaben selbst aufkommen müssen. Mit dem gleichen Recht könnten ja die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, das Bayerische Rote Kreuz, und der VDK Zuschüsse für ihre Verwaltungsausgaben verlangen. Wenn hier einmal eine Ausnahme gemacht würde, sehe ich kein Ende. Sie können allerdings überzeugt sein: ich werde nie einen Antrag stellen, daß die Gewerkschaften ihre Verwaltungs-Ausgaben vom bayerischen Staat bezahlt erhalten, und wenn wirklich ein solcher Antrag einmal käme, würde ich trotz meiner 45jährigen Mitgliedschaft sofort aus der Gewerkschaft austreten. Was also dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Wenn hier für eine Organisation Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden, haben alle anderen Organisationen genau dasselbe Recht.

Dann hätte ich noch einen Wunsch, und ich habe auch einen entsprechenden Antrag eingereicht, daß nämlich bei Kapitel 604 A, Titel 220 der Ansatz von 1500 DM auf 50 000 DM erhöht werden soll. Der Titel trägt den langen Namen „Aufwendungen im Interesse der Grubensicherheit und zur Fortbildung von Betriebsangehörigen der bergbaulichen Unternehmungen“. Meine Kollegen draußen haben mir

gesagt, daß dieser Titel eigentlich ein Hohn für die Bergarbeiter ist; denn daß man mit 1500 DM nicht gleichzeitig die Grubensicherheit pflegen und für den bergbaulichen Nachwuchs sorgen kann, ist doch selbstverständlich. Im Wirtschaftsausschuß hat Herr Oberbergrat Schwarz von Amberg einmal einen Vortrag gehalten und begründet, wie notwendig es wäre, für unseren jungen Nachwuchs im Bergbau Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Es sei nicht möglich, so hat er uns erklärt, die besten Bergarbeiter zu Steigern zu machen, weil sie keine Schule besuchen können. Wir müßten deshalb unsere Steiger aus dem Ruhrgebiet beziehen, und da besonders in den kleineren Bergbaubetrieben in Bayern nicht die Gehälter bezahlt werden können wie im Ruhrgebiet, sei es selbstverständlich, daß wir dann nicht gerade die besten bekommen, und unsere Bergarbeiter, die mehr verstehen wie mancher Steiger, der ihnen aufoktroiert werden mußte, müßten da zusehen. Es ist schon mehrmals gefordert worden, man sollte in Bayern eine **Bergschule** errichten. Der Herr Landwirtschaftsminister hat mir einmal einen Vorwurf gemacht, weil ich nicht schon lange einen solchen Antrag eingereicht habe. Ich weiß, was eine Bergschule kostet, weiß, was dazu alles notwendig ist. Ich habe mich daher mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen bis heute nicht entschließen können, einen solchen Antrag einzubringen. Es wäre aber dringend notwendig, daß unser **Bergarbeiternachwuchs** einmal gesiebt würde, daß Werkschulen errichtet werden, mit Wanderlehrern, um die Tüchtigsten herauszusuchen, und daß diese dann in die Bergschule geschickt würden. Das ist aber nur möglich, wenn man dann auch einen Zuschuß geben kann, der nicht hoch zu sein braucht, weil jeder Bergschüler sich seinen Lebensunterhalt durch Arbeit in einem Bergwerk selbst verdienen muß, so daß also nur das Schulgeld usw. zu bezahlen wäre. Mit dem bestimmt bescheidenen Betrag von 50 000 DM wäre also sehr wohl die Möglichkeit gegeben, in den Betrieben Werkschulen zu errichten und einige der Tüchtigsten des Bergarbeiternachwuchses auf die Bergschule zu schicken.

Soviel zum Haushalt des Wirtschaftsministeriums. Man kann leider zum Inhalt nicht viel sagen, weil nicht viel drin steht. Man muß sich mehr über das unterhalten, was nicht drin ist.

(Heiterkeit)

Eines darf ich noch sagen: Es muß mit aller Entschiedenheit versucht werden, die **Arbeitsmöglichkeiten** in Bayern zu verstärken. Es geht weniger — mir wenigstens! — um die Arbeitslosenunterstützung, es geht weniger um den Steuerausfall, den die Arbeitslosen verursachen, sondern es geht vor allem um die demoralisierende Wirkung der Arbeitslosigkeit, besonders wenn ein Arbeiter weiß, daß er vielleicht drei oder vier Jahre arbeitslos sein muß und keine Möglichkeit hat, irgendwo unterzukommen. Das Problem erster Ordnung in Bayern ist die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ansiedlung neuer Industriebetriebe. Ich habe dem Herrn Wirtschaftsminister im vorigen Jahr, trotzdem wir in der Opposition gestanden sind, gedankt für das, was er im Interesse der bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Arbeiter getan hat. Ich weiß,

(Piehler [SPD])

daß er auch heuer wieder alles in Bewegung gesetzt hat, neue Industriebetriebe in Bayern anzusiedeln und die bestehenden zu halten. Wenn ihm das leider nicht ganz gelungen ist, dann liegt das nicht am Wirtschaftsminister, sondern kann nur daran liegen, daß anscheinend die Wirtschaftsminister anderer Länder höhere Mittel zur Verfügung haben. Wenn man immer wieder hören muß, daß bayerische Industriebetriebe von den Wirtschaftsministerien anderer Länder sehr günstige Angebote erhalten, so daß sie ihren alten Betrieb in Bayern aufgeben und in ein anderes Land übersiedeln — ein solcher Umzug kostet ja auch Geld! — dann muß da etwas nicht stimmen. Und ebenso ist es, wenn wir immer wieder hören müssen, daß mit größeren Industriefirmen wegen einer Ansiedlung in Bayern verhandelt wurde, wir aber bei den Angeboten der übrigen Länder nicht mitkommen konnten, so daß uns diese Industriebetriebe verlorengegangen sind. Ich möchte den Herrn Wirtschaftsminister bitten, auch in Zukunft alles zu tun, um die in Bayern bereits ansässigen Betriebe zu halten und nach Möglichkeit neue Betriebe anzusiedeln.

Daß der **Ausbau der Energieversorgung** vorwärtsgetrieben werden muß, ist selbstverständlich und wurde schon ein paarmal angeführt. Ich darf hierzu darauf aufmerksam machen, daß allein der Stromausfall im Winter 1948/49 der bayerischen Volkswirtschaft einen Schaden von 250 Millionen verursacht hat.

(Abg. Stock: Hört, hört!)

Für diesen Betrag hätte man den Sylvensteinspeicher bauen können! Ich habe vorgestern in der Zeitung gelesen, daß die Arbeiten am **Sylvensteinspeicher** wieder eingestellt werden mußten, weil keine Mittel mehr vorhanden sind. Das ist wirklich außerordentlich bedauerlich; denn es ist doch allgemein bekannt, daß die Stromnot von Jahr zu Jahr stärker wird, so daß alles getan werden müßte, um sie wenigstens einigermaßen zu beheben.

Über die **Situation auf dem Kohlenmarkt** ist in der Diskussion auch schon mehrmals gesprochen worden. Es ist nicht nur die zwangsweise Ausfuhr von Kohle an der jetzigen Kohlsituation schuld, sondern die Schuld liegt auch mit bei der **Bonner Ministerialbürokratie**, die im April/Mai vorigen Jahres behauptet hat, wir hätten eine Kohlenschwemme, worauf die Bergwerke, weil sie Angst hatten, sie könnten ihre Kohle nicht mehr verkaufen, Außenhandelsverträge abgeschlossen haben, die jetzt erfüllt werden müssen. Wir hatten damals in Oberbayern Feierschichten, trotzdem jeder vernünftige Mensch wußte, daß noch keine echte Kohlenschwemme vorhanden war. Ich bin mit den oberbayerischen Bergarbeitern zum Herrn Wirtschaftsminister gegangen und habe ihn ersucht, er möchte doch eingreifen. Wir haben beraten, ob es nicht möglich wäre, oberbayerische Kohle nach Österreich zu exportieren, damit wenigstens keine Feierschichten eingelegt werden müssen. So ist es überall gemacht worden. Wenn man in Bonn wirklich so klug wäre, wie man immer behauptet, dann hätte man im Mai vorigen Jahres wissen müssen,

daß keine Kohlenschwemme vorhanden ist, sondern daß dieser Überfluß an Kohle entstanden ist, weil niemand in der warmen Jahreszeit Kohlen gekauft hat. Hinterher hat sich ja dann herausgestellt, in welcher schwierigen Situation wir sind. Dazu kommt nun noch eine weitere Anordnung, die ebenfalls für die hohe Regierungskunst in Bonn zeugt. Man hat die Kohlenpreise gespalten. Als bekannt wurde, daß **gespaltene Kohlenpreise** eingeführt werden sollen, haben sich die bayerischen Bergwerksdirektoren dagegen gewendet, und in einer Sitzung des Bergbaues, an der auch maßgebende Herren des Wirtschaftsministeriums teilnahmen, wurde erklärt, das würde die Anarchie auf dem Kohlenmarkt bedeuten. So ist es ja ungefähr auch geworden. Jetzt müssen die bayerischen Industrie-Betriebe 45 Prozent ihres Kohlenbedarfs zum Spitzenpreis einkaufen. Wo die bayerischen Betriebe dadurch hinkommen sollen, weiß ich nicht. Es bedeutet das nämlich eine 40prozentige Kohlenpreiserhöhung. Das bedauerliche dabei ist, daß von dieser 40prozentigen Kohlenpreiserhöhung weder die Bergwerke noch die Bergarbeiter etwas haben. Wir haben den Bergarbeitern immer wieder erklärt, die Löhne im Bergbau könnten nicht so erhöht werden, wie es eigentlich notwendig wäre. Denn jede Lohnerhöhung bedeutet eine Kohlenpreiserhöhung und jede Kohlenpreiserhöhung bedeutet eine Erhöhung der anderen Preise, und dann sind wir wieder bei der Schraube ohne Ende. Jetzt sagen uns die Bergarbeiter mit Recht: nun sind die Kohlenpreise um 40 Prozent gestiegen, ohne daß wir daran schuld sind, und es geht trotzdem weiter. Wenn aus der Erhöhung der Kohlenpreise wenigstens diejenigen, die die Kohle schaffen, die Betriebe und die Arbeiter einen Nutzen hätten, könnte man das noch hingehen lassen. Es haben aber wieder die Kreise davon den Nutzen, die immer dabei sind, wenn es etwas zu verdienen gibt, ohne daß man etwas zu arbeiten braucht.

(Abg. Haas: Sehr gut!)

Und nun noch einige Ausführungen zur **Arbeiterfrage**; denn zur Wirtschaft gehören nicht nur die Betriebe, sondern gehören auch die Arbeiter und Angestellten. Der **Bau von Lehrwerkstätten und Lehrlingsheimen** ist meiner Auffassung nach mindestens genau so notwendig, wie der von Landwirtschaftsschulen.

(Sehr richtig!)

Es müßte neben jeder Landwirtschaftsschule in jedem Landkreis eine Lehrwerkstätte und ein Lehrlingsheim stehen; denn bei der Jugend ist es noch schlimmer als bei den Arbeitslosen. Wenn die Jugend keine Lehrstellen findet, wenn sie herumlungern muß, dann greift die Demoralisierung noch weiter um sich. Die Auswirkungen sind ja jetzt schon zu bemerken. Ich bin nicht ganz so pessimistisch wie der Herr Kollege Dr. Baumgartner, der, als er noch Landwirtschaftsminister war, öfter die Kolchose an die Wand gemalt hat.

(Widerspruch des Abg. Dr. Baumgartner)

— Ja, Sie haben es öfter gesagt, Herr Kollege Dr. Baumgartner; da sind noch mehr Zeugen da. Ich glaube nicht, daß die Kolchose kommt; aber

(Piehler [SPD])

wenn man schon vor ihr Angst hat, dann muß man alles tun, um die Tür so fest abzuriegeln, daß sie nicht hereinkommen kann. Das politische und kulturelle Gesicht der Zukunft — und das möchte ich besonders den Kollegen von der Landwirtschaft sagen, denn diese haben die Kolchose am meisten zu fürchten — wird nicht von den Kumpanen des Herrn Remer und des Herrn Dorls geformt werden, sondern es wird geformt werden von dem Industriearbeiternachwuchs. Darüber müssen Sie sich klar sein, und wenn nicht alles getan wird, um den **Industriearbeiternachwuchs** so aufzuziehen, wie es notwendig ist, wenn man nicht alles tut, um die jungen Menschen zu wirklich ehrlichen, anständigen und überzeugten Demokraten zu machen, dann helfen unsere ganzen Reden nichts, weil dann sowieso alles verloren ist. Es muß wieder erstrebenswert sein, Facharbeiter, ja sogar Bergmann zu werden. Das würde auch im Interesse der akademischen Berufe liegen. Es ist bedauerlich, daß ein Großteil der Arbeiter der Auffassung ist, ihre Söhne müßten etwas besseres werden.

(Abg. Dr. Korff: Das ist sehr bedauerlich!)

Ich habe das schon immer bedauert und bedaure es auch jetzt, aber es muß aus der Erfahrung der Arbeiterschaft heraus verstanden werden. Denn was heißt es — um nur ein Beispiel zu nennen —, Bergmann zu sein, das kann nur der ermessen, der die Dinge wirklich kennt. Es wäre wirklich notwendig, daß sich sämtliche Abgeordnete einmal ein Bergwerk von innen anschauen würden, um zu begreifen, was das für eine Arbeit ist. Ich darf hier einfügen — ich habe es schon einmal gesagt —, wir hatten vor 1933 einen Oberregierungsrat Dr. Fuchs als Landesschlichter. Wir haben ihn einmal veranlaßt, daß er in Hausham eingefahren ist, und als er herauskam, hat er die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und hat gesagt: „Das ist die Hölle, das ist die Hölle!“ Und dann hat man ihn geschwind zum Bäderkommissar in Kissingen befördern müssen, weil er sonst alle Wünsche der Bergarbeiter erfüllt hätte.

Ich sage also, es muß wieder erstrebenswert sein, Facharbeiter und sogar Bergarbeiter zu werden. Ich glaube, wir würden auch der Gesamtheit einen großen Nutzen erweisen, wenn wir das fertigbringen würden. Dann müssen aber auch — und ich kann da aus Erfahrung reden — die Arbeiter und Angestellten in den Großbetrieben endlich das Gefühl haben, daß sie nicht mehr nur Schachfiguren von sich gegenseitig bekämpfenden Machtgruppen sind. Gegenwärtig haben wir das schon fast wieder, bloß daß sich vorerst einmal der Machtkampf zwischen der Bonner Ministerialbürokratie und den bayerischen Stellen abspielt. Man will da droben einen Riesenapparat aufbauen und will versuchen, auch die bayerischen Betriebe, die rein bayerisches Eigentum sind, zu schlucken.

(Sehr richtig! bei der BP)

Und da ist es interessant, daß anscheinend manchmal ein Bonner Angestellter des Finanzministe-

riums mehr zu reden hat als ein bayerischer Minister.

(Sehr gut! bei der BP — Abg. Elsen: Das hängt mit der Verfassung zusammen! — Abg. Dr. Baumgartner: Der Kampf gegen Bonn wird hier so gut geführt, daß ich gar nichts mehr zu sagen brauche. — Heiterkeit.)

Die Arbeiter und Angestellten müssen aber auch das Gefühl haben, daß sie nicht nur ein **Ausbeutungsobjekt für geldhungrige Aktionäre** sind. Auch davon könnte man ein Lied singen. Ich will Sie nicht langweilen, aber vielleicht darf ich einige Zahlen aus dem Jahre 1911 nennen. Das ist zwar schon ziemlich lange her, aber immerhin war ich damals schon fünf Jahre Bergmann. 1907 bis 1911 hat die Gute-Hoffnungs-Hütte 100 Prozent Dividende verteilt, der Neue Essener Bergwerksverein 128 Prozent, der Kölner Bergwerksverein 147,5 Prozent und der Magdeburger Bergwerksverein 174,5 Prozent. So sind dort die Gewinne verteilt worden und für den Bergmann hat man nichts übrig gehabt.

(Abg. Dr. Korff: Wie ist es heute?)

Ich hoffe, daß es besser wird, und da danke ich ebenfalls dem Herrn Wirtschaftsminister, denn er hat bisher immer, auch als wir noch in der Opposition waren, ein offenes Ohr für die Wünsche der Arbeiterschaft gehabt und hat alles getan, um ihnen Rechnung zu tragen.

(Bravo! bei der SPD)

Nun darf ich vielleicht noch einiges über das **Mitbestimmungsrecht** sagen. Am 1. Januar tritt das Mitbestimmungsrecht auch in Bayern für fünf große Betriebe in Kraft.

(Beifall bei der SPD — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter, ich muß bitten, auch an das Ende der Redezeit zu denken.

Piehler (SPD): Ja, ich bin gleich fertig, Herr Präsident.

Der 160er-Ausschuß hat vor kurzem einmal die Luitpold-Hütte in Amberg besichtigt, und da ist Herr Kollege Dr. Geislhöringer mitten zwischen den Betriebsräten und den Gewerkschaftlern gesessen. Wir haben uns darüber unterhalten, welchen Aufschwung die Luitpold-Hütte seit 1945 wieder genommen hat. Und als dann vom Mitbestimmungsrecht gesprochen wurde, hat Herr Dr. Geislhöringer gesagt: „Dann wird es gleich wieder abwärts gehen“. Wir sind anderer Auffassung. Gerade deshalb, weil das Mitbestimmungsrecht, das wir fordern, im bayerischen Bergbau und den Hüttenbetrieben bereits seit 1945 besteht, ist der Aufschwung ein so großer gewesen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wir haben im bayerischen Kohlenbergbau im Oktober 1945 schon wieder Friedensleistungen erreicht, während im Ruhrgebiet erst 50 Prozent erzielt wurden. Es wird von den Direktoren der Hüttenbetriebe anerkannt, daß der Aufschwung nur deshalb so sein konnte, weil die Arbeiter so tatkräftig

(Piehler [SPD])

mitgeholfen haben. Wir verstehen unter **Mitbestimmung auch Mitverantwortung** und nicht bloß Mitverantwortung, sondern auch **höhere und bessere Leistungen**. So fassen wir das Mitbestimmungsrecht auf, und Sie können überzeugt sein, es wird auch beim größten Teil der Arbeiterschaft so aufgefaßt. Die Leute schauen ihre Betriebe heute anders an, als sie das früher getan haben. Ich möchte zum Schluß sagen: Wenn die Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit einmal das Gefühl hat, daß sie nicht mehr Ausbeutungsobjekt ist und nicht mehr bloß hohe Dividenden für unbekannte Aktionäre herausarbeiten muß, wenn die Arbeiter und Angestellten wissen, daß höhere Leistungen auch ihnen selbst zugute kommen, und wenn sie — und zwar im besten Sinne des Wortes — den Betrieb als ihren eigenen betrachten, dann, meine Damen und Herren, ist dies der beste und haltbarste Damm gegen den Bolschewismus.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Als nächster Redner folgt Herr Abgeordneter Dr. Geislhöringer. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Geislhöringer (BP): Meine Damen und Herren! Wenn wir von unserem Standpunkt aus, das heißt vom Standpunkt der Opposition aus, zum Wirtschaftsetat Stellung nehmen, so können wir von dem ausgehen, was der Herr Wirtschaftsminister am Anfang seiner Rede gesagt und gewissermaßen als eine Art *captatio benevolentiae* an die Spitze seiner Ausführungen gestellt hat. Er sagte, die Beurteilung seiner Arbeit, seiner Aufgabe und seiner Fähigkeit hänge davon ab, in welcher Abhängigkeit sich sein Ministerium gegenüber zentralen Regelungen des Bundes befindet und wie die regionale Wirtschaftspolitik von dort aus begrenzt wird. Er erklärte, diese Beschränkungen, die nur mit großen Schwierigkeiten abgebaut werden können, haben ihn in seiner Tätigkeit außerordentlich gehemmt. Er betonte weiter, daß die wirtschaftliche Grundkonzeption in Bonn entsteht und daß die wirtschaftspolitischen Einzelmaßnahmen in Bonn erarbeitet und festgelegt werden, aber Geltung und Wirkung für die Wirtschaft des ganzen Bundesgebiets haben. Das erinnerte mich lebhaft an eine Äußerung, die einem Kollegen der linken Seite im Haushaltsausschuß entfahren ist — denn ich glaube nicht, daß er sie bei ruhiger Überlegung getan hätte —, als er bei der Beratung des Finanzetats sagte: Finanzminister haben wir eigentlich gar keinen mehr; er sollte nur **Finanzverwalter** heißen, denn wir kriegen bloß mehr das, was Bonn übrig läßt und zuweist. Das gilt auch für das Wirtschaftsministerium. Da kann ich nur eins sagen: Das ist der Fluch der bösen Tat! Vor zweieinhalb Jahren hat man schon darauf hingewiesen, daß es so kommen muß und daß uns Bonn nichts mehr übrig läßt. Damals war es ein einziger Rufer, aber es war ein Rufer in der Wüste, der darauf aufmerksam gemacht hat, welche Gefahren kommen. Es war der Herr Kollege Dr. Josef Baumgartner.

(Zustimmung bei der BP)

Man hat ihm damals nicht geglaubt, und heute haben auch die Herren von der linken Seite — im Haushaltsausschuß hat es ja ein Sprecher der SPD herauskommen lassen — schon begriffen, daß die Befürchtungen von damals heute Realität geworden sind. Wenn die Erkenntnis davon schon bis in die Reihen der SPD gedrungen ist, dann muß ich sagen, ich habe große Hoffnung, daß diese Erkenntnis auch noch bis in die äußersten Spitzen der CSU kommen wird.

(Sehr gut! bei der BP — Abg. Dr. Keller: Was sollen sie dann mit dieser Erkenntnis tun?)

— Das müssen wir der Koalition überlassen; ich kann es nicht sagen.

(Abg. Dr. Keller: Ich habe gemeint, Sie sind der Rufer in der Wüste!)

Wenn man das so hört, wird man eigentlich schon ängstlich und fragt: Wo führt das hin? Denn man wird in Bonn sagen: Was braucht ihr ein Finanzministerium, das keines ist, was braucht ihr ein Wirtschaftsministerium, das 60 Prozent aller Dienstreisen nach Bonn unternimmt; das können wir in Bonn allein machen, wir stellen dann einfach dort unten in Bayern einen Präsidenten oder einen Oberpräsidenten hin, und die Sache ist erledigt. Dieser Tendenz wird von hier aus sehr kräftig Vorschub geleistet; denn wir haben in den letzten Wochen schon die Erfahrung im Verfassungsausschuß gemacht, daß die Koalition es fertig bringt, ein bayerisches Ministerium dem **Moloch in Bonn** zu opfern, nämlich das **Verkehrsministerium**. Das Verkehrsministerium gibt man auf, und wir wissen, daß es ein **Brandopfer auf dem Altar der schwarzroten Koalition** in Bayern ist.

(Lebhafte Zustimmung bei der BP — Zurufe von den Regierungsparteien)

Der Geruch dieses Brandopfers ist uns sehr übel in die Nase gefahren, und wir werden, bevor das Opfer vollendet wird, wohl noch ein Wörtchen darüber reden müssen, weil wir der Meinung sind, daß hier etwas begangen wird, was im Widerspruch zur sonstigen theoretischen Einstellung steht. Wenn man sich daran erinnert, was alle Sonntage draußen den Wählern vorzählt wird, wie auf einmal die CSU, ja sogar die SPD, die bayerische SPD föderalistisch wird, dann fragt man sich: Wie steht das im Einklang mit der Tatsache, daß man auf ein Ministerium verzichtet? Das ist dann der Anfang, und trotzdem behauptet man, föderalistisch zu sein. Man täusche sich nicht: Unsere Wähler draußen sind nicht so dumm, um nicht zu begreifen, daß hier ein Widerspruch besteht zwischen dem, was man sagt und dem, was man tut. Soviel nur zur allgemeinen Frage der Ministerien überhaupt.

Es wäre nun interessant, sich mit der Frage zu befassen, welche Wirtschaftspolitik wir in Bayern einschlagen sollen. Der Herr Wirtschaftsminister hat hiezu erklärt, es habe keinen Sinn, davon zu sprechen; denn die Wirtschaftspolitik werde in Bonn gemacht. Ich weiß recht wohl, welche schwierige Stellung der Herr Wirtschaftsminister hat.

(Zuruf von der SPD)

(Dr. Geislhöringer [BP])

— Die Bayernpartei hat in Bonn noch weniger zu sagen, als hier. Gott sei Dank sind wir für die Bonner Politik so wenig verantwortlich wie für die hiesige.

Und nun zur **Wirtschaftspolitik!** Ich verstehe es durchaus, daß unser bayerischer — noch bayerischer — Wirtschaftsminister sagt: Was hat es für einen Sinn, ich kann hier keine Wirtschaftspolitik machen; denn in Bonn wird sie gemacht. Nun will ich nicht dem Herrn Kollegen Drechsel folgen und an dem Herrn Wirtschaftsminister eine Vivisektion in seinem Verhältnis zu dem Bonner Wirtschaftsminister vornehmen. Ich nehme an, daß unser bayerischer Wirtschaftsminister noch leichter mit dem großen Bruder in Bonn auskommt, nachdem dieser früher auf demselben Stuhl gesessen ist. Ob er mit seinen anderen Brüdern, nämlich seinen Koalitionsbrüdern in Bayern, so gut auskommt, das ist eine andere Frage;

(Heiterkeit und Zurufe)

denn der Herr bayerische Wirtschaftsminister hat uns erklärt, daß er auf dem Standpunkt der Privatwirtschaft und der Privatinitiative steht. Das tun wir auch. Er sagt mit Recht, der Staat soll nur mit lenkender, ordnender und glättender Hand eingreifen. Das ist auch unser Standpunkt.

Nun hören wir, daß dieser Standpunkt von seinen Koalitionsfreunden auf der linken Seite des Hauses nicht ganz geteilt wird. Die wollen eine andere Wirtschaft. Wir wollen uns auch da nichts vormachen lassen. Sie (nach links) sind heute schon auf dem Standpunkt, daß Sie nicht mehr sagen: Wir wollen eine sozialistische Wirtschaft; denn die Erfahrungen schrecken zu stark ab. Frankreich und vor kurzem England haben ja glänzende Erfahrungen gemacht und wir lasen erst vor kurzem in einer Fachzeitschrift, daß gerade ein Fachkritiker in England erklärt hat, das Ergebnis der sozialistischen Wirtschaft in England ist eine Enttäuschung der Arbeiterschaft.

(Widerspruch bei der SPD)

Deshalb wird uns die SPD hier in Bayern zur Zeit nichts mehr von Sozialisierung und sozialisierter Wirtschaft vorsagen. Heute arbeitet man mit einem kleinen Pseudonym, einem kleinen Deckmäntelchen und spricht von der **Planwirtschaft**. Wenn man dann das fadenscheinige Mäntelchen wegzieht, so steht dahinter nichts anderes als die sozialistische staatskapitalistische Wirtschaft, die wir zur Genüge vordoziert erhielten.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD — Abg. Kiene: Am 6. Dezember ist Nikolaus!)

— Vielleicht erinnern Sie mich noch daran, damit ich es nicht vergesse.

Ich will auch darüber nicht allzu viel reden. Ich darf also sagen, daß unsere Wirtschaftspolitik in Bayern nicht von uns gemacht wird, sondern droben von Bonn.

(Abg. Drechsel: Was Sie mitmachen!)

Ich bewundere an der SPD Verschiedenes, aber vor allem eines.

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter, auch wenn Sie sich im besonderen mit der Fraktion der SPD befassen, so würde ich doch bitten, vor dem Mikrophon in der Mitte zu sprechen.

(Große Heiterkeit)

Dr. Geislhöringer (BP): — Ich werde versuchen, mich an die Mitte zu wenden und nicht mehr an die Linke. — Ich habe gesagt, ich bewundere unter anderem eins an der SPD: die Wendigkeit. Ich will nicht gerade von unserer bayerischen, früher königlich bayerischen Sozialdemokratie sprechen. Aber heute ist es ja anders. Die Sozialdemokratie hat noch ein System, das wir eigentlich im tausendjährigen Reich kennengelernt haben. Sie hat nämlich auch das Führersystem, und wenn in Hannover auf den Knopf gedrückt wird, müssen auch unsere bayerischen Sozialdemokraten folgen.

(Lebhafte Zustimmung bei der BP)

Das nur nebenbei. Ich sage, unsere bayerischen Sozialdemokraten sehen also hier schon ein, daß wir in Bayern auch eine freie Wirtschaft brauchen und eine freie Wirtschaft führen müssen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich glaube, daß sie dabei auch recht gut fahren; denn es ist bisher gelungen, bei uns in Bayern den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung nicht nur wirtschaftlich und finanziell auf die Höhe zu bringen, sondern auch das Verhältnis zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten, insbesondere zur arbeitenden Bevölkerung, ist bei uns in Bayern ganz anders als zum Beispiel in Norddeutschland. Das sind Erfolge unserer bayerischen Wirtschaft.

Welche Schwierigkeiten der Herr Wirtschaftsminister gerade bei uns in Bayern hat, das wissen wir. Da ist, wie schon angeschnitten wurde, das **Flüchtlingsproblem**. Es ist eben nicht möglich, daß wir in einem Staat mit 6½ Millionen Einwohnern auf die Dauer 2½ Millionen eingeströmte Flüchtlinge, und was dazu gehört, verdauen. Ich will nur nebenbei bemerken, daß man als Flüchtlinge immer nur Sudetendeutsche, Schlesier und Ostpreußen zählt. Es gibt auch andere, die noch nicht genügend berücksichtigt sind, nämlich die Vertriebenen aus den früheren deutschen Kolonien, die auch einmal Berücksichtigung zu erlangen berechtigt sind.

Zur Frage der Flüchtlinge möchte ich nur in einem Punkt Stellung nehmen, weil ich da sehr vorsichtig geworden bin, nachdem ich gehört habe, daß sich die Flüchtlinge von mir immer sofort verletzt fühlen. Es ist ja nicht so, als ob ich ein Flüchtlingsfeind wäre. Die Bayernpartei ist und war nie eine flüchtlingsfeindliche Partei.

(Zuruf aus der Mitte: Es sieht nur manchmal so aus!)

Sie hat nur von Anfang an das erkannt, was jetzt allmählich auch selbst die Flüchtlinge erkannt haben,

(Lebhafter Beifall bei der BP)

daß wir einen **Flüchtlingsausgleich** brauchen nicht nur wegen der eingesessenen heimatverbliebenen

(Dr. Geislhöringer [BP])

Bevölkerung, wie jemand gesagt hat, sondern vor allem auch für die Heimatvertriebenen selbst. Der Herr Oberländer hat hier Zahlen genannt, die zu nennen wir vor 2½ Jahren nicht hätten wagen dürfen. Wir wären gesteinigt worden, wenn wir damals gesagt hätten, es müssen 700 000 bis 800 000 Flüchtlinge umgesiedelt werden.

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter, ich nehme an, Sie wollen den Herrn Staatssekretär Dr. Oberländer ansprechen.

Dr. Geislhöringer (BP): Entschuldigen Sie, das ist mir so passiert.

(Abg. Dr. Keller: Was Sie sagten, müssen Sie den anderen Föderalisten erzählen und nicht uns!)

— Ich erzähle es hier dem Haus und nicht speziell Ihnen.

(Abg. Dr. Keller: Das Haus ist davon nicht betroffen!)

Was die Flüchtlingskredite anlangt, so haben wir gestern vom Herrn Finanzminister gehört, daß er die Erhöhungen, die der Haushaltsausschuß vorgeschlagen hat, nämlich für Gewerbebeförderung 1,8 Millionen und für Fremdenverkehrsförderung ½ Million, nicht mehr verdauen kann. Wenn man nun hört, welche Beträge für andere Zwecke als Kredite ausgegeben oder verbürgt worden sind, so muß man eigentlich staunen, warum es mit diesen 2,3 Millionen auf einmal nicht mehr gehen soll. Wir hörten zum Beispiel, Flüchtlingsproduktivkredite sind nach dem Stand vom 31. August 84½ Millionen ausgereicht gewesen, davon waren damals 1½ Millionen bereits perdu

(Abg. Simmel: Das war zum Besten der bayerischen Wirtschaft!)

— ich komme gleich dazu — und 15,7 Millionen waren gefährdet; sie sind heute zu einem großen Prozentsatz verloren. Es ist richtig, daß diese Kredite nicht bloß gegeben wurden, damit die Flüchtlinge eine neue Existenz aufbauen können, sondern auch im Interesse der Gesamtwirtschaft, weil das im Interesse der Flüchtlinge selbst liegt, die ja in unsere Gesamtwirtschaft hineinwachsen sollen und müssen.

(Zuruf aus der Mitte: Und können!)

Aber wenn nun einmal soviel Millionen gegeben worden sind, dann wird man auch die 2½ Millionen noch irgendwie aufbringen, zumal ja vielleicht bei dem großen Bruder in Bonn eine Anleihe aufgenommen werden kann. Man hört ja, daß der Herr Bundesfinanzminister Schäffer vor kurzem gesagt habe, er könne die Aufrüstung ohne neue Steuern bestreiten. Er muß also irgendwo in einem Winkel noch eine kleine Reserve haben, die aber in die Milliarden gehen muß; denn anders kann man heute nicht mehr aufrüsten, anders kann man nicht einmal mehr eine Gebirgsartillerie-Division ausrüsten, geschweige denn ein modernes Heer. Dort wären die lumpigen 2 Millionen zu haben.

(Heiterkeit)

Ich kann mir einen weiteren Weg vorstellen. Wir lesen heute, daß für den **Lastenausgleich**, bei dem man bisher mit 1,6 Milliarden im Jahr gerechnet hat, 2,2 Milliarden herauskommen. Nun, bei 2,2 Milliarden wird man schließlich für die Gewerbebeförderung etwas abzweigen können. Denn man muß doch anerkennen, daß man die Henne, die die goldenen Eier legen soll, nicht verhungern lassen darf und ihr auch etwas geben muß.

Es gäbe schließlich auch noch eine andere Quelle, die heute auch schon erwähnt worden ist. Hier sind mit großer Entrüstung seinerzeit die Spielbanken abgelehnt worden. Das wäre etwas gewesen, wo man ohne Schmerzen, und ohne daß man irgendeinem aus der werktätigen Bevölkerung weh getan hätte, etwas hätte machen können.

(Abg. Drechsel: Sehr gut! — Zuruf aus der Mitte: Wenn er recht hat, hat er recht!)

Ich glaube, eine Finanzierung wäre doch wohl möglich. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Erhöhung um 1,8 Millionen ebenso wie die Erhöhung für die Fremdenverkehrswerbung um 500 000 DM unbedingt notwendig ist.

Wir haben aber auch noch andere Schmerzen. Wenn wir von der Flüchtlingsförderung reden, die wir durchaus anerkennen und den Flüchtlingen gönnen, so dürfen wir aber auch nicht vergessen, daß wir im eigenen Land noch Gebiete und Bevölkerungsteile haben, die mindestens die gleiche Not leiden. Ich erwähne nur den **Bayerischen Wald**. Auch er darf nicht vergessen werden und er ist meines Erachtens bisher sehr stiefmütterlich behandelt worden.

Der Herr Wirtschaftsminister hat auch die Frage des **Osteuropa-Handels** angeschnitten. Wir stehen auf dem Standpunkt, die Handelsbeziehungen sollen mit der Politik wenig zu tun haben. Wir sind deshalb durchaus willens, auch mit Osteuropa wieder in vernünftige Handelsbeziehungen zu kommen. Ich glaube, einmal gehört zu haben, daß da ein Minister des bayerischen Kabinetts gute Beziehungen schon eingefädelt haben soll.

(Heiterkeit)

Wir sind also sehr gern bereit, dabei mitzuhelfen, wenn dort etwas erreicht werden kann. Allerdings möchten wir auch eine entsprechende Gegenleistung sehen, und zwar nicht bloß in bolschewistischem Propagandamaterial und in bolschewistischen Agitatoren. Die wollen wir natürlich nicht zu uns hereinziehen lassen.

Ein kurzes Wort ist noch über die **Personalpolitik im Wirtschaftsministerium** zu sprechen, die der Herr Wirtschaftsminister auch erwähnt hat. Man hat früher einmal gesagt, daß im Wirtschaftsministerium ein Überfluß an Beamten vorhanden sei. Das ist damals bestritten worden. Heute haben wir den Beweis dafür; denn der Herr Wirtschaftsminister hat uns erklärt, daß er sein Personal, das ursprünglich 1913 Personen umfaßte, jetzt auf 663 heruntergesetzt hat. Man hat früher auch noch etwas anderes über die Personalpolitik im Wirtschaftsministerium gesprochen — das möchte ich nicht weiter ausführen —, indem man sagte: Man

(Dr. Geislhöringer [BP])

trifft dort kaum jemand, der einen Urbayern verstehen könnte.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der BP)

Vielleicht ist das jetzt etwas anders geworden.

Es wäre noch sehr viel zu den einzelnen Wirtschaftsfragen zu sagen, aber die Zeit drängt und verbietet mir, darauf einzugehen. Es ist von den Kohlen gesprochen worden. Wir sind als Opposition eigentlich nicht verpflichtet, dem Herrn Wirtschaftsminister Hilfsstellung zu leisten, aber hier müssen wir ihn doch verteidigen. Für die **Kohlenknappheit** und die **Kohlennot**, und was ihre Folgen sind, kann unser bayerischer Wirtschaftsminister ganz gewiß nichts.

(Sehr richtig!)

Wir kennen die beiden Ursachen. Die eine Ursache ist das Kriegswettrüsten in der ganzen Welt und in Verbindung damit der Zwang, den uns die Alliierten auferlegt haben, daß wir 6,2 Millionen Tonnen im Vierteljahr abliefern müssen, und zwar zu einem Schandpreis unter dem Weltmarktpreis. Man betrügt uns und unsere Arbeiter damit also und wir müssen ungefähr dieselbe Quantität zum zwei- und dreifachen Preis aus dem Ausland kaufen. Wir haben gehört, daß man diese Kohle nicht nur von Nordamerika und vom Westen bezieht, wo ja alles Gute herkommt, sondern wir bekommen Kohle sogar auch von Kanada und von Indien. Das ist ein wirtschaftlicher Unsinn, für den aber unser bayerischer Wirtschaftsminister nicht verantwortlich ist.

(Sehr richtig! in der Mitte)

Nur ein Wort noch zur **Energieversorgung**, die auch erwähnt worden ist. Es ist richtig: In der Energieversorgung steuern wir einem Zustand entgegen, der wirklich beängstigend wird.

(Sehr gut! bei der BP)

Wir haben nun den **Zehnjahresplan** bekommen. Ich kann nur sagen: „Spät kommt er, doch er kommt!“ Das, was in ihm drinsteht, hätte man nämlich zum großen Teil schon vor 25 Jahren machen können. In den letzten 25 Jahren konnte man Bayern nur das Land der verpaßten Gelegenheiten nennen. Man hat aus verschiedenen Gründen unterlassen, die Ausbauprojekte, die schon vor 25 Jahren möglich waren, durchzuführen. Ich will sie hier nicht einzeln nennen. Aber das, was jetzt gemacht wird, hätte man schon vor 25 Jahren machen können. Erstens wäre es billiger gewesen, zweitens hätte man es heute da, und drittens bräuchten wir die fehlenden Mengen nicht vom Rheinland zu beziehen.

(Abg. Simmel: Das war aber eure urbayerische Regierung!)

— Aber wir waren nicht verantwortlich, Herr Kollege; darauf möchte ich hier nicht eingehen, sonst wirft man uns wieder vor, wir spalten die christliche Front.

(Große Heiterkeit)

Heute wird nur ein Drittel unseres Energiebedarfs mit Wasser erzeugt, und das bei uns im Land der weißen Kohle, wo wir ein Land der wenigen Bodenschätze sind, während wir Wasser in ausreichender Menge haben. Was hier gebraucht wird, das hat man versäumt. Jetzt geht man daran, jetzt kommt der Zehnjahresplan, der 3 Milliarden kostet. Bis alles fertig ist, kostet er vielleicht 3¹/₂ Milliarden. Wo wir die herbringen sollen, ist mir schleierhaft, wenn der Herr Finanzminister schon sagt, daß er die 2,3 Millionen nicht herbringen kann. Nun ist allerdings der Herr Finanzminister ein großer Optimist. Denn er hat uns 750 Millionen D-Mark im außerordentlichen Haushalt vorgezaubert und weiß wahrscheinlich so wenig wie ich, wo er diese 750 Millionen D-Mark herkriegt. Vielleicht bringt er auch die 2,3 oder 2,8 Millionen D-Mark für die Elektrizitätswirtschaft her.

Eines möchte ich noch sagen: Mir ist in der Rede des Herrn Wirtschaftsministers aufgefallen — und ich möchte ein ominöses Wort, wenigstens in unserem Kreise, gebrauchen, nämlich das Wort „Vorgriff“ —: Der Herr Wirtschaftsminister hat von den **Frachtfragen** gesprochen. Wir wissen, daß die Frachtfragen für uns außerordentlich wichtig sind, weil wir in Bayern eine sehr ungünstige Standortlage haben, Revierferne usw. Wir haben in diesem Jahr bereits zweimal Frachterhöhungen gehabt. Bekanntlich droht, wie man letzter Tage gehört hat, eine dritte Frachterhöhung. Und das geht alles in erster Linie auf den Buckel unserer bayerischen Wirtschaft. Der Herr Wirtschaftsminister hat sich „im Vorgriff“ schon mit Frachtfragen befaßt, weil er nach dem Beschluß des Rechts- und Verfassungsausschusses auch der künftige Verkehrsminister sein wird. Ob er als Verkehrsminister in Bonn mehr Glück hat als als Wirtschaftsminister, möchte ich sehr dahingestellt sein lassen. Denn wir wollen nicht vom Verkehrsministerium lassen.

Wir müssen dem Herrn Wirtschaftsminister sagen: Er tut uns aufrichtig leid. Neben dem Finanzminister hat er die schwierigste Position. Wenn die Regierungskoalition diese beiden Ministerien aufgelöst hätte, hätte man das genau so viel und genau so wenig verstehen können wie die Auflösung des Verkehrsministeriums.

(Abg. Dr. Korff: Auh!)

Vielleicht auch deshalb nicht, weil das Wirtschaftsministerium von der CSU und das Finanzministerium von der SPD besetzt ist. Wenn die beiden Ministerien verschwinden würden, wäre für die Koalition vielleicht ein Punkt verlorengegangen, der sie zusammengekleistert hat. Solche Punkte braucht aber diese Koalition; bei ihrer geringen Homogenität muß sie um jeden Brocken froh sein, den sie sich gegenseitig hinwerfen kann.

(Zuruf des Abg. Kiene)

— Danke, Herr Kollege Kiene. So kräftige Argumente wie Sie habe ich nicht.

(Abg. Dr. Keller: Danke für den Unterricht!)

Ich sage: Der Herr Wirtschaftsminister tut mir leid. In München hat er seine Kalamität mit den

(Dr. Geislhöringer [BP])

Koalitionsfreunden, die, wie wir gehört haben, der Regierung nicht immer ihre Gefolgschaft geliehen haben, wobei man allerdings den Versuch gemacht hat, dieses Nichtparieren der Koalitionsfreunde der Opposition in die Schuhe zu schieben.

(Heiterkeit bei der BP)

In Bonn hat er das Gefrett mit dem Bundeswirtschaftsminister. Ich möchte nicht in seiner Haut stecken. Das sind alles mildernde Umstände. Wir wollen deshalb seinen Etat zwar nicht anerkennen — das kann er beim besten Willen nicht von uns verlangen —, wir wollen ihm aber bezüglich seines Etats eine wohlwollende Neutralität zeigen. Wir wollen uns der Stimme enthalten.

Wenn mir die Zeit noch bliebe, würde ich noch etwas anderes im Telegrammstil sagen, damit uns der Herr Wirtschaftsminister nicht sagt: Das ist alles bloß negative Kritik, sagt uns doch, was wir positiv tun sollen. Ich darf ihm vielleicht sagen, was wir fordern und ihm empfehlen möchten:

1. die Herstellung eines vernünftigen Gleichgewichts zwischen Industrie- und Agrarpolitik — da fehlt es nämlich bisher —,

2. die Unterlassung jeder unnötigen Einmischung der öffentlichen Hand — da fehlt es auch; das habe ich vorher nur bei der Elektrizitätsversorgung angeschnitten. Man hat sie in den letzten 25 Jahren nicht ausbauen lassen, weil sie der bayerische Staat in die Hand nehmen wollte, aber den Wagemut nicht aufbrachte; jetzt ist die Zeit versäumt und kein Geld vorhanden —,

3. planmäßige und nachhaltige Anstrengungen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit — daß das ein besonders kritisches Kapitel ist, möchte ich nicht im einzelnen ausführen —,

4. — das habe ich in der Etatrede vermißt — den wirksamen Schutz der mittelständischen Wirtschaft gegen Überbelastung und Aussaugung,

5. gesetzliche Regelung der Zulassung zu Gewerben, insbesondere Aufhebung der unbeschränkten Gewerbefreiheit — wir hoffen, daß dazu bald die Möglichkeit gegeben ist, daß die Verhandlungen über die Aufrüstung uns zum mindesten dieses Äquivalent bringen können —,

(Abg. Stock: Ja nicht aufrüsten!)

— das darf man nicht sagen, aber wir werden es fressen müssen, ob wir wollen oder nicht,

6. die Schaffung einer demokratischen und föderalistischen Berufs-Standesorganisation des Handwerks,

7. die Wiederherstellung des vernichteten Vertrauens des Sparkapitals durch angemessene Aufwertung — ich möchte sagen, zugestanden hat sie der Bundesfinanzminister, nur tut er sich in der Praxis schwer, er hat sie noch nicht vollzogen —,

8. größte Sparsamkeit in den öffentlichen Haushalten — auch da könnte man verschiedenes sagen —,

9. die gesetzliche Erfüllung der berechtigten berufsständischen Wünsche der freien Berufe,

10. eine Gestaltung der Verkehrstarife — das müssen wir dem neuen Herrn Verkehrsminister auf den Weg geben; der bisherige Verkehrsminister wird dafür kein besonderes Interesse mehr haben —, welche die durch die periphere Lage und die politische und zonale Absperrung Bayerns verursachte Vorausbelastung der bayerischen Wirtschaft besonders in den äußersten Randgebieten beseitigt oder jedenfalls wesentlich mildert,

11. planmäßige Entfaltung und Ausnutzung aller Möglichkeiten, Hilfsmittel und Kräfte Bayerns, vor allem den raschen Ausbau der Energieunternehmen und des Straßennetzes,

12. die Inangriffnahme und Durchführung der Entwicklung der bayerischen Notstandsgebiete — also vor allem Rhön, Frankenwald, Jura und Bayerischer Wald.

Wir haben gehört, daß Bayern ein außerordentlich kapitalschwaches Land ist und Kapital braucht. Im Lande ist nur mehr wenig Kapital vorhanden. Es gäbe aber noch einzelne Organisationen, Gott sei Dank, die Geld haben.

(Zuruf)

— Richtig, die Gewerkschaften.

(Heiterkeit und Sehr gut!)

Ich habe mir sagen lassen, daß die **Gewerkschaften** heute über rund — staunen Sie, meine Damen und Herren! — 800 Millionen verfügen.

(Lachen bei der SPD — Abg. Kiene: In Bayern?)

— Die Gewerkschaften. Ich will nicht davon reden, was man mir sonst noch zugeflüstert hat, daß die Gewerkschaften beim Kaufhof in München etwas Kapital investiert haben.

(Abg. Dr. Korff: Hört, hört!)

Ich sage: on dit.

(Abg. Stock: Dann soll man es nicht sagen, wenn man es nicht weiß. Dann ist es eine Verdächtigung!)

— Das ist keine Verdächtigung. Entschuldigen Sie, es ist schließlich kein Verbrechen, wenn die Gewerkschaften Geld in der Wirtschaft anlegen. Wenn sie das tun, dann sage ich, es ist sehr vernünftig. Ich möchte wünschen, daß die Gewerkschaften ihr Geld noch weiter in der Wirtschaft anlegen zum Vorteil der Gesamtwirtschaft, auch der Arbeiterschaft, daß sie zum Beispiel ein paar hundert Millionen in den **W o h n u n g s b a u** stecken.

(Lachen und Beifall)

Damit würden sie ein gutes Werk tun. Es würde sich auch rentieren. Aber wir können nicht dreinreden. Es ist Geld der Gewerkschaften. Wir können nur einen Wunsch äußern. Bei der Anlage ihres Geldes, glaube ich, werden sie sehr real und privatkapitalistisch denken.

Zum Schluß: Wir haben an dem Wirtschaftsetat manches auszusetzen. Manches gefällt uns besser,

(Dr. Geislhöringer [BP])

so die Erhöhung der Kapitalien für die Gewerbe-förderung, weil wir sie sehr notwendig brauchen. Zustimmung können wir dem Etat aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht. Wir werden ihn aber auch nicht ablehnen.

(Beifall bei der BP)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Schedl.

Dr. Schedl (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, darüber meine Ueberschung zum Ausdruck zu bringen, daß das Hohe Haus zuweilen sehr viel Zeit hat, wenn es nebensächliche Dinge zu beraten gilt, daß es aber geglaubt hat, bei der Beratung eines außerordentlich wichtigen Gegenstands sich in der hierfür zur Verfügung zu stellenden Zeit mehr als beschränken zu müssen.

(Sehr richtig!)

In der Debatte haben Fragen angeklungen und der Herr Wirtschaftsminister hat uns in seiner Etatrede vor Probleme gestellt, die uns viel mehr und intensiver beschäftigen müßten, als sie es offenbar tun. Ich darf nur auf ein kleines Intermezzo eingehen. Ich meine das freundschaftliche Streitgespräch zwischen dem Herrn Wirtschaftsminister und dem Herrn Finanzminister, dessen Zeugen wir alle heute gewesen sind. Dieses freundschaftliche Streitgespräch ist das Symptom einer Entwicklung, die man mit größter Besorgnis verfolgen muß.

(Sehr richtig!)

Ich meine die Entwicklung, daß wir uns vielfach von grundsätzlichem Denken — bitte, setzen Sie grundsätzliches Denken nicht gleich mit Parteidoktrin! —, von volkswirtschaftlichem Denken wegbegeben und daß an die Stelle dieser notwendigen Überlegungen fiskalische Überlegungen treten und sehr häufig **fiskalische Gesichtspunkte** dort den Ausschlag geben, wo **volkswirtschaftliche Gesichtspunkte** allein — oder doch im wesentlichen — die Entscheidung beeinflussen und bestimmen sollten. Ist es denn nicht etwas Ungewöhnliches, daß wir im Etat des Ministeriums für Wirtschaft nur ganz geringe Beträge für die Wirtschaft finden, aber auf der anderen Seite einen wesentlich höheren Ansatz — auch für wirtschaftliche Zwecke — im Etat der Finanzverwaltung! Man kann darüber geteilter Meinung sein, ob es zweckmäßig ist, daß ein großer Teil der Betriebe, die der Staat hat, vom Finanzministerium verwaltet wird. Aber man kann, glaube ich, langsam nicht mehr darüber geteilter Meinung sein, ob **Wirtschaftspolitik** nach finanziellen und fiskalischen Gesichtspunkten oder im Einvernehmen mit allen übrigen Interessen des Staates nach zunächst volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben wird. Es ist ohne Zweifel falsch, wenn in einer Gemeinschaft — und der Staat ist nun einmal eine Gemeinschaft — die Gewichte nicht richtig verteilt sind, wenn sich Schwerpunkte bilden, die alles andere überschatten. Es wäre falsch, wenn die Wirtschafts-

verwaltung ein solcher Schwerpunkt wäre. Es ist falsch, daß sich ein solcher Schwerpunkt auch an anderer Stelle — nicht nur in Bayern und Westdeutschland, sondern weithin — gebildet hat und von dort her die Entscheidungen fallen. Die **Koordinierung** der wesentlichen Faktoren müßte besser sein. Auf der einen Seite müßte von der Sache her gesehen eine Ausweitung des Aufgabenbereichs erfolgen, die auf der anderen Seite eine Einschränkung mit sich bringen würde.

Ich habe es daher bedauert, daß der **Personalstand des Wirtschaftsministeriums** an einem ohne Zweifel kritischen Punkt angelangt ist. Würden noch stärkere Abstriche gemacht werden, dann wären wir nicht mehr in der Lage, vom Staate her die Entwicklung zu beobachten und nach volkswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zu beeinflussen, weil niemand mehr da wäre, der diese wesentliche Arbeit leistete. Die Zahl der leitenden Herren im Wirtschaftsministerium — ich sage es ganz offen — scheint mir etwas zu gering zu sein. Ich habe in meinem eigenen, sehr bescheidenen Bereich scharf abgebaut, aber überall gibt es eine Grenze, und nicht jede Mark, die an Gehalt oder sonstwo gespart wird, ist eine Einsparung, sondern kann unter Umständen eine ungewöhnliche Mehrbelastung für den Staat und den Steuerzahler bedeuten. Gleichwohl muß festgestellt werden, daß die Arbeit des Herrn Wirtschaftsministers und seines ganzen Amtes hervorragend gewesen ist, obwohl die personellen Möglichkeiten sehr gering waren. Leider läßt es die Zeit nur zu, in Stichworten zu sprechen. Setzen Sie aber noch einmal die bekannten Schwierigkeiten in Rechnung, die wir von Natur aus durch unsere Lage haben, so werden Sie mit mir einiggehen, wenn ich feststelle, daß die **Steigerung der Produktion** eine außerordentliche Leistung ist und daß allein diese Tatsache uns verpflichtet, dem Herrn Wirtschaftsminister für seine Leistung uneingeschränkte Anerkennung zu zollen.

(Zuruf von der FDP)

— Herr Kollege, ich würde das auch bei einem anderen Wirtschaftsminister sagen, der nicht aus unseren Kreisen ist. Wenn jemand etwas geleistet hat, so darf man das, glaube ich, ruhig feststellen, sogar auch dann, wenn es einmal ein eigener Parteifreund sein sollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch ein paar Stichworte zur wirtschaftspolitischen Situation! Der Herr Wirtschaftsminister hat von unserer **wirtschaftlichen Kapazität** und vom **Potential unserer Arbeitskraft** gesprochen. Diese beiden Dinge hängen eng miteinander zusammen. Es wird eine der schwierigsten Aufgaben für die Zukunft werden, das Arbeitspotential in wirtschaftlich ausgenutzte Kapazität umzusetzen; denn dazu gehört neben einer schöpferischen Phantasie, neben großer Initiative, viel Kraft und anderen Dingen auch eine erhebliche Menge Geld. Diese erhebliche Menge Geld zu beschaffen, wird voraussichtlich ganz große Schwierigkeiten bereiten. Man könnte hierüber noch sehr vieles sagen, aber, wie gesagt, die Zeit erlaubt nur, die Gedanken in Stichworten anzudeuten.

(Dr. Schedl [CSU])

Lassen Sie mich noch ein Wort zur **Kohlenfrage** sagen. Es ist nicht so, wie Herr Kollege Drechsel — der leider nicht da ist — bemerkte, daß der Holz-mangel durch die **Freigabe der Rundholzpreise** überwunden werden soll.

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter, auch Ihre Redezeit nähert sich dem Ende.

Dr. Schedl (CSU): Ich glaube, Herr Präsident, ich habe noch 2 Minuten.

Bei der Kohlenversorgung wird es notwendig sein, die erfolgreichen Bemühungen fortzusetzen, eigene Kohlengrundlagen für die bayerische Wirtschaft in Bayern und anderswo zu schaffen.

Ich käme nun zu meinem letzten Satz. Ich wollte zu Ihnen über die **Energielage** sprechen. Wir haben aber vom christlichen Stromhandel her bereits einiges zu dieser Frage gehört. Ich darf Sie also — nicht abschließend, aber am Ende meiner Redezeit — bitten, dem vorgelegten Haushaltsplan und auch den Anträgen zuzustimmen, die der Ausschuß für den Staatshaushalt mit vorgelegt hat.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Hundhammer: Hohes Haus! Die Besprechung des Etats ist beendet. Einige Fraktionen haben ihre Redezeit ausgeschöpft; andere, die noch ein paar Minuten zur Verfügung hätten, haben darauf verzichtet, davon Gebrauch zu machen.

Der Herr Staatsminister für Wirtschaft wird noch das Schlußwort sprechen. Er hat erklärt, es werde nicht lange dauern. Ich schlage deshalb vor, den Herrn Staatsminister noch anzuhören. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Seidel, Staatsminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Vorsitzende des Landesausschusses der Bayerischen Industrie war so freundlich, an meinem Geburtstag über den bayerischen Rundfunk einen kleinen Kommentar zu sprechen. Der Herr Abgeordnete Drechsel hat diesen Kommentar zum Ausgangspunkt für Ausführungen über die Wirtschaftspolitik im allgemeinen genommen. Deshalb glaube ich, daß ich zu diesem Kommentar ein Wort sagen muß.

Herr Dr. Seeling hat seine Ausführungen damals auf Band gesprochen, und die entsprechende Stelle lautete:

Eine der wichtigsten Aufgaben unseres Wirtschaftsministers ist die Vertretung Bayerns im Bundesrat in allen die Wirtschaft betreffenden Angelegenheiten. In diesem wichtigen föderativen Organ unserer Bundesverfassung hat Dr. Seidel bisher eine überaus fruchtbare Arbeit für unsere Wirtschaft geleistet. Er war dort die stärkste Stütze der Erhardschen Wirtschaftspolitik, die er in ihren Grundlagen auch überzeugungsmäßig vertritt. Sein christlicher Sinn läßt ihn allerdings auch die Gefahren erkennen und bekämpfen, die in einer ethisch nicht fundierten Freiheit der Wirtschaft liegt.

Anschließend an den Kommentar von Herrn Dr. Seeling hat sich auch der Vertreter der Gewerkschaften meines Geburtstags erinnert und mir freundliche Worte gesagt. Deshalb mußte dieser Kommentar von Dr. Seeling gekürzt werden, und der bayerische Rundfunk hat den Satz weggelassen:

Sein christlicher Sinn läßt ihn allerdings auch die Gefahren erkennen und bekämpfen, die in einer ethisch nicht fundierten Freiheit der Wirtschaft liegt.

(Zuruf: Das war nicht anders zu erwarten!)

Meine Damen und Herren! Mit dieser Einschränkung bekenne ich mich voll zu der Auffassung des Herrn Dr. Seeling und ich glaube, daß ich mit dieser Auffassung in weiten Kreisen des bayerischen Volkes Anklang finde.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Ich glaube auch, daß ein großer Teil der bayerischen Wirtschaft die gleiche Einschränkung, die ich bisher in allen meinen Reden und Äußerungen gemacht habe, ebenfalls anerkennt. Unsere bayerische Wirtschaft unterscheidet sich wesentlich von jenem Typ von Industriellen und wirtschaftenden Menschen, die zum Beispiel im „Breitenbacher Hof“ in Düsseldorf ein- und ausgehen.

(Sehr gut! bei der CSU)

Ein großer Teil der **bayerischen Industriellen** betritt grundsätzlich nicht den „Breitenbacher Hof“, wenn er in Düsseldorf ist. Das ist ein Zeichen der inneren Haltung dieser Industriellen. Aber auch für den **bayerischen Arbeiter** — und darauf haben Herr Piehler und Herr Dr. Geislhöringer hingewiesen — gilt etwas anderes als für einen Teil der übrigen westdeutschen Arbeiterschaft. Im bayerischen Kohlenbergbau zum Beispiel haben wir nach dem Kriege unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen sehr rasch die Vorkriegsleistungen, und zwar die individuellen Vorkriegsleistungen, wieder erreicht. Ich führe das darauf zurück, daß das Verhältnis der bayerischen Arbeitnehmerschaft zur bayerischen Arbeitgeberschaft eben ein ganz anderes ist als anderswo.

(Sehr gut! bei der CSU)

Die Ursache dieser Haltung ist darin zu suchen, daß der **christliche Charakter unseres Volkes** uns die Gefahren erkennen und bekämpfen läßt, die in einer ethisch nicht fundierten Freiheit der Wirtschaft liegen.

(Sehr gut! bei der CSU)

Lassen Sie mich nun ganz kurz zu einigen Einzelproblemen Stellung nehmen, die in der Diskussion erörtert worden sind. Zunächst zu den **Exportgemeinschaften:** Wir beschäftigen uns seit langem mit dieser Frage und haben eine Umfrage bei den übrigen westdeutschen Ländern veranstaltet, um deren Standpunkte und Erfahrungen kennenzulernen.

Nordrhein-Westfalen hat uns mitgeteilt, „daß fast allgemein und selbst in den Bezirken, in denen vorwiegend kleine und mittlere Industriebetriebe ansässig sind, wenig Meinung für die Bildung von Exportförderungsorganisationen bestehe. Es sei

(Dr. Seidel, Staatsminister)

nicht ganz einfach“, so teilen sie uns von dort mit, „die Interessen der zu beteiligenden Industriefirmen im Rahmen einer Exportförderungsorganisation genügend aufeinander abzustimmen“. „Vor allem“, so schließt diese Auskunft, „dürfte die Kostenfrage erhebliche Schwierigkeiten bereiten, weil eine neue Organisation, die den ganzen Apparat für das Ausfuhrgeschäft erst schaffen muß, Aufwendungen notwendig hat, bevor sie funktionsfähig werden kann.“

Baden dagegen hat berichtet, „daß sich die Tätigkeit der Badischen Exportarbeitsgemeinschaft Freiburg außerordentlich günstig entwickelt habe. Der Aufbau der Organisation sei durch ein zinsloses Darlehen aus dem Gewerbeförderungsfonds des badischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit ermöglicht worden. Darüber hinaus habe die Industrie- und Handelskammer die Räume und die Büroeinrichtung kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Gemeinschaft finanziere sich durch Vorschüsse der beratenen Firmen“.

„In **Niedersachsen** sind Exportgemeinschaften aus prinzipiellen Erwägungen“, so wird uns mitgeteilt, „nicht gebildet worden.“ Die Stellungnahme **Ham-burgs** ist sehr eindeutig; sie verweist auf den Exporthandel, der über ausreichende Auslandsbeziehungen verfüge und vor allen Dingen in Sortimenten durchaus befähigt sei, auch kleinere und mittlere Betriebe in das Exportgeschäft einzuschalten.

Trotz dieser Auskünfte bin ich persönlich der Meinung, daß man in Bayern durch Zusammenschluß gewisser kleiner und mittlerer Betriebe in einer losen Arbeitsgemeinschaft den Export steigern und fördern kann. Es darf aber nicht so werden, daß solche Gemeinschaften Gelder vom Staat bekommen und diese Gelder dazu verwenden, irgendwelche Leute im Ausland herumfahren zu lassen, um angebliche oder wirkliche Exportgeschäfte zu suchen und zu vermitteln. Man muß in dieser Frage sehr vorsichtig sein. Es muß sehr sorgfältig geprüft werden, wer die Exportgemeinschaft bilden soll, welche Personen dahinterstehen und vor allen Dingen, welche Personen in das Ausland geschickt werden sollen.

Ich bin der Meinung, daß es sich auch hier um einen Zuschuß an „irgendeine“ Organisation handelt. Herr Piehler tut nicht ganz recht, wenn er zwar hier ja, beim Landesfremdenverkehrsverband aber nein sagt.

Der **Landesfremdenverkehrsverband** muß seine Organisation in Ordnung bringen; denn wir brauchen eine Organisation, die in der Lage ist, die Werbung für die bayerischen Fremdenverkehrsgebiete nicht nur regional, sondern auch überregional ordentlich und vor allem schlagkräftig durchzuführen. Ich habe mich deshalb dafür eingesetzt, daß für ein Jahr, und zwar für das Jahr, in welchem der Landesfremdenverkehrsverband nunmehr zum Tragen kommt, ein Zuschuß gewährt wird, damit er seine Organisation aufbauen kann. Sie dürfen sich die Arbeit des Landesfremdenverkehrsverbandes nicht allzu einfach vorstellen.

Er muß ja die Werbemaßnahmen koordinieren und vor allem in allen Fragen, in denen das ganze Land Bayern als Fremdenverkehrsland in Betracht kommt, eine vernünftige und ordentliche Werbung herausbringen. Dazu benötigt er eine Organisation, die fürs erste auf die Beine gestellt werden muß.

Nun ein Wort zu den **Tarifbemühungen**. Herr Dr. Geislhöringer wundert sich, daß ich mich als Wirtschaftsminister mit Tariffragen beschäftige. Er meinte, das sei wohl ein Vorgriff auf die Möglichkeit, daß ich auch einmal das Verkehrsressort zu besorgen habe. Nein, Herr Dr. Geislhöringer! Ich will Ihnen folgendes sagen: Ich habe gar nicht den Ehrgeiz, zu meiner Arbeit noch neue Arbeit hinzuzubekommen. Ich habe sehr viel Verständnis dafür, daß man aus irgendwelchen Überlegungen heraus ein bayerisches Ministerium nicht ohne weiteres auflösen will.

Herr Dr. Geislhöringer, ich habe aber eine sehr große Sorge. Es ist die, daß ein **bayerisches Verkehrsministerium** nichts anderes als der **verlängerte Arm der Bundesbahn** ist. Dagegen wehre ich mich. Deswegen habe ich mich seit Jahren mit Tariffragen beschäftigt. Ich bin bereit, Ihnen die Aktenstöße hierüber vorzulegen, damit Sie einmal überprüfen können, wer in all diesen Fragen die fruchtbarere Arbeit geleistet hat und vor allen Dingen, wer die motorische Kraft dafür gewesen ist, daß diese bayerischen Tariffragen immer wieder in Bonn und bei der Bundesbahn vorgetragen und erörtert wurden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich will nicht pro domo reden, aber seien Sie überzeugt, wenn wir es nicht getan hätten, wären die Erfolge, die wir erstritten haben, nicht eingetreten.

Nun zu diesen Fragen selbst! Ich bin der Meinung, daß folgendes geschehen muß. Die **Entfernungstafeln des Eisenbahngütertarifs** müssen grundsätzlich an die durch die politische Grenzziehung eingetretenen Änderungen angepaßt werden. Das ist eine Frage der grundsätzlichen Tarifreform. Diese werden wir nicht von heute auf morgen bekommen, es muß aber darauf hingewirkt werden, und zwar gegen den Widerstand der Bundesbahn, die auf der einen Seite immer wieder den Charakter der Gemeinnützigkeit ihres Tarifsystems betont, auf der anderen Seite aber mit ihrem Unvermögen operiert, den Gemeinnützigkeitscharakter des Tarifsystems zu durchbrechen.

Soweit eine Anpassung des Regeltarifs an diese Änderungen nicht möglich ist, müssen die entstandenen **Härten** auf dem Wege von **Ausnahmetarifen** ausgeglichen werden. Dies gilt namentlich hinsichtlich des Kohlenbezugs. Die für Schleswig-Holstein durch den Küstenkohletarif gewährten besonderen Ermäßigungen müssen in gleichem Maße auch den übrigen — ich spreche da gar nicht für Bayern allein — revierfernen Ländern gewährt werden, soweit sie durch die politischen Veränderungen in diese mißliche Lage durch den Verlust ihrer nahegelegenen Kohlenbezugsgebiete gekommen sind. Hiezu gehört in erster Linie Bayern.

Hinsichtlich der Besserstellung beim **Bezug von Walzwerkerzeugnissen** im Eisenbahngütertarif fol-

(Dr. Seidel, Staatsminister)

gendes: Auch hier wäre die Gewährung eines Ausnahmetarifs notwendig. Die Umwegkilometer, die durch die Umfahrung der Ostzone entstehen und ab 1. März 1951, soweit die Transporte über die Werra-Talbahn in Frage kommen, entfallen sind, müssen vollständig beseitigt werden.

Das sind im Augenblick die Forderungen, die wir gegenüber der Bundesbahn und dem Bundesverkehrsministerium erheben und durchzusetzen versuchen. Ich habe hier eine sehr interessante Bearbeitung dieser Fragen, die am 27. Oktober 1951 an den Bundesminister für Verkehr gegangen ist, selbstverständlich, Herr Dr. Geislhöringer, im Einvernehmen mit dem bayerischen Verkehrsministerium. Aber derjenige, der aus Bonn zurückgekommen ist und, als mein Antrag abgelehnt worden ist, gesagt hat: Jetzt muß sofort ein Ausnahmetarif beantragt werden, war der bayerische Wirtschaftsminister. Ich bilde mir nichts darauf ein; denn das war meine Pflicht. Aber Sie dürfen mir dann nicht vorwerfen, daß ich in ein anderes Ministerium eingreife, nur weil Sie eine besondere Liebe für das Verkehrsministerium haben.

Eine andere Frage, die, wie ich glaube, von Herrn Dr. Sturm angeschnitten worden ist, ist die **Versorgung der bayerischen Eisengießereien**. Der Gießerverband Bayern hat zusammen mit uns außerordentliche Anstrengungen gemacht, um eine möglichst gute Versorgung seiner revierfernen Mitgliedsfirmen zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist das Entgegenkommen der Luitpoldhütte — ich fühle mich verpflichtet, unsere bayerische Luitpoldhütte ausdrücklich zu erwähnen — zu loben, die in stärkerem Maße als zuvor für die Versorgung der bayerischen Gießereien verantwortlich wurde, insbesondere nachdem die westfälischen und die hessischen Roheisen-Erzeuger den bayerischen Markt nicht mehr im gewohnten Maße bedienen. Ich hätte Ihnen, Herr Kollege Drechsel, gerne einmal ein privatissimum sed gratis gelesen über das Verhalten der verstaatlichten hessischen Hütten und über die Auffassungen, die dort bei der Belieferung von außerhessischen Betrieben vertreten werden. Ich will es hier in diesem Zusammenhang nicht tun. Durch Verhandlungen mit der Vöst in Linz ist überdies die **Einfuhr von Gießereiroheisen aus Österreich** möglich geworden. Die Vöst in Linz hat in diesem Jahr 1000 Tonnen an den bayerischen Gießerverband geliefert und weitere 500 Tonnen werden demnächst erwartet. Nachdem Bayern ohnehin in Verhandlungen mit der eisenschaffenden Industrie Österreichs wegen Lieferung von Eisen aller Art steht, darf erwartet werden, daß auch hinfort Gießereiroheisen aus Österreich angeliefert wird. Wenn ich von bayerischen Verhandlungen spreche, so spreche ich von Verhandlungen der eisenverarbeitenden und der eisenschaffenden Industrie mit der eisenschaffenden Industrie Österreichs, die auf die Initiative meines Hauses hin eingeleitet wurden. Ich will also nicht mißverstanden werden. Ich habe mir keine staats- oder verfassungsrechtliche Legitimation angeeignet, die ich etwa nicht besäße. Ich bin aber der Meinung, daß

zwei so benachbarte Länder ihre Kapazität entsprechend aufeinander abstimmen und daß sie den Markt auf diesem Gebiet etwas ordnen und in ihre Hand nehmen sollten.

Nun das **Bohrprogramm!** Der Herr Abgeordnete Elsen hat gemeint, daß in dieser Frage noch nichts geschehen sei. Ich habe bereits in meiner Etatrede darauf hingewiesen und kann mitteilen, daß die Gesellschaft inzwischen rechtsverbindlich gegründet und daß gestern in der ersten Verwaltungsrats-sitzung von den 500 000 DM bereits über einen Teilbetrag von, ich glaube, 300 000 DM Beschluß gefaßt worden ist.

(Abg. Elsen: Sehr erfreulich!)

Die Schwierigkeit lag darin, eine Zersplitterung zu vermeiden und mit den 2 Millionen D-Mark, die uns zur Verfügung stehen — in diesem Jahr sind es 500 000 DM —, ein Optimum zu erreichen.

Zum **Fremdenverkehr** nur wenige Sätze. Der Herr Abgeordnete Geiger ist bei seinen gestrigen Ausführungen offenbar mißverstanden worden. Trotz verminderter Bettenzahl ist die Kapazitätsausnutzung des bayerischen Fremdenverkehrs erst bei 60 Prozent angelangt. Der Herr Abgeordnete Piehler hat das nicht ganz richtig verstanden. Natürlich war in der Hauptsaison die Bettenzahl in bestimmten Fremdenverkehrsorten voll ausgenutzt, und in manchen Fremdenverkehrsorten konnte der Strom der Reisenden auch gar nicht aufgenommen werden. Das Problem liegt aber darin, daß wir nicht nur einige wenige besonders bevorzugte Fremdenverkehrsorte haben, sondern eine ganze Reihe anderer, die sowohl in klimatischer wie auch in anderer Beziehung mit jenen konkurrieren können, die aber nicht so bekannt sind, und daß wir versuchen müssen, die Saison auf einen längeren Zeitraum auszudehnen. Das ist nur möglich durch eine gute Werbung, die auf die Vorteile unserer Fremdenverkehrsorte beinahe zu allen Jahreszeiten in entsprechender Form hinweist.

Zum Schluß noch ein Wort zu den **Abwanderungen**. Ich werde Ihnen die Ziffern bekanntgeben; Sie werden sicherlich überrascht sein. Vom Januar 1948 bis April 1951 sind nach den Feststellungen des bayerischen Statistischen Landesamts insgesamt 93 Betriebe aus Bayern abgewandert; sie beschäftigten im Monatsdurchschnitt des letzten Halbjahres vor der Abwanderung 3423 Arbeitskräfte. Nun werden Sie mich fragen, aus welchen Gebieten diese Betriebe denn abgewandert sind, und jetzt kommt die Überraschung: Es sind abgewandert aus Oberbayern 20 Betriebe mit 1059 Beschäftigten, aus Niederbayern 3 mit 18 Beschäftigten, aus der Oberpfalz 11 mit 240 Beschäftigten, aus Oberfranken 27 mit 711 Beschäftigten, aus Mittelfranken 9 mit 947 Beschäftigten, aus Unterfranken 12 mit 261 Beschäftigten und aus Schwaben 11 mit 187 Beschäftigten. Sie sehen also, daß es keineswegs die Grenzgebiete sind, die die Masse der abgewanderten Betriebe gestellt haben.

(Zuruf von der Bayernpartei: Aus Oberfranken 27 Betriebe!)

(Dr. Seidel, Staatsminister)

— Aber mit nur 711 Beschäftigten; das sind Klein- und Kleinstbetriebe.

(Abg. Bantele: Die Leute bleiben da!)

— Ich gebe Ihnen zu, Herr Abgeordneter Bantele, daß wir die Sache trotzdem nicht bagatellisieren sollen. Wir müssen alle Anstrengungen machen, um diese Abwerbungen zu verhindern. Aber es hat auf der anderen Seite keinen Sinn, immer wieder in die Öffentlichkeit hinauszutragen: Die bayerischen Betriebe wandern ab. Wir erzeugen dadurch eine psychologische Stimmung,

(Sehr gut! bei der CSU)

die für unsere Versuche, neue Betriebe nach Bayern zu bekommen, keineswegs günstig sein kann.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

— Abg. Kiene: Es sind auch welche hereingekommen!

— Es sind eine ganze Reihe von Betrieben hereingekommen, und, meine Damen und Herren, ich gebe diese 93 Betriebe für zwei oder drei der Betriebe, die wir hereinbekommen haben, hin, ohne überhaupt eine Träne zu vergießen, weil es sich bei diesen um Unternehmen handelt, die krisenfest sind und die ein Mehr von Arbeitern beschäftigen. Das hindert aber nicht, daß wir versuchen müssen, alle Betriebe, die hier ihren Standort haben, bei uns in Bayern zu halten.

Ich habe nunmehr Veranlassung genommen, diese Frage einmal in den zuständigen Ausschüssen des Bundesrats, nämlich im Finanz- und im Wirtschaftsausschuß, zu erörtern. Es ist ein Unding, daß die westdeutschen Bundesländer sich gegenseitig Konkurrenz machen, Agenten in die anderen Länder schicken und Versprechungen abgeben lassen, um ihre wirtschaftliche Struktur nach irgendeiner Richtung hin zu verbessern. Das muß geändert werden. Bei den Erfahrungen, die wir bisher mit der Solidarität anderer Bundesländer gemacht haben, habe ich allerdings keine große Hoffnung, daß bei dieser Erörterung sehr viel herauskommt. Aber immerhin wird man sich scheuen, in Zukunft diese Dinge so offen zu treiben, wie es in der letzten Zeit geschehen ist.

Im übrigen kann ich feststellen, daß ein Teil der angesprochenen Firmen die Abwanderung klipp und klar abgelehnt hat. In vielen Fällen verbietet auch schon das investierte Kapital eine solche Abwanderung.

Meine Damen und Herren! Damit habe ich wohl die Punkte herausgegriffen, die in der Diskussion am meisten erörtert worden sind. Abschließend möchte ich folgendes sagen: Von einigen Diskussionsrednern sind sehr genau die Grenzen gesehen worden, die einem Landeswirtschaftsminister gesetzt sind. Ich habe versucht, innerhalb dieser Grenzen das Mögliche zu tun und zu erreichen. Ich werde dieses Bestreben auch in der Zukunft fortsetzen.

(Bravo!)

Ich wäre allerdings dem Hohen Haus dankbar, wenn es sich in der Zukunft ein klein wenig mehr mit den Fragen beschäftigen würde, die die bayerische Wirtschaft angehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich schlage dem Hohen Haus vor, die Abstimmung erst nach der Mittagspause vorzunehmen. — Die Sitzung wird jetzt unterbrochen und um 3 Uhr wieder aufgenommen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 46 Minuten unterbrochen)

Präsident Dr. Hundhammer nimmt die Sitzung um 15 Uhr 8 Minuten wieder auf.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Haushalt des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft. Hierbei liegen zugrunde die Beilage 1705, Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt, und der dem Hohen Hause gedruckt vorliegende Haushaltsplan (Einzelplan VII). Außerdem liegt eine große Zahl von Abänderungsanträgen zu einzelnen Punkten des Etats vor, so daß es notwendig ist, bei den betreffenden Etatpositionen mit großer Sorgfalt vorzugehen.

Ich rufe zunächst auf das Kapitel 601, Zentrale Verwaltung, A, Ministerium. Der Haushaltsausschuß beantragt bei Titel 3, Gebühren und Strafen, den Ansatz von 100 000 DM auf 130 000 DM zu erhöhen. Damit ergibt sich folgender Abschluß: Summe der Einnahmen 166 000 DM, Summe der Ausgaben 3 296 000 DM, Zuschußbedarf 3 130 000 DM. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Kapitel 601 B, Sammelansätze und allgemeine Haushaltsausgaben für den Gesamtbereich des Einzelplans VII. Hier liegen zunächst zu Titel 317 Abänderungsanträge vor, und zwar ein Antrag Geiger (CSU):

Der Landtag wolle beschließen:

Im Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1951 (Einzelplan VII) wird in Kapitel 601 B Titel 317 das Wort „Organisation“ abgeändert in „Werbeorganisation“.

Außerdem ein Antrag von Knoeringen, Drechsel und Fraktion:

Der Landtag wolle beschließen:

Im Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1951 (Einzelplan VII) wird in Kapitel 601 B die Bezeichnung des Titels 317 wie folgt geändert: „Zuschuß zur Förderung von Exportgemeinschaften für Handwerk und Kleinindustrie“.

(Präsident Dr. Hundhammer)

Es ist schlecht zu entscheiden, welches der weitergehende Antrag ist. Ich lasse abstimmen über den zuerst verlesenen Antrag Geiger, das Wort „Organisation“ abzuändern in „Werbeorganisation“. Ich bemerke, daß mit der Annahme des ersten Antrags naturgemäß der andere Antrag abgelehnt ist.

(Widerspruch)

Das ist immer so. Der eine Teil stimmt für den Antrag, der andere Teil, der nicht zustimmt, würde für den Antrag Knoeringen, Drechsel und Fraktion stimmen. Damit fällt die Entscheidung.

Wer dem Antrag Geiger zustimmen will, möge sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erstere war die Mehrheit. Damit ist der Antrag Geiger angenommen, der Antrag von Knoeringen, Drechsel und Fraktion abgelehnt.

Der Ausschuß hat vorgeschlagen, die Bezeichnung des Titels 326 zu ändern in „Maßnahmen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft“ und den Ansatz von 1 200 000 DM auf 3 Millionen D-Mark zu erhöhen.

Hierzu ist außerdem der Vorschlag gemacht worden, die Bezeichnung des Titels zu ändern in „Maßnahmen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft“, im übrigen aber den Ansatz von 1 200 000 DM entgegen dem Antrag des Ausschusses für den Staatshaushalt unverändert zu lassen.

Ferner liegt ein dritter Vorschlag vor, den Titel 326 auf 1,3 Millionen D-Mark um 100 000 DM zu erhöhen und davon 40 000 DM für Exportgemeinschaften und 60 000 DM für Zinsverbilligungen anzusetzen.

(Zuruf: Von wem ist der Antrag?)

— Das ist die Stellungnahme Dr. Seidels, das andere war die Stellungnahme des Finanzministeriums. —

Schließlich wurde mir soeben noch ein Antrag von Knoeringen, Haas und Fraktion überreicht:

Das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft legt dem Bayerischen Landtag eine aufgliederte Liste über die Verteilung der in Kap. 601 B Tit. 326 und 332 b angesetzten Mittel vor. Ein entsprechender Betrag aus Titel 326 ist zum Auf- und Ausbau von handwerklichen Fachschulen zu verwenden.

Ich schlage nun vor, zuerst über die Höhe des Betrags zu entscheiden und dann über den Antrag Haas und Fraktion, der soeben vorgelegt worden ist, so daß wir zunächst über den Vorschlag des Haushaltsausschusses abstimmen würden.

(Abg. Schmid: Herr Präsident, dazu beantrage ich namentliche Abstimmung!)

— Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Wer unterstützt diesen Antrag? — Die Unterstützung genügt; damit ist **namentliche Abstimmung** notwendig. Der Klarheit halber gebe ich nochmals folgendes bekannt: Es wird darüber abgestimmt, ob dem vom Haushaltsausschuß dem Plenum unterbreiteten Vorschlag entsprochen werden soll, die Bezeichnung des Titels 326 zu ändern in „Maßnah-

men zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft“ und den Ansatz von 1 200 000 DM auf 3 Millionen D-Mark zu erhöhen.

Wer dem Vorschlag des Haushaltsausschusses beitrifft, also mit Ja stimmt, gibt die blaue Karte ab, wer ihn ablehnt, die rote Karte, und wer sich der Stimme enthält, stimmt mit der weißen Karte.

Die Abstimmung beginnt.

(Die Abgeordneten aller Fraktionen winken mit den blauen Karten — Große Heiterkeit — Abg. Kiene: Da können wir uns doch die namentliche Abstimmung sparen! — Unruhe)

— Ich bitte um Ruhe! Es ist beschlossen, daß namentlich abgestimmt wird; die namentliche Abstimmung wird durchgeführt. Die Frau Abgeordnete Zehner beginnt mit der Verlesung der Namen.

(Folgt Namensaufruf)

Das Alphabet wird wiederholt. —

Die Abstimmung ist geschlossen. Wir unterbrechen die Sitzung auf einige Minuten zur Feststellung des Abstimmungsergebnisses. —

(Die Sitzung wird kurz unterbrochen)

Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Es wurden abgegeben 180 Stimmen; davon lauten auf Ja 174 und auf Enthaltung 6 Stimmen.

Mit **Ja** stimmten die Abgeordneten:

Dr. Anker Müller, Bachmann Georg, Bachmann Wilhelm, Bantele, Bauer Georg (BHE), Bauer Georg (BP), Baumeister, Dr. Baumgartner, Baur Anton, Dr. Becher, Beier, Bezold, Bielmeier, Bitom, Bittinger, Dietl, Donsberger, Dotzauer, Drechsel, Eberhard, Dr. Eberhardt, Dr. Eckhardt, Eder, Dr. Ehard, Eichelbröner, Eisenmann, Elsen, Elzer, Engel, Ernst, Euerl, Falk, von Feury, Dr. Fischbacher, Dr. Fischer, Förster, Frank, Dr. Dr. Franke, von und zu Franckenstein, Frenzel, Freundl, Frühwald, Gärtner, Gaßner, Gegenwarth, Geiger, Dr. Geiselhöringer, Göttler, Gräßler, Greib, Dr. Gromer, Günzl, Dr. Haas, Haas, Hadasch, Hagen Georg, Haisch, von Haniel-Niethammer, Hauffe, Hausleiter, Heigl, Helmerich, Hettrich, Hillebrand, Högn, Dr. Hoegner, Höllerer, Hofmann Engelbert, Huber Sebastian, Dr. Dr. Hundhammer, Dr. Jüngling, Junker, Karl, Dr. Keller, Kerber, Kiene, Klammt, Klotz, von Knoeringen, Knott, Köhler, Körner, Dr. Kolarczyk, Dr. Korff, Kramer, Kraus, Krehle, Krüger, Kunath, Kurz, Dr. Lacherbauer, Lallinger, Lang, Lanzinger, Laumer, Lechner Hans, Lechner Josef, Dr. Lenz, Lindig, Dr. Lippert, Loos, Luft, Lutz, Maag, Dr. Malluche, Meixner, Mergler, Michel, Mittag, Müller Christian, Nagengast, Narr, Nerlinger, Op den Orth, Ortloph, Ostermeier, Piechl, Pfeffer, Piehler, Piper, Pittroff, Pösl, Prandl, Priller, Dr. von Prittwitz und Gaffron, Puls, Rabenstein, Reichl, Riediger, Röhl, Roßmann, Ritter von Rudolph, Saukel, Dr. Schedl, Scherber, Dr. Schier, Dr. Schlögl, Schmid, Schmidramsl, Dr. Schönecker, Schreiner, Dr. Schubert, Schuster, Dr. Schweiger, Sebald, Seibert, Sichler, Simmel, Sittig, Dr. Soening, Stain, Stegerer, Sterzer, Stock, Stöhr, Stren-

(Präsident Dr. Hundhammer)

kert, Strobl, Strohmayr, Dr. Strosche, Dr. Sturm, Thanbichler, Thellmann-Bidner, Thieme, Ullrich, Walch, Dr. Weigel, Weinhuber, Weishäupl, Wölfel, Wolf Franz, Wolf Hans, Dr. Zdralek, Zehner, Zillibiller.

Mit **Ich enthalte mich** stimmten die Abgeordneten: Bauer Hannsheinz, Gabert, Dr. Guthsmuths, Ospald, Dr. Seidel, Zietsch.

Damit ist Titel 326 mit der neuen Bezeichnung „Maßnahmen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft“ und mit einem Ansatz von 3 Millionen D-Mark gemäß dem Antrag des Haushaltsausschusses genehmigt. Die gegenteiligen Vorschläge entfallen damit.

Ich möchte es aber für richtig halten, über den Antrag von Knoeringen, Haas und Fraktion erst abzustimmen, wenn auch der Titel 332 b verabschiedet ist, weil er im Antrag von Knoeringen, Haas und Fraktion mit erwähnt ist und eine Rolle spielt.

Der Ausschuß hat weiterhin beantragt, bei Titel 328 „Zuschuß für das Institut für Wirtschaftsforschung“ den Ansatz von 200 000 DM auf 300 000 DM zu erhöhen, mit der Maßgabe, daß die Zahlung von 100 000 DM entfällt, soweit die vom Bundeswirtschaftsministerium aus allgemeinen und aus ERP-Mitteln an das Ifo-Institut geleisteten Zuschüsse über den Gesamtbetrag von 250 000 DM hinausgehen.

Wer diesem Vorschlag beitrifft, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ferner schlägt der Haushaltsausschuß vor, den Titel 332 in Titel „332 a“ umzubenennen und einen neuen Titel 332 b „Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs“ mit einem Ansatz von 500 000 DM einzusetzen. Dazu wären noch vorgelegten der Standpunkt, der vom Finanzministerium vertreten wurde, diese Erhöhung nicht vorzunehmen, und ein Vermittlungsvorschlag, den Betrag nur in einer Höhe von 200 000 DM einzusetzen. Wir stimmen auch hier zunächst über den Vorschlag des Haushaltsausschusses ab.

Wer diesem Vorschlag beitrifft, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Auch in diesem Fall ist der Vorschlag des Haushaltsausschusses angenommen.

Wir kommen damit zu folgender Gesamtabgleichung auf Grund der gefaßten Beschlüsse für das Kapitel 601 B:

Summe der Einnahmen	20 000 DM
Summe der Ausgaben	4 496 600 DM
Zuschußbedarf	4 476 600 DM.

Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Nunmehr lasse ich abstimmen über den Antrag von Knoeringen, Haas und Fraktion, den ich eingangs verlesen habe.

(Zurufe: Bitte noch einmal verlesen!)

— Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft legt dem Bayerischen Landtag eine aufgegliederte Liste über die Verteilung der in Kap. 601 B Tit. 326 und Tit. 332 b angesetzten Mittel vor.

— Ich würde folgende Änderung der Textierung vorschlagen: „Das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft wird beauftragt, dem Bayerischen Landtag . . . vorzulegen.“ —

Ein entsprechender Betrag aus Titel 326 ist zum Aus- und Aufbau von handwerklichen Fachschulen zu verwenden.

Wer diesem Antrag beitreten will, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe auf Kapitel 601 C, Verwaltungskosten zur Bereinigung der Kriegsfolgelasten (ehem. Reparationsämter).

Einnahmen sind hier nicht vorgesehen, so daß die Summe der Ausgaben in Höhe von 290 000 DM zugleich den Zuschußbedarf darstellt. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Kapitel 604 A, Oberbergamt und Bergämter. Nach den Ausschlußbeschlüssen soll die Summe der Einnahmen mit 17 500 DM und die Summe der persönlichen Ausgaben mit 468 500 DM unverändert bleiben.

Bei den sächlichen Ausgaben beantragt die Fraktion der SPD, bei Titel 220 „Aufwendungen im Interesse der Grubensicherheit und zur Fortbildung von Betriebsangehörigen der bergbaulichen Unternehmungen“ den Betrag von 1 500 DM um 48 500 DM auf 50 000 DM zu erhöhen. Wer diesem Vorschlag beitrifft, wolle sich vom Platz erheben.

(Abg. Dr. Lacherbauer: Besteht die Möglichkeit, zu diesem Antrag das Wort zu nehmen?)

— Die besteht nicht; die Debatte ist geschlossen.

(Abg. Dr. Lacherbauer: Der Antrag ist erst jetzt bekannt geworden!)

— Das ist ein Irrtum. Der Antrag lag längst vor und war auch bei der Debatte schon vorgelegen. Es ist keine neue Sache.

(Abg. Dr. Baumgartner: Darf ich bitten, den Antrag noch einmal zu verlesen?)

— Der Antrag lautet:

Bei Titel 220 „Aufwendungen im Interesse der Grubensicherheit und zur Fortbildung von Betriebsangehörigen der bergbaulichen Unternehmungen“ wird der Betrag von 1 500 DM um 48 500 DM auf 50 000 DM erhöht.

Wer diesem Antrag beitrifft, wolle sich vom Platz erheben.

(Zuruf von der SPD: Für die bayerische Jugend! — Gegenruf: Ist Sache der Bergwerksleitungen!)

(Präsident Dr. Hundhammer)

— Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Damit erhöht sich die Gesamtsumme der Ausgaben für Kapitel 604 A auf 612 600 DM und der Zuschußbedarf auf 595 100 DM. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

(Unruhe)

— Meine Damen und Herren! Ich möchte doch dringend um Aufmerksamkeit bitten. Sie können von mir nicht verlangen, daß ich jeden Antrag und jeden Beschluß zweimal verlese, wie ich das jetzt zweimal hintereinander getan habe.

Es folgt Kapitel 604 B, Geologisches Landesamt. Hier ergibt sich folgender Abschluß:

Summe der Einnahmen	21 000 DM
Summe der Ausgaben	615 000 DM
Zuschußbedarf	594 000 DM.

— Ich stelle die Zustimmung des Hauses hierzu fest.

Für das Gesamtkapitel 604 ergibt sich folgender Abschluß:

Summe der Einnahmen	38 500 DM
Summe der Ausgaben	1 227 600 DM
Zuschußbedarf	1 189 100 DM.

— Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Kapitel 605, Wirtschaftsverwaltung bei den Kreisregierungen (Fachkräfte). Auch hier schlägt der Ausschuß unveränderte Annahme vor. Kapitel 605 schließt ab mit:

Summe der Einnahmen	149 000 DM
Summe der Ausgaben	1 558 500 DM
Zuschußbedarf	1 409 500 DM.

Es erhebt sich kein Widerspruch; ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Damit sind alle Einzelkapitel des Einzelplans VII genehmigt. Es ergibt sich auf Grund dieser Einzelgenehmigungen folgende Abgleichung des Gesamthaushalts Einzelplan VII:

Summe der Einnahmen	373 500 DM
Summe der Ausgaben	10 868 700 DM
Gesamtzuschußbedarf	10 495 200 DM.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Einzelplan VII mit der von mir auf Grund der vorhin gefaßten Einzelbeschlüsse bekanntgegebenen, nunmehr feststehenden Gesamtabgleichung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, daß Einzelplan VII bei einer Anzahl von Stimmenthaltungen angenommen ist.

Den Mitgliedern des Hauses liegen ferner vor eine Anlage A zu diesem Haushaltsplan, Ausweis der planmäßigen Beamten, eine Anlage B, Ausweis der außerplanmäßigen Beamten, und eine Anlage C, Ausweis der nichtbeamteten Hilfskräfte. Der Haushaltsausschuß schlägt vor, diese Anlagen unverändert zu genehmigen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle die Zustimmung des Hauses auch zu diesen Anlagen fest.

Damit ist die Beratung des Haushalts des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Einzelplan VII, abgeschlossen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Wir kommen zu den Berichten des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten unter Punkt 4.

Hierzu ist von dem Herrn Kollegen von Knoeringen angeregt worden, das **Verfahren der Berichterstattung** etwas zu verkürzen und zu vereinfachen, um die umfangreiche Tagesordnung — es sind immerhin noch mehrere Seiten — abschließen zu können. Es wird vorgeschlagen, folgendermaßen vorzugehen: Die Berichterstatter über die Ausschußverhandlungen sollen sich auf die Wiedergabe des ursprünglich gestellten Antrags und des Beschlusses, der im Ausschuß gefaßt wurde, beschränken, soweit nicht besondere Gründe vorliegen und ein anderes Verfahren verlangt wird. Ich bitte also, bei den Punkten der Tagesordnung, wo von irgendeinem Mitglied des Hauses aus besonderen Gründen eine eingehendere Berichterstattung verlangt wird, sich beim Aufruf des betreffenden Punktes zum Wort zu melden und dementsprechend Antrag zu stellen.

Zunächst rufe ich auf:

Bericht des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten zum Antrag der Abgeordneten Bantele und Genossen, Dr. Fischer, Demeter, Dr. Strosche und Rabenstein betreffend Schaffung einer Zentralstelle zur Bearbeitung von Heimkehrerfragen (Beilagen 1071, 1250)

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Weishäupl; ich erteile ihm das Wort.

Weishäupl (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten behandelte am 24. August 1951 den Antrag der Abgeordneten Bantele und Genossen, Dr. Fischer, Demeter, Dr. Strosche und Rabenstein betreffend Schaffung einer Zentralstelle zur Bearbeitung von Heimkehrerfragen. Der Antrag, den Sie auf Beilage 1071 finden, hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Bereich eines Staatsministeriums eine Stelle zu schaffen, die ausschließlich mit der Bearbeitung aller die Heimkehr betreffenden Fragen betraut wird.

Der Berichterstatter brachte einen Abänderungsantrag ein, dem der Ausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten zustimmte. Dieser Abänderungsantrag, der zugleich den Beschluß des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten darstellt, lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, zu überprüfen, ob die Notwendigkeit besteht, eine Zentralstelle für die Bearbeitung aller die Heimkehr betreffenden Fragen zu errichten.

Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Ich bitte, ihm beizutreten.

(Bravo! bei der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Zu dieser Materie ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Hadasch; ich erteile ihm das Wort.

Hadasch (FDP): Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Der vorliegende Antrag stand schon viermal auf der Tagesordnung und konnte bisher nicht behandelt werden. Leider hat sich in der Zwischenzeit das Heimkehrerproblem nicht gelöst, sondern es besteht weiter. Ich darf vielleicht doch kurz etwas dazu sagen.

Es hat in weitesten Kreisen befremdet, daß diesem ersten Antrag, den sehr viele Kollegen dieses Hauses unterschrieben haben, im Ausschuß sozusagen die Knochen gebrochen worden sind, das heißt, daß Ihnen der Ausschuß jetzt einen Antrag zur Annahme empfiehlt, der eigentlich fast gar nichts sagt. Der erste Antrag war klarer; er lautete:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Bereich eines Staatsministeriums eine Stelle zu schaffen, die ausschließlich mit der Bearbeitung aller die Heimkehr betreffenden Fragen betraut wird.

Der jetzige Antrag heißt:

Die Staatsregierung wird ersucht, zu überprüfen, ob die Notwendigkeit besteht, . . . usw.

Wenn Sie diesen Antrag annehmen, so geschieht in Wirklichkeit gar nichts, sondern es wird dann erst etwas geprüft, was eigentlich schon längst geprüft worden ist.

Ich darf Ihnen, ehe Sie über den Antrag abstimmen, einige Zahlen sagen, damit jeder die Möglichkeit hat, sich über die **Bedeutung des Heimkehrerproblems** an sich klar zu werden. Vom 29. Oktober 1946 bis zum 31. Mai 1951 sind allein in Bayern 222 881 Heimkehrer zurückgekehrt. Dabei sind die Heimkehrer vor dem 29. Oktober 1946 nicht mit erfaßt. Am 31. März dieses Jahres befanden sich noch 11879 Soldaten nachweisbar in Gefangenschaft. 223 036 ehemalige Wehrmachtangehörige und 19 163 Zivilpersonen werden heute noch als vermißt registriert. Von dieser erschreckenden Zahl der Vermißten sind 45,9 Prozent verheiratet und 34 Prozent Väter minderjähriger Kinder. Allein in Bayern werden also über $\frac{1}{2}$ Million Menschen vom Heimkehrerproblem direkt erfaßt und betroffen.

Angesichts dieser Zahlen wird es Ihnen klar sein, daß dieses Problem, das ja ein individuelles ist, nicht von einem Amt und nicht von einer Behörde aus gelöst werden kann, weil es eben Einzelschicksale sind, Hunderttausende von Einzelschicksalen der Heimkehrer, die eine andere Lage vorfinden. Aus diesem Grund ist aus diesen Kreisen heraus eine starke **Heimkehrerorganisation** entstanden, die die Heimkehrerfragen individuell zu lösen versucht. Allein in Bayern bestehen sechs Bezirksverbände des Heimkehrerverbandes mit 130 Kreisvereinen und 780 Ortsvereinen. Es bestehen also allein in Bayern zirka 900 Dienststellen des Heimkehrerverbandes, die die individuelle Betreuung der Heimkehrer durchführen, an die sich der einzelne Kamerad wenden kann und wo er Rat und Hilfe findet. Diese 900 Dienststellen, die bereits ehrenamtlich für den Staat, für die Allgemeinheit arbeiten,

wollen nun einen Kopf haben. Sie wollen in einem Ministerium eine Stelle geschaffen wissen, mit der sie in Verbindung stehen und mit der sie arbeiten können, damit sie nicht wie heute von einem Ministerium zum anderen geschickt werden, weil bis heute noch nicht feststeht, wer die einzelnen Probleme bearbeitet.

Das Erstaunliche ist, daß sich bei der Behandlung im Ausschuß der anwesende Regierungsvertreter positiv für eine **interministerielle Ressortstelle** für Heimkehrerfragen ausgesprochen hat. Der Regierungsvertreter selbst sprach sich also bereits dafür aus, daß eine solche Stelle geschaffen wird. Die Behauptung des Herrn Abgeordneten Weishäupl im Ausschuß, das Landesversorgungsamt habe bereits eine solche Stelle, stimmt nicht ganz; denn das Landesversorgungsamt befaßt sich nur mit einem Teil dieser Probleme, aber nicht mit allen. Es befaßt sich nicht mit der Sicherung des früheren Arbeitsplatzes, nicht mit dem Arbeitsschutz und nicht mit Zuzug und Wohnraumbeschaffung, sondern nur mit den Entlassungsgeldern und der Übergangshilfe. Mit wesentlichen Teilen, die gerade die Heimkehrer besonders brennend interessieren, befaßt sich diese Stelle noch nicht.

Wenn wir die beantragte Stelle schaffen, so entstehen uns keine Mehrkosten. Wir verlangen nicht, daß man etwas hinstellt, wofür die Mittel nicht vorhanden sind, sondern wir verlangen nur den guten Willen, eine Stelle vorzusehen, bei der im Gegenteil die Arbeit verschiedener Ministerien zusammengezogen wird, die also personell sogar Einsparungen bringt und nicht eine Aufblähung des Apparats. Den guten Willen sollten wir diesen Kreisen wirklich zeigen. Das Heimkehrerproblem ist da. Im Ausschuß ist ein nicht gerade schönes Wort gefallen. Man hat dort gesagt: Es gibt Kreise, die wollen den Dauerheimkehrer schaffen. Das ist nicht wahr. Gerade der Heimkehrerverband und die ihm nahestehenden Kreise versuchen alles, um das Heimkehrerproblem möglichst schnell zu lösen. Die Schaffung dieser Dienststelle soll erreichen, daß wir mindestens in ein bis zwei Jahren kein Heimkehrerproblem mehr haben. Heute haben wir es noch und deshalb muß heute etwas geschehen, damit wir es schneller lösen können.

Es werden, wie gesagt, keine Mittel dafür benötigt. Ich darf zum Abschluß nur das eine sagen: Die heute aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Staatsbürger, die Vertreter der Kriegsgeneration, sind die wichtigsten Träger kommenden politischer Entscheidungen. Sie sind die aktivsten Kreise unseres Volkes, die wir nun wieder für die **Demokratie** gewinnen müssen. Diese Menschen kommen aus einer verzweifelten Lage und betrachten alles sehr kritisch, wenn sie jetzt fünf Jahre nach Kriegsende zurückkehren. Die ersten Berührungspunkte, die die Heimkehrer haben, sind die Behörden, die Ämter, die Stellen usw. Deshalb ist es für uns sehr wesentlich, ihnen ihre Lage zu erleichtern und alles zu tun, damit der erste Eindruck, den sie von dem neuen Staat haben, ein günstiger ist;

(Zuruf von der SPD: Sie sind zwei Jahre zu spät daran!)

(Hadasch [FDP])

denn sie sollen ja letztlich **Träger dieses Staates** werden.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag, der ursprünglich gestellt war und den ich jetzt als Abänderungsantrag wieder aufnehme, zuzustimmen, damit wir alles tun, um das Heimkehrerproblem zu lösen, und damit nicht das bittere Wort wahr wird, das einige Heimkehrer geprägt haben, indem sie sagten: Wir sind nicht Spätheimkehrer, sondern wir sind Zu-spätheimkehrer.

(Bravo! in der Mitte und bei der BP)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Fischer.

Dr. Fischer (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß auch ich einige Worte zu dem Problem der Errichtung einer **einheitlichen Zentralstelle** für die Regelung der Heimkehrerfragen spreche! Die Heimkehrer und nicht nur deren offizieller Verband, der Heimkehrerverband, haben seit Jahren den Wunsch geäußert, eine solche einheitliche Stelle zu schaffen. Nicht deshalb, weil den Heimkehrern überhaupt daran gelegen wäre, irgendeine neue Institution ins Leben zu rufen, sondern deshalb, weil sich in den letzten Jahren doch ergeben hat, man komme mit den verschiedenen Stellen, die heute ohne zentrale Leitung die Heimkehrerfragen behandeln, nicht richtig vom Fleck. Es ergeben sich immer wieder Überschneidungen, die bei der Vielheit dieser Stellen und der einschlägigen Fragen nicht zu vermeiden sind.

Die Schwierigkeiten des Heimkehrers und seiner Behandlung liegen doch darin, daß es sich einmal um viele Hunderttausende von Heimkehrern handelt, auch von Spätheimkehrern. Dazu kommen deren Angehörige, dann die vermißten Soldaten und deren Hinterbliebene. Hinzu tritt die **Verschiedenheit der Lebensschicksale** der Heimkehrer und vor allem die lange Dauer der Abwesenheit der einzelnen früheren Soldaten. Aus diesen verschiedenen Gesichtspunkten heraus müssen sich zwangsläufig Schwierigkeiten und Zweifel bei der Behandlung der Heimkehrer ergeben. Ferner ist die **berufliche Verschiedenheit** der Heimkehrer zu berücksichtigen. Wir haben es mit jungen, älteren und alten Leuten, mit Angehörigen der verschiedensten Berufe zu tun. Und alle wollen nun, wenn sie in die Heimat zurückgekehrt sind, auch einheitlich behandelt werden. Sie wollen vor allem nicht erleben, daß sie von einer Stelle so und von der anderen Stelle anders beraten werden. Ich denke hier an Fragen, wie sie mein Herr Vorredner schon angeführt hat, des Zuzugs, der Wohnraumbeschaffung, der Sicherung des früheren Arbeitsplatzes, an das Gesetz gemäß Artikel 131 der Bonner Verfassung, an die Frage der Heimkehreramnestie, die durchaus noch nicht endgültig entschieden ist, obwohl eine Reihe von Gerichtsentscheidungen vorliegen, die für die Heimkehrer günstig sind, an die Frage der Zulassung zu freien Berufen, der Berücksichtigung bei Prüfungen, der Ausbildung und der zeitlichen Einreihung in die Stelle, die der

Heimkehrer hätte, wenn er nicht so lange in Kriegsgefangenschaft gewesen wäre. Lassen Sie mich auf die Ärzte, die Lehrer, die Studierenden, die Referendare verweisen! Zur Regelung aller dafür einschlägigen Fragen ist bis heute eine Reihe von Ministerien und anderen Stellen zuständig, so das Landespersonalamt, das Finanzministerium, das Arbeitsministerium, das Justizministerium und das Innenministerium. Es wäre doch außerordentlich zweckmäßig und würde vor allem auch eine Beruhigung für die Heimkehrer und ihre Angehörigen bedeuten, wenn sie wüßten, daß in Bayern so, wie es auch in anderen Ländern — soweit ich unterrichtet bin — bereits geschehen ist, eine einheitliche zentrale Stelle zur Regelung aller Heimkehrerfragen besteht.

Mit der Schaffung der neuen Stelle, die wir und mit uns — das darf ich wohl sagen — alle Heimkehrer anstreben, soll kein neuer Apparat aufgezogen werden. Das hat mein Herr Vorredner schon ausgeführt. Es sind auch keine neuen Mittel notwendig. Durch sie soll die berufliche und **seelische Eingliederung des Heimkehrers** in die Heimat reibungsloser und mit geringeren Schwierigkeiten vor sich gehen. Ich glaube, wenn wir diesen Gesichtspunkt besonders herausstellen und berücksichtigen, wird es auch Ihnen, meine Damen und Herren, nicht allzuschwer fallen, den ersten Antrag anzunehmen, den wir gestellt haben, der heute als **Abänderungsantrag** vorliegt, und den zweiten Antrag abzulehnen, der nichts anderes bedeutet als eine sehr ungute Verwässerung des ersten Antrags. Ich bin auch der Meinung: Nachdem der vom Ausschuß angenommene verwässerte Antrag bereits vom 24. August datiert, hätte die Regierung bis heute schon Zeit gehabt, sich zu überlegen, ob die Notwendigkeit zur Schaffung einer solchen Stelle besteht. Die Notwendigkeit, mindestens die Zweckmäßigkeit muß bejaht und kann nicht bestritten werden.

Deshalb bitte ich Sie nochmals, die Stelle so, wie sie alle Heimkehrer wünschen und beantragt haben, auch tatsächlich zu genehmigen.

(Beifall bei CSU, BHE und FDP)

Präsident Dr. Hundhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Bantele.

Bantele (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte für den ersten Antrag sprechen. Er findet seine Begründung in der Not, die in hunderten Klagen an uns herangetragen wird. Seine Formulierung hat er in eingehenden Besprechungen erfahren, bei denen sich die Herren Vertreter aller Fraktionen einmütig zu ihr bekannt haben. Was mich veranlaßt, jetzt um Ihre Stimme für den ersten Antrag zu bitten, ist die Tatsache, daß wir den Heimkehrern das **Gefühl** nehmen müssen, als ob sie vergessen seien und im **Status der Rechtlosigkeit** leben. Es ist nicht schön, wenn ein Mann, der vier oder fünf Jahre in Rußland dieses Elend mitgemacht hat, nun daheim von Dienststelle zu Dienststelle herumgereicht wird und nirgends Erhörung für seine Not findet. Ich erwähne nur ein Beispiel: Eine Stadt hat es zuwege

(Bantele [BP])

gebracht, einem schwerkriegsbeschädigten Assessor vorsorglich zu bestreiten, daß er überhaupt Soldat und in Kriegsgefangenschaft war, nur um die Entscheidung hinauszuziehen, ob sie ihn, den sie im Jahre 1939 angestellt hatte, wieder einstellen soll.

(Abg. Dr. Keller: Wer war denn das?)

So geht das. Der Heimkehrer muß das Gefühl haben, daß er **vergessen** ist.

(Abg. Dr. Keller: Wer war denn das?)

— Das können Sie im Heimkehrerblatt genau nachlesen.

Ich möchte nicht viele Worte machen, sondern nur ein Wort des Innenministers von Nordrhein-Westfalen zitieren. Der Herr Präsident möge mir gestatten, einige Zeilen vorzulesen. — Sie lauten:

„Die moralische Verpflichtung eines jeden von uns, den Heimkehrern zu helfen, darf sich nicht auf eine Äußerung des Mitgefühls beschränken. Wir müssen vielmehr tatkräftig zugreifen, um diesen durch das Schicksal hart angefaßten Männern und Frauen das Einleben und Einfügen in geordnete Lebensverhältnisse wieder zu ermöglichen. Ich erwarte daher, daß die Spätheimkehrer

— um die handelt es sich auch bei uns —

mit ihren Wünschen und Anliegen **bevorzugt** behandelt werden und ihnen unverzüglich mit Rat und Tat geholfen wird.“

Der Erlaß schließt mit der Aufforderung, auch in den Gemeinden usw. so zu verfahren.

Wenn ich eine Bitte aussprechen darf: Meine Damen und Herren, verfahren Sie ebenso! Sie vollbringen eine demokratische Tat. Denn gerade die **Spätheimkehrer** sind **politisch anfällig**. Wenn wir sie weiter vernachlässigen, tragen wir stark dazu bei, sie dem Radikalismus in die Arme zu treiben. Ich bitte um die Annahme unseres ersten Antrags.

(Beifall bei der BP)

Präsident Dr. Hundhammer: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Strosche.

Dr. Strosche (BHE): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte eingangs feststellen, daß ich eigentlich sehr erstaunt war, als ich sah, wie ein Antrag, der über alle Fraktionen hinweg und vor allem aus jenem Personenkreis entstanden ist, der sich aus Heimkehrern, also Schicksalsgefährten, zusammensetzt, im Ausschuß in eine derartig „verwässerte“ Form umgebogen wurde, daß es nun im Ausschußantrag heißt: „... zu überprüfen, ob die Notwendigkeit besteht.“ Ich möchte nur wiederholen, was schon gesagt wurde: Daß eine **Notwendigkeit** besteht, das haben die vielen Hunderte und Tausende von Heimkehrern, insbesondere die Spätheimkehrer, tatsächlich festgestellt. Wenn diese Notwendigkeit nicht bestanden hätte, hätten sie sich wohl nicht in ihrem unpolitischen Verband zusammenschließen, an die Sprecher der politischen

Parteien herantreten und diese auf eben diese Notwendigkeit hinweisen müssen.

(Abg. Dr. Keller: So ist es!)

Im übrigen müssen wir uns darüber klar sein, daß der Kreis der Heimkehrer, insbesondere der Spätheimkehrer, zweifellos ein über alle Parteien hinweggreifender Kreis ist, daß seine Nöte und Sorgen zwar ein zeitbedingtes Problem darstellen, aber immerhin ein Problem, dessen Lösung nicht nur sozial-, sondern auch — wie schon angedeutet wurde — staatspolitisch für die Zukunft und den **Aufbau unserer Demokratie** äußerst wichtig ist. Wir sind der Meinung, daß — genau wie auf dem Sektor der Heimatverjagten — auch auf diesem Sektor einer Not- und Übergangszeit gewisse Not- und Übergangslösungen, meinetwegen Ausnahmelösungen, sowohl legislativer wie exekutiver Art erforderlich sind. Hier ist eine solche, geboren aus der Erkenntnis heraus, daß es notwendig ist, eine solche Stelle zu schaffen, nicht um eine neue Organisation aufzuziehen, nicht um vielleicht dem Staat irgendwelche Mehrausgaben aufzubürden, sondern um die Bewältigung der diesen Kreis betreffenden Probleme schneller, übersichtlicher und organisatorisch besser zu gestalten. Deshalb ist es notwendig — und ich darf mich dem Chor der Bittsteller anschließen, die vor mir gesprochen haben —, auf den **ursprünglichen** Antrag zurückzugreifen, um letztlich diesen Personenkreis, den wir vor dem Gefühl des Entrechtetseins und eines unsinnigen Opfers bewahren müssen, das er zweifellos für uns gebracht hat, in unseren jungen Staat einzubauen und ihm das Gefühl zu geben, daß wir ihm auch mit der kleinsten Maßnahme die Achtung zollen, die ihm gebührt, weil er **für uns alle** große Opfer gebracht hat.

(Beifall)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Abgeordnete Weishäupl.

Weishäupl (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mir lediglich erlauben, einige Meinungen auszuräumen, die hinter dem veränderten Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses vermutet werden.

Es ist bei weitem nicht so, als wollte der sozialpolitische Ausschuß die Wünsche der Heimkehrer nicht berücksichtigen lassen. Der Antrag des Herrn Abgeordneten Bantele und Genossen war aber davon ausgegangen, daß vermutlich keine Heimkehrerstelle besteht. Tatsache ist, daß im Zuge der Durchführung des Heimkehrergesetzes, eines Bundesgesetzes, im Bereich des Landesversorgungsamts **Bayern eine zentrale Heimkehrerstelle** errichtet ist,

(Abg. Bantele: Ohne Kompetenz!)

die zur Zeit mit einem Referenten, zwei Regierungsinspektoren und Schreibkräften besetzt ist. Den sachlichen Bedenken des Herr Kollegen Bantele ist entgegenzuhalten: Wenn heute ein Flüchtling eine Wohnung will, dann bleibt es ihm nicht erspart, zum Wohnungsamt zu gehen, obwohl im Innenministerium ein gesonderter Sektor der Flüchtlinge vorhanden ist. Wenn der Flüchtling

(Weishäupl [SPD])

oder der Kriegsbeschädigte einen Arbeitsplatz vermittelt erhalten will, dann bleibt es ihm nicht erspart, beim Arbeitsamt nachzusuchen, sich registrieren und den Arbeitsplatz auch vermitteln zu lassen. Ich ließ mir jedenfalls berichten, daß die Beschwerden der Heimkehrer bei weitem nicht so groß sind, wie sie geschildert wurden. Mir gab immerhin der Referent im **Landesversorgungsamt** die Auskunft, daß eine sehr enge und gute Zusammenarbeit mit allen staatlichen und kommunalen Verwaltungen hergestellt worden ist.

Der letzte Redner hat davon gesprochen, daß die Errichtung dieser Stelle der besondere Wunsch der Heimkehrerorganisation sei. Nichts zu sagen gegen diese Heimkehrerorganisation; wenn aber behauptet wird, sie sei unpolitisch, dann gestatte ich mir — mit Zustimmung des Herrn Präsidenten — doch einige Auszüge aus Protokollen und Berichten zu verlesen, die die Tendenz des **Vorsitzenden dieses Heimkehrerverbandes** — nichts gegen die Mitglieder dieses Heimkehrerverbandes und seine Organe! — klar erkennen lassen. Ein früherer Staatssekretär im bayerischen Ministerium hat in einer Aktennotiz über Ausführungen dieses Vorsitzenden unter anderem folgendes niedergelegt:

(Zuruf: Welcher Staatssekretär?)

— Es handelt sich um Herrn Staatssekretär Dr. Grieser. Die Aktennotiz ist vom 21. August 1950 und wurde anlässlich einer Veranstaltung in Landshut niedergelegt. Sie gibt sehr zu denken. Es heißt da unter anderem:

„Der zweite Teil seiner Ausführungen — gemeint ist Fischer — war eine Hetzrede. Er lobte die Kraft und Dynamik des Ostens, warf dem Westen Schwäche, Unfähigkeit und Untätigkeit vor, verunglimpfte die Parlamente und die Parteien und warf die Frage auf, ob nicht die Heimkehrer eine eigene Partei gründen müßten.“

Mir liegt auch ein Protokoll über die Landestagung dieser Heimkehrerorganisation vor — unter anderem sind die Namen genannt: Haußleiter von der Deutschen Gemeinschaft, Generaloberst Gräbe, Herr Nehring, der Herausgeber des „Scheinwerfers“ usw. —, in dem es beispielsweise heißt:

„Zusammenfassend — so führte damals Fischer aus — möchte ich Ihnen sagen: Verzichtet auf den Bayerischen Landtag, geht aber in die Gemeinde- und Kreisvertretungen und macht von da aus gleich den Sprung in den Bundestag. Daß wir einer neuen Partei nahestehen, werden wir selbstverständlich erst in letzter Stunde vor den Wahlen bekanntgeben. Eine Form hierfür wird sich finden.“

Ich darf vielleicht auch noch auszugsweise auf den Bericht der „Neuen Zeitung“ anlässlich der Gesamtagung hinweisen, die in Bonn stattgefunden hat:

„Dann kam eine Rede des neuen Vorsitzenden des Heimkehrerverbandes August Fischer, in der die Forderungen der Heimkehrer formu-

liert wurden. Fischer formulierte sie so und verband sie mit solch ausgesprochen demagogischen Angriffen auf die parlamentarische Demokratie, daß ein Gedankensprung zu Goebbels-Kundgebungen mehr als naheliegen mußte. Auch das ist eine Feststellung,

— so schreibt die Zeitung —

die alle an dieser Veranstaltung beteiligten parlamentarischen Kreise einhellig getroffen haben.“

Insoferne möchte ich die Ausführungen eines der Herren Vorredner widerlegen, daß diese Vereinigung bezüglich der Person Fischers unpolitisch sei.

(Abg. Bantele: Das ist sie, genau wie der VdK!)

— Der VdK ist unpolitisch. Das kann ich beweisen, weil sich die Vorstände ganz anders zusammensetzen. Ihr Herr Bundestagsabgeordneter Panzinger oder der Herr Abgeordnete von Bamberg Dr. Etzel sind hervorragende Mitglieder unserer Organisation. Hervorragende Funktionäre aller politischen Parteien sind paritätisch an unseren Vorständen beteiligt. Das kann ich Ihnen versichern, und dafür garantieren schon die aktiven Kräfte. Die Heimkehrer sind im großen und ganzen mit der jetzigen Lösung innerhalb des Landesversorgungsamtes zufrieden.

(Abg. Bantele: Nein!)

Da aber auch im sozialpolitischen Ausschuß gewisse Bedenken über die Art der Organisation in diesem Landesversorgungsamt zum Ausdruck gekommen sind, haben wir sehr wohl eingesehen, daß es zweckmäßig wäre, die Organisation der vorhandenen Zentralstelle daraufhin zu überprüfen, ob sie die ihr gestellten Aufgaben lösen kann. Jedenfalls möchte ich feststellen — ich glaube, das auch im Sinne der Mitglieder des sozialpolitischen Ausschusses zu tun —, daß Sie uns den Vorwurf eines verwässerten Abänderungsantrags ersparen können. Es war unser guter Wille, das Beste zu tun. Das geht auch aus den Ausführungen Ihres Herrn Fraktionskollegen Nerlinger hervor, der wörtlich gesagt hat, daß mit dieser Zentralstelle praktisch nichts erreicht werden würde. Sie würde nur die Verwaltung vergrößern, und die Heimkehrer würden praktisch doch keine Arbeitsplätze erhalten, weil dafür nun einmal die **Arbeitsverwaltung** mit den Einrichtungen der Arbeitsämter zuständig ist. Ich sehe nicht ein, warum man dem Wunsch des sozialpolitischen Ausschusses hier nicht stattgeben soll. Wenn Sie eine solche Zentralstelle schaffen wollen, dann müssen Sie diese auch den Kriegsbeschädigten und anderen Interessentengruppen zugestehen.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Lippert.

Dr. Lippert (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich als stellvertretender Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses ein paar Bemerkungen zu der Frage mache. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, als hätte der sozialpolitische Ausschuß die Lage der Heimkehrer und insbesondere die der Spätheim-

(Dr. Lippert [BP])

kehrer verkannt, wie es vielleicht da und dort die Darstellungen vermuten lassen. Wir waren genau unterrichtet über die beweglichen Klagen der Heimkehrer. Uns hat aber folgende Überlegung geleitet: Soll tatsächlich bei dem an sich schon großen Apparat neuerdings wieder eine Stelle geschaffen werden? Wir haben die Erwartung ausgesprochen, daß der bestehende Verwaltungsapparat in der Lage sei, die Angelegenheit mit zu übernehmen. Es ist allerdings bedauerlich, daß es die Regierung bis heute verabsäumt hat, dies durch die Tat zu beweisen. Wäre das geschehen, dann hätten wir bei dem Antrag zur Tagesordnung übergehen können. Heute stehe ich allerdings auf dem Standpunkt, daß wir dem ersten Antrag tatsächlich den Vorzug geben müssen, weil es in der Zwischenzeit so kam, wie wir es nicht wünschten. Nach wie vor hege ich die Hoffnung, es werde und müsse gelingen, innerhalb der bestehenden Verwaltung **Sonderabteilungen** einzurichten, so daß man dem ersten Antrag zustimmen könnte, ohne damit eine neue Stelle zu schaffen.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt Herr Abgeordneter Hadasch.

Hadasch (FDP): Meine Damen und Herren! Die Rede, die Herr Kollege Weißhäupl hier gehalten hat, war ungeheuer aufschlußreich; denn bisher zählte er immerhin zu den Vorsichtigen, die selten irgendwie so deutlich Farbe bekannt haben, wie er es jetzt getan hat. Er hat die Tribüne des Hohen Hauses benutzt, um Angriffe gegen den Heimkehrerverband und dessen ersten Vorsitzenden zu starten, gegen die ich mich auf das entschiedenste verwahren möchte.

(Sehr richtig! bei der BP)

Ich darf Ihnen das eine sagen: Sie haben den Hauptvorwurf nicht erwähnt, Herr Abgeordneter Weißhäupl, nämlich den, daß der **Heimkehrerverband** noch nicht von dem überparteilichen **VdK** geschluckt worden ist. Das ist das einzige! Es ist mir ein Rätsel, wie jemand, der so im Glashauss sitzt, mit Steinen werfen und von Überparteilichkeit eines Verbandes sprechen kann.

(Abg. Dr. Strosche: Bravo!)

Der erste Vorsitzende des Heimkehrerverbandes, Herr August Fischer, hat vor einigen Monaten oder Wochen im Bundeshaus in Bonn seine proklamatorische Rede für den Heimkehrerverband gehalten, und zwar unter dem Beifall auch der führenden Kreise der SPD. In der ersten Reihe saß Herr **Vizepräsident Carlo Schmid**. Dort hat er gezeigt, wie sehr es ihm politisch am Herzen liegt, **diese Generation für die Demokratie** zu gewinnen. Wir können keinen größeren Fehler begehen, als den Holzhammer aus der Schublade zu holen und alle Heimkehrer **gewissermaßen als Neofaschisten** zu bezeichnen und sie so vor den Kopf zu stoßen. Das ist eine falsche Rechnung.

(Erregte Zurufe von der SPD)

Diese Rechnung geht nicht auf. Es ist doch unmöglich, ein solches Problem dadurch lösen zu wollen, daß man aus irgendwelchen Quellen drei bis vier Sätze eines Mannes zitiert, die er im Laufe von zwei Jahren vielleicht irgendwo einmal gesprochen hat und die **sinnentstellend** sein müssen. So etwas kann man nicht als Argumente heranziehen. Man müßte doch dem Heimkehrerverband auch etwas Positives gegenüberstellen. Wenn man das tut, Herr Abgeordneter Weißhäupl, dann hätten Sie eines nicht vergessen dürfen: Sie hätten sagen müssen, wie viele positive Kräfte im Heimkehrerverband stecken, wie sich Hunderte und Tausende von uns im Heimkehrerverband bemühen, in den Kreisen der Heimkehrer für die Demokratie zu werben und zu arbeiten und wie tatsächlich ein **überparteiliches Gremium** entstanden ist, in dem Kollegen aller Parteien, die hier vertreten sind, aktiv sind. Ich darf Ihnen noch eines sagen: Auch die SPD hat vor der Wahl 30 Kandidatenstellen dem Heimkehrerverband zur Verfügung gestellt. Die SPD hat damals erklärt: Bitte sehr, auch von der SPD die größte Zahl der Kandidatenstellen für den Heimkehrerverband! Dann aber kann man heute nicht mehr in dieser Form argumentieren.

(Abg. Haas: Sie wollen keine Verwaltung, sondern Geld haben!)

— Halten Sie die Heimkehrer nicht für so materialistisch, daß sie nur Geld haben wollen. Dadurch unterscheiden sie sich Gott sei Dank von sehr vielen anderen Kreisen. Sie wollen nicht nur Geld haben.

(Abg. Dr. Keller: Bravo!)

Alles läßt sich nicht für Geld machen. Ihr (zur SPD) rechnet ununterbrochen in kapitalistischen Zahlen; es gibt aber auch **Werte**, die nicht mit Geld zu bezahlen sind, und um die geht es in erster Linie den Heimkehrern.

(Weitere erregte Zurufe von der SPD)

Herr Abgeordneter Weißhäupl hat weiter gesagt, diese Stelle sei im Heimkehrergesetz vorgesehen. Dazu darf ich Ihnen erklären, daß das **Heimkehrergesetz** überhaupt nicht von einer Behörde durchzuführen gewesen wäre. In der Praxis ist es nur von diesen 900 Dienststellen des Heimkehrerverbandes durchgeführt worden, die sich draußen um den Einzelnen gekümmert haben und die, wie ich vorhin schon sagte, für den Staat, für die Behörden und für die Allgemeinheit Unerhörtes leisteten. Diese 900 Dienststellen, die nicht um Geld, sondern ehrenamtlich und aus Idealismus draußen für die Heimkehrer arbeiteten, wollen nun einen Kopf haben, und zwar, wenn ich das ganz offen sagen darf, einen Kopf in einer Ministerialbürokratie, die ihnen etwas mehr Verständnis entgegenbringt wie jener Herr, den Sie vorhin zitierten. Ein Staatssekretär, der gegen einen Verband so voreingenommen ist, wie es aus dem von Ihnen vorhin geschilderten Zitat hervorgeht, wird keine fruchtbare Arbeit leisten können.

(Abg. Haas: Sie haben ihn nicht gekannt!)

— Ich kenne die Dinge schon!

(Erneuter Widerspruch von der SPD)

(Hadasch [FDP])

Es mag Ihnen vielleicht peinlich sein, daß ich die Dinge zu genau kenne. Heute kommt — —

(Abg. Kiene: Sie kennen ihn nicht!)

— Ich kenne ihn! Aber es kommt heute darauf an, daß eine Stelle geschaffen wird — und gerade darauf sollte der Landtag achten —, an deren Spitze ein Mann steht — —

(Zurufe von der SPD: Hadasch!)

— Ich falle aus! Sie brauchen keine Angst zu haben; ich gehe nicht in die Bürokratie. Mir gefällt es in der Legislative viel zu gut. Wir brauchen aber einen Mann, den wir nur mit einem auszustatten haben: Er muß den guten Willen haben und den Geist, das Heimkehrerproblem möglichst bald zu lösen.

Ich bitte Sie, schaffen Sie eine Stelle, durch die das Problem gelöst wird!

(Beifall bei der FDP und BP)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt Herr Abgeordneter Dr. Fischer.

Dr. Fischer (CSU): Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, man kann diese Angelegenheit durchaus in Ruhe lösen. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß jeder Angehörige dieses Parlaments den **Heimkehrern helfen** will. Jeder ist bestrebt, von seinem Standpunkt aus das Beste zu tun. Es wäre verfehlt, irgend jemandem oder gar einer ganzen Partei dieses Bestreben und den guten Willen abzuspochen. Auch ich bedauere einen Teil der Ausführungen des Herrn Kollegen Weishäupl. Ich glaube, es wäre besser gewesen, er hätte sich auf die sachliche Frage an sich beschränkt und nicht irgendwelche Personen hereingezogen. Ich kenne Herrn August Fischer schon einige Zeit und bin genau informiert. Als der Heimkehrerverband gegründet wurde, ging es manchmal — ich war oft in solchen Versammlungen — ziemlich stürmisch zu. Es wurden manchmal geradezu unerfüllbare Forderungen gestellt. Wir haben uns aber immer wieder in die Versammlungen begeben und allmählich erreicht, daß ein durchaus sachlicher Ton zutage trat, dem man zustimmen konnte.

Vor ungefähr zehn Tagen hatte ich Gelegenheit, den heute schon verschiedentlich zitierten Herrn August Fischer in Regensburg vor einer großen Heimkehrerversammlung sprechen zu hören. Es waren schätzungsweise tausend Menschen anwesend. Ich habe sofort zu den Herren aus allen Parteien, die um mich waren, gesagt: Das war eine staatspolitisch durchaus wertvolle, **staatserhaltende Ansprache**. Ich glaube, es hat keinen Sinn, die rein sachliche Frage, ob die Zentralstelle errichtet werden soll, nun mit irgendwelchen Animositäten, deren Ursachen ich nicht untersuchen will, gegenüber einer Person zu verquicken. Ich weiß auch, daß Herr Kollege Weishäupl bestimmt nichts dagegen hat, wenn den Heimkehrern genau so geholfen wird wie den Kriegsbeschädigten, die unserer Hilfe ebenso bedürfen.

Es wurde gesagt, daß eine Stelle beim **Landesversorgungsamt** in München die Betreuung habe. Ich bitte aber zu bedenken, daß es sich nicht um eine obere oder oberste Stelle handelt. Es fehlen ihr die **Befugnisse**, die einer ministeriellen Stelle ohne weiteres zugestanden würden. Ich bezweifle, ob diese Stelle beim Landesversorgungsamt in der Lage ist, alle Fragen richtig so zu koordinieren, wie es unbedingt notwendig wäre. Der Herr stellvertretende Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses hat offenbar bei der entscheidenden Beratung des Ausschusses auch für den zweiten Antrag gestimmt, heute aber auf Grund der Debatte erklärt, er sei nunmehr auch dafür, zum ersten Antrag zurückzukehren, der als Abänderungsantrag eingebracht wurde, da die Mängel bis heute nicht behoben sind, Mängel, die auch vom Herrn Kollegen Weishäupl nicht bestritten werden.

Ich bitte Sie, nicht nur im Namen des Heimkehrerverbandes, sondern auch im Namen der Heimkehrer und deren Angehörigen, diesem Abänderungsantrag zuzustimmen. Sie vergeben sich damit nichts, Sie belasten den Staat mit nichts. Der **Antrag ist ein Zeichen unserer Verbundenheit mit den Heimkehrern.**

(Beifall)

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weishäupl.

Weishäupl (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur die Erklärung abgeben, daß ich, wie sicherlich auch aus dem Protokoll festgestellt werden kann, mit keinem Wort etwas gegen die Heimkehrer oder gegen irgendwelche Mitarbeiter im Heimkehrerverband gesagt habe. Ich habe nur deshalb, weil von einem unpolitischen Verband gesprochen wurde, mir erlaubt, das zu zitieren, was aus Protokollen und Berichten hervorgeht. Ich glaube, das muß mir von allen Mitgliedern dieses Hohen Hauses bestätigt werden.

(Abg. Dr. Baumgartner: Woher haben Sie die Protokolle?)

— Herr Kollege Dr. Baumgartner, ich gebe Ihnen gerne die Möglichkeit, diese Protokolle einzusehen. Sie können sich davon überzeugen, daß sie echt sind.

Aber, meine Kollegen und Kolleginnen, es geht doch darum: Ist den Heimkehrern damit geholfen, wenn eine Zentralstelle geschaffen wird, ohne einen Pfennig Geld mehr auszugeben? Ich behaupte, daß es in der Praxis auf Grund der sachlichen Gliederung der Verwaltungsbehörden überhaupt nicht möglich ist, von einer obersten **Zentralstelle** aus alle diese Fragen, die einen Menschen im sozialen Sektor betreffen, zu lösen. Aus diesem Grunde haben wir so abgestimmt. Ich glaube, der einzige Redner, der uns richtig verstanden hat, war der Herr Kollege Dr. Lippert. Er muß auch zugeben, daß im sozialpolitischen Ausschuss diese Probleme von uns sehr ernsthaft überlegt wurden und daß wir uns darüber klar waren, daß eine **Überprüfung des jetzigen Zustandes** stattfinden muß, weil vermutet werden kann, daß die jetzige Organisation

(Weishäupl [SPD])

nicht ausreicht. Aber alle diese Probleme in einer Zentralstelle zusammenzufassen, wird sicherlich nicht gelingen.

Im übrigen darf ich Herrn Kollegen Hadasch erwidern, ich kann den Herrn Staatssekretär Krehle als Zeugen dafür anrufen, daß gerade der Verband, der hier mit zu Unrecht angegriffen wurde, nämlich der **VdK**, deshalb, weil der Heimkehrerverband ursprünglich infolge der Konkurrenz des Herrn Blatt auf sehr schwachen Füßen gestanden hatte, wie Sie wissen, die **Heimkehrerhilfe** im Auftrag des bayerischen Arbeitsministeriums nicht nur durchgeführt, sondern auch mitfinanziert hat. Es sind also rein soziale und sachliche Erwägungen, die uns dazu gebracht haben, im sozialpolitischen Ausschuß einen Abänderungsantrag anzunehmen.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Stock.

Stock (SPD): Meine Damen und Herren! Ich will mich nicht in diesen Streit der Meinungen irgendwie einmengen. Als Parlamentarier aber verstehe ich das eine nicht: Im sozialpolitischen Ausschuß wurde ein Antrag abgeändert, und dieser Abänderungsantrag wurde dann einstimmig angenommen. Der Herr Präsident hat eingangs gesagt, daß die Anträge, die in den Ausschüssen einstimmige Annahme gefunden haben, schnell über die Bühne gehen sollen. Nun diskutieren wir hier über einen **einstimmig gefaßten Ausschußbeschuß schon über eine Stunde**. Glauben Sie, daß das eine Vereinfachung unserer parlamentarischen Arbeit ist? Glauben Sie, daß Sie mit Ihrer Arbeit hier im Landtag fertig werden, wenn Sie sich im Ausschuß nicht so klar äußern, daß ein Antrag im Plenum wirklich schnell über die Bühne laufen kann? Ich habe nichts dagegen, aber ich glaube, Sie haben schon sehr oft in der Zeitung gelesen, was draußen im Land darüber gesagt wird.

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort hat Herr Staatssekretär Krehle.

Krehle, Staatssekretär: Herr Präsident, Hohes Haus! Es ist nicht so, daß bisher für die Heimkehrer nichts geschehen wäre. Wir haben im **Landesversorgungsamt** eine derartige **Zentralstelle**. Wir haben auch draußen bei den Versorgungsämtern Stellen, die sich der Heimkehrer annehmen. Aber die Zentralstelle beim Landesversorgungsamt und die Stellen bei den Versorgungsämtern können natürlich, wie Herr Abgeordneter Weishäupl mit Recht festgestellt hat, den Wohnungsämtern und den anderen Verwaltungsstellen nichts dreinreden. Sie können den Heimkehrern nur helfen, soweit ihnen durch das **Heimkehrergesetz** dazu die Möglichkeit gegeben ist, also in Bezug auf das Entlassungsgeld und die Bekleidung. Unsere Versorgungsämter haben ferner sehr enge **Verbindungen zu den Arbeitsämtern**. Es ist uns immerhin gelungen, den größten Teil der Heimkehrer auch in Brot und Arbeit zu brin-

gen. Ich gebe zu, daß heute noch etwas über 8000 Heimkehrer ohne Brot und Arbeit sind. Das ist nicht darauf zurückzuführen, daß es sich um Heimkehrer handelt, sondern auf die allgemeine Arbeitsmarktlage. Wir sind durchaus bereit, in unserer Verwaltung zu überprüfen, ob eine Möglichkeit besteht, den Heimkehrern in noch einfacherer und besserer Form zu helfen. Ich glaube aber auch, daß Sie mit der Schaffung einer neuen Spitzenstelle gar nichts erreichen. Ich würde Ihnen vorschlagen: **Beauftragen Sie die Staatsregierung, die heute vorhandene Organisation zu überprüfen und nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß die Betreuung der Heimkehrer in noch besserer Form erfolgt!**

Ich will mich nicht in den Streit einmischen, ob der Heimkehrerverband politisch oder unpolitisch ist. Ich weiß nur aus meiner Tätigkeit als bayerischer Arbeitsminister, daß wir am Anfang mit den Heimkehrerorganisationen sehr schwer zurecht gekommen sind. Ich brauche nur an den Namen Blatt zu erinnern. Ich glaube, mein früherer Staatssekretär Dr. Grieser ist über jeden Vorwurf erhaben, daß er nicht alles getan hätte, um den Heimkehrern zu helfen.

(Starker Beifall)

Aber ich stelle bei dieser Gelegenheit fest, Herr Staatssekretär Dr. Grieser hat nicht nur die Veranstaltung in Landshut, sondern auch diejenige in Rosenheim, auf der Herr August Fischer gesprochen hat, zusammen mit dem dortigen Bürgermeister verlassen, weil dieser in unflätigster Weise die Staatsregierung angegriffen hat.

(Hört, hört! links)

Präsident Dr. Hundhammer: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Dr. Ehard, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich darf mir eine kurze Bemerkung erlauben. Es ist gegenüber dem Herrn Staatssekretär Dr. Grieser eine sehr schöne Bemerkung gefallen, und zwar in dem Sinn, als wäre das ein Mann, der kein soziales Verständnis hätte und nicht etwa für die Heimkehrer alles getan hätte.

(Abg. Dr. Franke: Das ist der Dank für sein ganzes Leben!)

Ich halte mich für verpflichtet, meine sehr verehrten Damen und Herren, für Herrn Staatssekretär Grieser hier eine **Ehrenerklärung** abzugeben.

(Lebhafter Beifall bei CSU und SPD)

Ich glaube, kein Wort zu viel zu sagen, wenn ich behaupte: Suchen Sie noch einmal einen solchen Mann, der ein ganzes Leben für die soziale Aufgabe geopfert hat.

(Zustimmung vor allem bei der CSU)

der mit einem unerhörten Verständnis, mit einer unerhörten Erfahrung, aber auch mit dem Herzen für diese Sache eingetreten ist bis in sein höchstes Lebensalter!

(Sehr gut! bei der CSU)

(Dr. Ehard, Ministerpräsident)

Ich glaube, einem solchen Mann müßte man nicht nur dankbar sein, sondern es würde keinem schaden, ihm nachzueifern.

(Starker Beifall bei CSU und SPD. —
Abg. Stock: Unerhört, so etwas!)

Präsident Dr. Hundhammer: Wir kommen zur Abstimmung.

(Zuruf des Abgeordneten Hadasch)

— Wir sind in der Abstimmung, Herr Abgeordneter; Sie hätten sich vorher zu Wort melden müssen.

(Abg. Hadasch: Zur Abstimmung!)

— Zur Abstimmung, bitte!

Hadasch (FDP): Ich stelle den Antrag, den ursprünglichen Antrag, der auf Beilage 1071 abgedruckt ist, zur Abstimmung zu stellen, und beantrage namentliche Abstimmung.

(Zurufe)

Präsident Dr. Hundhammer: Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich frage, wer diesen Antrag unterstützt. — Es sind mehr als 30 Abgeordnete; die **Abstimmung** erfolgt **namentlich**.

(Abg. Haas: Wo soll der Landtag hinkommen, wenn es so weitergeht! Dann beantragen wir in Zukunft über alle Anträge namentliche Abstimmung. So ein Theater! — Weitere Zurufe und Unruhe)

— Hohes Haus! Ich bitte, Ruhe und Aufmerksamkeit zu bewahren und nicht die Arbeit noch mehr zu verzögern.

Wir kommen zur Abstimmung. Dabei liegt zugrunde der Antrag auf Beilage 1250, also der **Ausschußantrag**. Es wird abgestimmt mit Ja, Nein oder „Ich enthalte mich“. Sollte der Ausschußantrag abgelehnt werden, dann ist darüber zu befinden, ob damit der Antrag auf Beilage 1071 angenommen ist. — Es wird so verfahren.

Wer dem Antrag auf Beilage 1250 — das ist der vom Ausschuß einstimmig empfohlene Antrag — zustimmt, gibt die blaue Karte mit Ja ab; wer dagegen, also für den ursprünglichen Antrag auf Beilage 1071 stimmen will, gibt die rote Karte mit Nein ab; im übrigen ist für Enthaltungen die weiße Karte zu verwenden.

Die Abstimmung beginnt. —

(Abg. Meixner: Zur Abstimmung!)

— Die Abstimmung ist schon im Gang.

(Abg. Meixner: Es ist aber doch nur beantragt, über den ersten Antrag namentlich abzustimmen! — Abg. Stock: Nein, über den Ausschußantrag muß abgestimmt werden!)

— Wir befinden uns bereits in der Abstimmung. —

(Folgt Namensaufruf)

Das Alphabet wird wiederholt. —

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Sitzung wird zur Feststellung des Ergebnisses auf wenige Minuten unterbrochen.

(Die Sitzung wird von 16 Uhr 55 Minuten bis 17 Uhr unterbrochen)

Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

An der Abstimmung haben sich 178 Mitglieder des Landtags beteiligt. Davon haben mit Ja 99, mit Nein 76 Abgeordnete gestimmt; enthalten haben sich 3 Abgeordnete*).

Mit **Ja** stimmten die Abgeordneten: Dr. Anker-müller, Bachmann Georg, Bachmann Wilhelm, Bauer Hannsheinz, Baumeister, Baur Anton, Beier, Bitom, Bittinger, Dietl, Donsberger, Drechsel, Eberhard, Eder, Dr. Ehard, Eichelbrönnner, Elsen, Elzer, Euerl, von Feury, Förster, von und zu Franckenstein, Dr. Dr. Franke, Frenzel, Gabert, Geiger, Göttler, Gräßler, Greib, Dr. Gromer, Günzl, Dr. Guthsmuths, Haas, Hagen Georg, von Haniel-Niethammer, Hauße, Heigl, Hettrich, Hillebrand, Högn, Dr. Höegner, Hofmann Engelbert, Huber, Dr. Dr. Hundhammer, Junker, Karl, Kiene, von Knoeringen, Körner, Kramer, Kraus, Krehle, Krüger, Kunath, Kurz, Dr. Lacherbauer, Laumer, Lindig, Loos, Lutz, Maag, Meixner, Michel, Mittich, Müller Christian, Nagengast, Narr, Op den Orth, Ospald, Pfeffer, Piechl, Piehler, Piper, Pittroff, Prandl, Priller, Dr. von Prittwitz und Gaffron, Röhl, Ritter von Rudolph, Scherber, Dr. Schlögl, Schmid, Dr. Schubert, Sebald, Sichler, Sittig, Stock, Strenkert, Strobl, Thanbichler, Thieme, Walch, Weishäupl, Wimmer, Wölfel, Wolf Franz, Dr. Zdralek, Zehner, Zillibiller.

Mit **Nein** stimmten die Abgeordneten: Bantele, Bauer Georg (BHE), Bauer Georg (BP), Dr. Baumgartner, Dr. Becher, Bezold, Bielmeier, Dotzauer, Dr. Eberhardt, Dr. Eckhardt, Eisenmann, Engel, Ernst, Falk, Dr. Fischbacher, Dr. Fischer, Frank, Freundl, Frühwald, Gärtner, Gaßner, Gegenwarth, Dr. Geislhöringer, Dr. Haas, Hadasch, Haisch, Haußleiter, Helmerich, Höllerer, Dr. Jüngling, Dr. Keller, Kerber, Klammt, Klotz, Knott, Köhler, Dr. Kolarczyk, Dr. Korff, Lallinger, Lang, Lanzinger, Lechner Hans, Lechner Johann, Dr. Lenz, Dr. Lippert, Dr. Malluche, Mergler, Ortloph, Ostermeier, Puls, Rabenstein, Dr. Raß, Reichl, Riediger, Roßmann, Saukel, Dr. Schedl, Dr. Schier, Schmidramsl, Dr. Schönecker, Schreiner, Schuster, Dr. Schweiger, Seibert, Simmel, Dr. Soenning, Stain, Sterzer, Dr. Strosche, Dr. Sturm, Thellmann-Bidner, Ullrich, Weggartner, Weinhuber, Wolf Hans.

Mit „**Ich enthalte mich**“ stimmten die Abgeordneten: Luft, Nerlinger, Stegerer.

Damit ist der Ausschußantrag angenommen. Es erübrigt sich somit jede weitere Abstimmung in dieser Sache.

Der ganze Vorgang gibt mir Veranlassung zu zwei Bemerkungen.

Ich möchte ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß **Entschuldigungen** eingebracht werden müssen, wenn der betreffende Abgeordnete

*) s. Berichtigung Seite 812.

(Präsident Dr. Hundhammer)

weggeht, und daß ich keine nachträglich vorgetragenen Entschuldigungen mehr annehmen werde.

(Sehr richtig!)

Davon bitte ich ausdrücklich Kenntnis zu nehmen.

Zum zweiten darf ich darauf hinweisen, daß wir noch eine Tagesordnung mit mehr als 50 Punkten zu erledigen haben. Bei der Beratung des Gegenstandes, über den wir jetzt namentlich abgestimmt haben, wurde von zwei oder drei Rednern darauf hingewiesen, daß dieser Punkt zum viertenmal auf der Tagesordnung steht. Ich möchte das Hohe Haus dringend bitten, Selbstdisziplin zu üben,

(Sehr gut!)

und zwar sowohl beim Antragstellen wie auch beim Reden.

(Abg. Meixner: Insbesondere beim Antragstellen!)

Es hat gar keinen Sinn, hier Reden zum Fenster hinaus zu halten.

(Allgemeiner Beifall)

Dabei verkenne ich nicht die Bedeutung des Gegenstandes, über den wir beraten haben. Ich glaube aber, die Entscheidung hätte auch in wesentlich kürzerer Frist getroffen werden können.

Ich rufe auf Ziffer 4 b der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten zum Antrag des Abgeordneten Dr. Soenning und Fraktion betreffend Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung der Krankenhäuser (Beilagen 1163, 1447).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kunath; ich erteile ihm das Wort.

Kunath (SPD), Berichterstatter: Hohes Haus! Der sozialpolitische Ausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 11. September 1951 mit dem Antrag des Abgeordneten Dr. Soenning und Fraktion betreffend Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung der Krankenhäuser beschäftigt. Nach einer eingehenden Debatte kam der Ausschuß zu folgendem Antrag:

Die Staatsregierung wird beauftragt, zu untersuchen, ob die Krankenhäuser Bayerns eine ausreichende stationäre Versorgung der Bevölkerung gewährleisten, und zwar in Hinsicht auf

1. die Anzahl der vorhandenen Krankbetten, besonders für Tuberkulose- und Infektionskranke,
2. eine zeitentsprechende hygienische und medizinische Einrichtung,
3. eine ausreichende Anzahl vollverantwortlicher Ärzte und Hilfsärzte,
4. eine ausreichende Besetzung mit Pflegepersonal und Hilfskräften, z. B. Laboranten, Röntgenassistenten usw.

Ich bitte Sie, diesem einstimmig gefaßten Beschluß des Ausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Zum Wort hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Junker; ich erteile ihm das Wort.

Junker (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß ich mich trotz der Ermahnung des Herrn Präsidenten zum Wort melden muß. Der Bayerische Landtag hat in seiner letzten Sitzung bereits einen ähnlichen Beschluß für die staatlichen Krankenhäuser gefaßt. Dieser Beschluß war vertretbar, weil es sich dabei um Dinge handelt, die den Staat und damit auch den Landtag direkt angehen. Es erscheint mir aber schwer verständlich — bei der Person des Antragstellers, der als Vater des Ärztestreiks, des Streiks der freien Berufe bekannt ist, ist das allerdings nicht überraschend —, daß mit derartig tiefgreifenden Untersuchungen und Überprüfungen in die privaten Krankenhäuser und in die **Krankenhäuser der Selbstverwaltungskörper** eingegriffen werden soll. Ich glaube, der Selbstverwaltung wird ein schlechter Dienst erwiesen, wenn tatsächlich, wie das hier im Antrag steht, die einzelnen Einzelheiten ausgeschnüffelt würden. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß der Staat auf Grund seines Informationsrechts derartig umfangreiche Erhebungen bei den Selbstverwaltungskörpern pflegen könnte. Daß er das bei den privaten Krankenhäusern nicht kann, ist mir klar. Ich glaube also, daß wir uns diesen Antrag doch überlegen müssen, und bitte Sie, ihm nicht zuzustimmen; denn es steht wohl fest, daß es zur Zeit jedem Krankenhausträger und vor allem jedem Selbstverwaltungskörper eine große Überwindung kostet, daß Mut dazu gehört und daß es ein Opfer bedeutet, überhaupt ein Krankenhaus zu errichten.

(Sehr richtig!)

Sie haben hier tatsächlich viel guten Willen zu beweisen und große finanzielle Opfer zu bringen. Wenn wir aber nun hier von Staats wegen hineinschnüffeln und noch herausbringen wollen, ob nun tatsächlich jede Stelle einer Hilfskraft, eines Pflegers, eines Laboranten oder Röntgenassistenten usw. auch so besetzt ist, wie das vielleicht der Marburger Bund oder sonstige Ärztegruppen wünschen, überspannen wir die Staatsaufsicht, die ja zum großen Teil überhaupt nicht gegeben ist. Ich bitte daher das Hohe Haus, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Soenning.

Dr. Soenning (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es tut mir außerordentlich leid, daß ich mich zum Wort melden muß, ich werde mich aber ganz kurz fassen. Dem Herrn Abgeordneten Junker ist ein Mißverständnis unterlaufen. Bei dem Antrag, den wir vor 14 Tagen behandelt haben, hat es sich darum gehandelt, ob bei den staatlichen Krankenhäusern, also bei einem verhältnismäßig sehr kleinen Kreis von Krankenanstalten, der hauptsächlich die Universitätskliniken umfaßt, die Besetzung mit Ärzten entsprechend

(Dr. Soenning [FDP])

ist. In der Presse und auch sonst kommt immer und immer wieder zum Ausdruck, daß die Verhältnisse an unseren Krankenanstalten den heutigen Bedürfnissen nicht entsprechen. Nachdem leider gerade das Gesundheits- und Krankenhauswesen außerordentlich verzettelt ist und verschiedenste Stellen dafür zuständig sind, ist es meines Erachtens im **Interesse der Volksgesundheit** dringend erforderlich, wenigstens eines zu tun, nämlich von oberster Stelle aus einmal zu prüfen, ob die Verhältnisse heute tatsächlich entsprechend sind oder nicht. Es ist ja auch nicht so, wie der Herr Abgeordnete Junker meint, daß wir den Gemeinden oder Kostenträgern etwas befehlen wollen, sondern wir wollen zunächst einmal nur feststellen, wo die Not am größten ist, sei es in Bezug auf Krankbetten, in Bezug auf Ärzte oder sonstige Krankenhausangestellte, so daß man dann sagen kann, da und da müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, meine verehrten Damen und Herren, den Antrag anzunehmen.

(Abg. Meixner: Welche Mittel denn?)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Kunath.

Kunath (SPD), Berichterstatter: Ich habe dem Wunsche des Herrn Präsidenten entsprechend kurz berichtet. Hätte ich ausführlicher berichtet, hätte es keine Mißdeutung gegeben. Tatsächlich sind ja die Gesundheitsämter heute schon angewiesen, Überprüfungen vorzunehmen. Der Antrag will nur erneut anregen, bei den Krankenhäusern nachzusehen, ob sie tatsächlich sachlich, beruflich und qualitativ auf der Höhe sind, ob das, was durch den Krieg versäumt wurde, nachgeholt wurde. Sie können sich darauf verlassen, daß sich alle Parteien im sozialpolitischen Ausschuss dessen bewußt waren, daß hier nicht irgendwie Eingriffe in die Selbstverwaltung erfolgen sollen. Wir wissen ganz genau, daß sich die Gemeinden und Kreise da nicht bevormunden lassen; denn sie sind ja für ihre Krankenhäuser selbst verantwortlich. Ich bitte Sie also trotz aller Bedenken dem Antrag zuzustimmen.

(Abg. Eberhard: Dann ist der Antrag unsinnig.)

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete von Franckenstein.

von und zu Franckenstein (CSU): Hohes Haus! Ich möchte Sie gleich dem Kollegen Junker bitten, dem Antrag nicht zuzustimmen. Unsere Krankenhäuser draußen werden im allgemeinen von den Patienten gerne aufgesucht, weil sie dort eine viel persönlichere Pflege haben als in den großen Krankenanstalten. Schütteln Sie da nur ruhig den Kopf! Wenn Sie bloß beratend wirken wollen, sehe ich nicht ein, was das für einen Wert haben sollte. Das ist dann eine unnötige Ausgabe. Wenn Sie aber befehlend wirken wollen, geht das gegen die Selbstverwaltung, und es werden infolge der Ausgaben, die dann gemacht werden müßten, vielleicht manche Krankenhäuser zum Schaden der Patienten nicht mehr mitkommen.

Präsident Dr. Hundhammer: Wir kommen zur Abstimmung. Sie haben den Bericht des Ausschusses vernommen.

Wer dem Ausschlußbeschuß zustimmen will, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit. Es ist im Sinne des Ausschlußantrags beschlossen.

Es dürfte zweckmäßig sein, Ziffer 4 c mit der Beratung der Punkte 13 a und b der Tagesordnung zu verbinden, die die gleiche Materie betreffen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf Ziffer 4 d der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für sozialpolitische Angelegenheiten zum Antrag der Abgeordneten Hagen Lorenz, Ospald und Fraktion betreffend Verabschiedung des Gesetzes über die Schaffung von Mindestarbeitsbedingungen (Beilagen 1059, 1707).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Müller; ich erteile ihm das Wort.

Müller (SPD), Berichterstatter: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In seiner 15. Sitzung hat sich der sozialpolitische Ausschuss mit dem Antrag der Abgeordneten Hagen Lorenz, Ospald und Fraktion betreffend Verabschiedung des Gesetzes über die Schaffung von Mindestarbeitsbedingungen befaßt. Berichterstatter war ich selbst, Mitberichterstatter der Herr Abgeordnete Strenkert.

Der Antrag liegt Ihnen auf Beilage 1059 vor. Er lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, mit aller Dringlichkeit beim Bund dahingehend zu wirken, daß das im Entwurf vorliegende Gesetz über die „Schaffung von Mindestarbeitsbedingungen“ baldigst verabschiedet wird.

Nach einer eingehenden Aussprache wurde der Antrag einstimmig angenommen. Das Hohe Haus wird ersucht, dem Beschluß ebenso einstimmig beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Zu diesem Punkt liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Vorschlag des Ausschusses auf Zustimmung beitrifft, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltung? — Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich rufe auf Ziffer 5 a der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Lechner Hans, Bantele und Fraktion betreffend Aufhebung des Landtagsbeschlusses vom 3. Juni 1949 bezüglich der Forstrechte

und

Kerber und Genossen betreffend Aufhebung der Verordnung vom 30. Juli 1937 zur Förderung der Nutzholzgewinnung (Beilagen 206, 517, 1437).

(Präsident Dr. Hundhammer)

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Frühwald; ich erteile ihm das Wort.

(Abg. Kerber: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kerber.

Kerber (CSU): Wegen der Wichtigkeit des Punktes möchte ich um einen ausführlichen Bericht bitten.

Präsident Dr. Hundhammer: Es ist ausführliche Berichterstattung beantragt. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, uns eingehend zu informieren.

Frühwald (BP), Berichterstatter: Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren! In seiner 18. Sitzung befaßte sich der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft mit dem Antrag der Abgeordneten Lechner Hans, Bantele und Fraktion auf Beilage 206, der folgenden Wortlaut hat:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Beschluß des Landtags vom 3. Juni 1949 (Beilage 2542) betreffend Forstrechte und die gemäß dieses Beschlusses ergangene Verordnung der Ministerialforstabteilung vom 4. Juli 1949 Nr. F 6443 werden aufgehoben.
2. Der Status der zwischen dem bayerischen Staat und den Forstberechtigten abgeschlossenen privatrechtlichen Verträge und gerichtlichen Vergleiche ist bindend.

Mit diesem Antrag wurde gleichzeitig ein Antrag des Abgeordneten Kerber und Genossen folgenden Wortlauts verbunden:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

1. die Verordnung vom 30. Juli 1937 zur Förderung der Nutzholzgewinnung aufzuheben,
2. die Neuregelung der Forstrechte unter Berücksichtigung der in den Rechten verankerten Werte und der heutigen volkswirtschaftlichen, insbesondere der forst- und holzwirtschaftlichen Belange, durch ein neues Gesetz festzulegen.

Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft hat sich mit der Materie sehr eingehend beschäftigt.

Nachdem der Berichterstatter die Anträge verlesen und begründet hatte, erklärte der Mitberichterstatter, daß nach der Verordnung von 1937 — § 11 Absatz 1 — die Holznutzungsrechte auf den Bezug anderer Holzarten oder Holzsorten umzuwandeln sind. Die Ablösung der Holznutzungsrechte sei nach der angefochtenen Verordnung in folgenden Fällen möglich: a) wenn die Umwandlung nicht möglich ist, b) wenn der Berechtigte die Umwandlung ablehnt, c) auf Antrag des Verpflichteten oder des Berechtigten, soweit die Holznutzungsrechte über den eigenwirtschaftlichen Bedarf des Berechtigten hinausgehen, d) gegen den Willen der Beteiligten, wenn die Ablösung notwendig ist, um die Deckung des Holzbedarfs sicherzustellen.

Der Berichterstatter ging dann auf die Stellungnahme der Staatsregierung ein, insbesondere auf die darin angeschnittene Frage, ob die Verordnung von 1937 Bundesrecht geworden ist. Diese Frage wurde mit der Begründung verneint, daß ein Recht, welches einen Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes betrifft, selbst bei Vorliegen der Voraussetzung des Artikels 125 des Grundgesetzes nur dann Bundesrecht werde, wenn auch die Voraussetzungen des Artikels 72 Absatz 2 des Grundgesetzes erfüllt seien.

Der Vorsitzende hielt es für notwendig, in der Frage der Holznutzungsrechte endlich eine Klärung herbeizuführen. Man werde dazu eines großen Gesetzeskomplexes bedürfen, in dem die gesamte Forstrechtsfrage geregelt wird.

Der Antragsteller Lechner erklärte, die Forstrechte seien in der Mehrzahl auf notariellen Verträgen begründet und lägen zum Teil schon 130 Jahre und mehr zurück. Dasselbe sagte auch der Mitantragsteller Bantele. Dieser wies auf die geschichtlichen Grundlagen der Holznutzungsrechte hin und betonte, die Abfindung sei doch so vorgenommen worden, daß man sie rechtlich nicht vertreten könne.

Der Antragsteller Kerber bemerkte, sein Antrag basiere auf derselben Grundlage wie der Antrag Lechner und Bantele. Er wolle erstens bezwecken, daß die Verordnung von 1937 aufgehoben wird, und zweitens, daß in einem neuen Forstrecht die Belange der Forstberechtigten weitgehend berücksichtigt werden. Die Verordnung von 1937 habe eine Ablösungsmöglichkeit mit dem 15- bis 25fachen Jahresbetrag festgelegt. Bei denjenigen, die darauf hereingefallen sind, sei wohl nichts mehr zu machen.

Der Abgeordnete Baumeister erinnerte an die Verhandlungen im früheren Landtag über die Frage des Holznutzungsrechts. Damals sei man zu 80 Prozent der Auffassung gewesen, daß die Nutzungsrechte als Eigentumsrechte zu erachten sind. Schon 1949 habe man mit der Vorlage eines neuen Forstgesetzes gerechnet. Leider sei dies bis jetzt noch nicht Wirklichkeit geworden.

Der Abgeordnete Priller bestätigte, daß sich die Holzrechtler nach dem Landtagsbeschluß von 1949 zufrieden geäußert hätten. Inzwischen hätten sie sich nun organisiert und träten mit weiteren Forderungen hervor. Solange keine Neuregelung bestehe, müsse man sich schon sehr überlegen, ob man den Landtagsbeschluß aufheben will.

Der Vorsitzende gab folgende statistische Zahlen bekannt: Die Zahl der an den Forstrechten Beteiligten beträgt insgesamt 30 363, und zwar in 619 Gemeinden. An Vergünstigungen sind 2 685 Personen beteiligt. Vom Staatswald sind 498 116 Hektar mit Forstrechten belastet, während 298 453 Hektar unbelastet sind. Vom Privatwald sind 450 498 Hektar mit Holzrechten und 15 515 Hektar mit Vergünstigungen belastet.

(Abg. Dr. Lippert: Kürzer bitte, wesentlich kürzer!)

Weiter teilte der Vorsitzende mit, daß die Einnahmen aus dem gesamten Staatsforst im vergan-

(Frühwald [BP])

genen Jahr 139 125 000 DM betrogen, während die Belastung 2 649 000 DM ausmachte. Man brauche sich also nicht vorzustellen, daß es sich um Dinge handelt, die praktisch nicht geregelt werden können.

Auch Herr Regierungsdirektor Müller hat sich noch in die Aussprache eingeschaltet

(Ungeduldiger Zuruf)

und darauf berufen, daß das Finanzministerium die Entscheidung des bayerischen Verfassungsgerichtshofs habe abwarten wollen; diese habe aber gerade in der entscheidenden Frage keine Klärung gebracht.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Staatsregierung die Aufhebung des Landtagsbeschlusses von 1949 für günstig halte, erwiderte Regierungsdirektor Müller, dieser Beschluß sei ausdrücklich zugunsten der Nutzungsberechtigten ergangen; nur die verpflichteten Waldbesitzer hätten sich darüber beklagen können.

Vom Mitberichterstatter gefragt, ob die Vollzugsbekanntmachung zum Landtagsbeschluß von 1949 nach seiner Ansicht nicht gegen die Verordnung von 1937 sei, erklärte Regierungsdirektor Müller, es bestehe kein Anlaß zu dieser Annahme, nachdem der Verfassungsgerichtshof festgestellt habe, daß sie nicht gegen die Verfassung verstößt.

Auf die Frage des Berichterstatters, ob durch eine Aufhebung der Verordnung von 1937 der alte Rechtszustand wieder hergestellt würde, erwiderte Regierungsdirektor Müller, man werde dann auf die Möglichkeiten des alten Forstgesetzes bezüglich der alten Holznutzungsrechte zurückgreifen müssen. Diese Frage sei noch genauer zu prüfen.

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen.

(Abg. Dr. Lippert: Ja, ich glaub's auch!)

Frühwald (BP), Berichterstatter: Es wurde noch sehr viel über diese ganze Angelegenheit debattiert.

(Zuruf: Das glauben wir gern!)

Der Ausschuß kam zu folgendem Beschluß:

Die Staatsregierung wird beauftragt, mit einem Gesetzentwurf zur Aufhebung der Vollzugsanweisung vom 4. Juli 1949 und der Verordnung vom 30. Juli 1937 zur Förderung der Nutzholzgewinnung einen Gesetzentwurf zur Regelung der Forstrechte bis zum 1. Dezember 1951 vorzulegen.

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Antrag des Ausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort hat der Herr Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Dr. Schlögl, Staatsminister: Herr Präsident, Hohes Haus! Zu dem Antrag des Ausschusses für Er-

nährung und Landwirtschaft vom 10. September darf ich folgendes feststellen: Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat schon im April 1950 einen Entwurf für ein Forstrechtsgesetz fertiggestellt und den übrigen Ministerien zugeleitet. Gegen diesen Entwurf haben einige Ministerien Bedenken erhoben. Diese müssen auch im Interesse der Forstberechtigten überprüft werden. Das Finanzministerium, das an dem Gesetzentwurf maßgebend interessiert ist, weil seine finanziellen Auswirkungen bedeutend sein können, muß sich noch äußern.

Es erschien auch notwendig, den Ausgang des Antrags des Ökonomierats Stegmann beim bayerischen Verfassungsgerichtshof auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936, der Verordnung zur Förderung der Nutzholzgewinnung vom 30. Juli 1937 und des Beschlusses des Bayerischen Landtags über den Vollzug der Verordnung zur Förderung der Nutzholzgewinnung vom 2. Juni 1949 abzuwarten. Der bayerische Verfassungsgerichtshof hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 14. Juli 1951 entschieden und lediglich einige Bestimmungen der Verordnung vom 30. Juli 1937 sowie einige Bestimmungen der Bekanntmachung meines Ministeriums vom 4. Juli 1949 als verfassungswidrig erklärt. Im übrigen hat der Verfassungsgerichtshof festgestellt, daß die angefochtenen Bestimmungen keine Grundrechte der bayerischen Verfassung verfassungswidrig einschränken.

Die Erwartung, daß die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs auch darüber Ausführungen enthalten würde, ob die Verordnung vom 30. Juli 1937 Bundesrecht geworden ist oder nicht, hat sich nicht erfüllt. Der Verfassungsgerichtshof stellt in seinem Urteil ausdrücklich fest, daß die maßgebende Entscheidung darüber, ob die Verordnung vom 30. Juli 1937 heute Bundesrecht geworden ist, im Streitfalle nicht ihm, sondern dem Bundesverfassungsgerichtshof zustehe.

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vertritt die Auffassung, daß diese Verordnung grundsätzlich Bundesrecht geworden sei, weil ein dringendes Bedürfnis für eine übergebietliche Regelung der Nutzholzgewinnung bestehe. Dagegen vertritt die bayerische Staatsregierung die Auffassung, daß ein Recht, das einen Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes betrifft, selbst bei Vorliegen der Voraussetzungen des Artikels 125 des Grundgesetzes nur dann Bundesrecht werde, wenn auch die Voraussetzungen des Artikels 72 Absatz 2 des Grundgesetzes erfüllt seien, wenn also ein Bedürfnis nach einer bundeseinheitlichen Regelung bestehe. Ein solches Bedürfnis sei aber beim Forstrecht nicht gegeben. Derartige Rechte seien in Deutschland vor 1933 durchwegs nach Landesrecht geregelt worden.

Das Landwirtschaftsministerium wird erneut versuchen, durch **Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** zu einer Klärung zu kommen. Die bayerische Staatsregierung wird alles tun, um den Gesetzentwurf beschleunigt vorlegen zu können. Das Land-

(Dr. Schlögl, Staatsminister)

wirtschaftsministerium wird denselben nach den Äußerungen der anderen Ministerien nochmals überarbeiten. Bei der großen Bedeutung des Gesetzentwurfs erwartet der bayerische **Bauernverband** eine nochmalige Anhörung.

Die dargelegten Gründe zwingen mich, das Hohe Haus zu bitten, den **Vorlagetermin** angemessen zu verlängern. Der überarbeitete Gesetzentwurf wird voraussichtlich 85 Artikel enthalten und die Gesetzesbegründung etwa 100 Schreibmaschinenseiten umfassen. Ich bitte daher, zu beschließen, daß der Entwurf baldmöglichst vorzulegen ist.

Außerdem, meine Damen und Herren, darf ich noch um etwas bitten: Im Beschluß des Ausschusses ist auch von der Aufhebung der **Vollzugsanweisung vom 4. Juli 1949** die Rede. Wenn der Bayerische Landtag diese Vollzugsanweisung heute aufheben würde, würde ein Vakuum entstehen, das heißt, es würde ein Beschluß gefaßt werden, der nicht im Interesse der Forstrechter gelegen wäre.

(Sehr richtig! bei der CSU)

Ich bitte daher unter allen Umständen, daß dieser Passus aus dem Antrag herausgenommen wird.

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Kiene!

Kiene (SPD): Nach dieser Erklärung des Herrn Staatsministers ersuche ich das Hohe Haus, den Antrag noch einmal in den Ausschuß zurückzuverweisen.

(Abg. Hagen Lorenz: Sehr richtig!)

Die Folgen, die aus der jetzigen Formulierung entstehen würden, wären allzu weittragend. Ich möchte nicht auf den Stoff selbst eingehen, sondern nur den Herrn Vorsitzenden des Ausschusses bitten, meine Bitte zu unterstützen.

Präsident Dr. Hundhammer: Zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Dr. Baumgartner.

Dr. Baumgartner (BP): Meine Damen und Herren! Auf die Ausführungen des Herrn Staatsministers hin möchte ich vorschlagen, daß wir einen anderen Termin für die Vorlage des Gesetzes bestimmen, etwa den 1. März oder den 1. April 1952. Bis dahin können die zuständigen Gremien, der Bauernverband, die Ministerien, die Staatsregierung und der Ministerrat zu dem Gesetz Stellung nehmen, ebenso der Bayerische Senat.

Wir warten schon seit 1806 auf eine anständige Regelung dieser Frage und haben in Bayern schon jahrzehntelang Zeit gehabt, sie zu regeln, und sie ist noch nicht geregelt worden. Ich möchte daher das Hohe Haus jetzt dringend bitten, noch ein paar Monate Geduld zu haben und die Angelegenheit ordnungsgemäß zu regeln. Ich möchte den Herrn Kollegen Kiene bitten, damit einverstanden zu sein, wenn wir in unserem Antrag, den wir heute hier zu beschließen haben, vorschlagen, daß die Staatsregierung ersucht wird, den Gesetzentwurf bis zum 1. April 1952 vorzulegen und daß wir im Landwirtschaftsausschuß nicht in eine Sachdebatte eintreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Der Herr Abgeordnete Kiene hat vorgeschlagen, die Materie an den Landwirtschaftsausschuß zurückzuverweisen; der Herr Abgeordnete Dr. Baumgartner hat sich dagegen ausgesprochen.

Wer dem Vorschlag Kiene beitrifft, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das letztere ist die Mehrheit. Die Materie wird jetzt hier behandelt. Zum Wort ist gemeldet der Herr Abgeordnete Kerber.

(Abg. Kiene: Ich bitte ums Wort)

Kerber (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da der Antrag nicht an den Ausschuß zurückgeht, sondern heute behandelt wird, gestatte ich mir, einiges hierzu zu sagen. Wenn auch die Zeit schon etwas vorgeschritten ist, glaube ich doch, daß wir uns in Anbetracht der Bedeutung, die den **Forstrechten** zukommt, eingehender mit dieser Angelegenheit befassen sollten.

In der letzten Zeit wurde in diesem Hohen Hause, sei es in den Ausschüssen oder in den Fraktionen, sehr viel über Rechte aller Art gesprochen, aber zu meinem großen Leidwesen habe ich feststellen müssen, daß der Eigentumsbegriff bei all diesen Rechten — seien es Gemeinudenutzungsrechte, sei es das Ortschaftsvermögen usw. — kolossal verwässert wird und wir starke Bedenken hegen müssen, ob die Betreffenden wieder zu ihrem Recht und zu ihrem Eigentum kommen werden. Deshalb möchte ich heute grundsätzlich dazu Stellung nehmen.

In der Berichterstattung wurde bereits betont, daß man meinen Antrag, der sich gegen die Verordnung vom Jahre 1937 zur Förderung der Nutzholzgewinnung richtet, mit dem Antrag Bantele und Lechner Hans, der den Landtagsbeschluß von 1949 aufgehoben wissen will, nur aus Zweckmäßigkeitsgründen zusammengelegt hat, weil wir der gleichen Auffassung sind und das gleiche wollen, nämlich den Forstrechtlern zu ihrem Recht, ja zu ihrem Eigentum zu verhelfen.

Wenn ich mich in meinem Antrag nicht für die Aufhebung des Landtagsbeschlusses vom Jahre 1949 aussprach, so deshalb, weil ich es für außerordentlich gefährlich halten würde, diesen Beschluß aufzuheben, solange die **Verordnung vom Jahre 1937** besteht. Es würde bedeuten, daß die Rechtlern etwas verlieren, und deshalb muß dieser Beschluß so lange bestehen bleiben, bis das **neue Forstgesetz** in Bayern in Kraft tritt. Das Krebsübel, das Grundübel ist die Göringsche Reichsverordnung vom Jahre 1937. Auf Grund dieser Verordnung wurde den Bauern nicht mehr das Holz in natura gegeben, sondern die Bauern mußten sich mit einer kläglichen jährlichen Abfindung in Geld zufrieden geben. Das bedeutet doch einen großen Eingriff. Wir alle, von der linken bis zur rechten Seite dieses Hauses, wissen, daß diese Verordnung nur deshalb erlassen wurde, weil der Krieg in Aussicht stand und die Rüstung betrieben wurde. Wir wollen aber doch — und deshalb müssen wir uns eingehend damit befassen — das Recht, das Eigentum —

(Abg. Dr. Lippert: Es handelt sich heute bloß um die Verlegung des Termins!)

(Kerber [CSU])

— Ich habe die Auffassung, daß viele Mitglieder des Hohen Hauses nicht wissen, um was es bei den Forstrechten geht,

(Widerspruch)

und daraus erklären sich Abstimmungen, die Hals über Kopf erfolgen, und hinterher ist es zu spät. Deshalb möchte ich mich heute dazu äußern; es wird ja in diesem Haus so viel gesprochen, auch über Dinge, die vielleicht nicht so wichtig sind. Die ganze Landbevölkerung, die ganzen Rechtler warten darauf, daß wir eingehend Stellung nehmen, und deshalb will ich schildern, wie die Dinge liegen.

Ich habe Akten bei mir, die Ihnen bestätigen werden, daß es sich bei den Forstrechten um **Eigentum** handelt. Wenn man draußen versucht, zu erfahren, wie die Rechte entstanden sind, dann wird man finden, daß sie auf 300 bis 400 Jahre zurückgehen und daß sie in der Zeit entstanden sind, wo die Herrschaftsbesitzungen aufgeteilt wurden. Damals haben die Landwirte den **Waldgrund** nicht kostenlos erhalten, sondern ich kann Ihnen auf Grund der Akten nachweisen, daß sie 2000 oder 2900 Gulden dafür bezahlt haben. Es ist daher Eigentum, und Eigentum muß letzten Endes Eigentum bleiben. Der **Waldbesitz** wurde also **aufgeteilt**; wo gleich eine Parzellierung stattfand, sind die Verhältnisse in Ordnung und wir haben uns nicht mehr damit zu befassen. Aber im großen und ganzen, hauptsächlich in **Mittelschwaben** und **Südswaben** ist ein **Gemeinschaftswald** entstanden. Die Bauern gingen hinaus in den Wald, sie haben Holz geschlagen, wie es ihnen gefiel, es wurde nicht mehr aufgeforstet und so wurde Raubbau getrieben. Als dann allmählich das Holz zum Rohstoff und zum wichtigen Grundstoff für die Papierindustrie wurde und die Bautätigkeit andere Formen annahm, hat der Staat gesagt: Ihr Bauern wollt doch nicht mehr als euer jährliches Nutzholz und das euch zustehende Brennholz.

(Abg. Kurz: Das ist bei uns genau so!)

— Ich weiß, bei euch unten ist es genau so. — Also, der Staat hat erklärt: Ich kaufe euch diesen Wald ab und gebe euch dafür ein Recht. Der eine bekam drei Ster, der andere vier Ster — hier steht es geschrieben — und so sind diese Rechte entstanden. Sie wurden zum Teil im Grundbuch eingetragen und den Einheitswerten zugemessen, müssen also heute noch versteuert werden, es muß die Soforthilfe daraus bezahlt werden usw. Ich weiß, daß wir in Bayern 97 verschiedene Rechte haben; alle sind etwas anders gelagert, aber im großen und ganzen gehen sie auf das gleiche hinaus, nämlich auf den **Eigentumsbegriff**. Ich hoffe und erwarte, daß das im neuen Forstgesetz geregelt wird, und ich bin auch dafür, Herr Kollege Baumgartner, daß man jetzt nicht länger zögert, damit Dinge vermieden werden können, wie wir sie befürchten. Der Entwurf liegt bereits, wie ich hörte, in der Schublade des Ministeriums und es bedarf keiner großen Arbeit, um ihn uns im Ausschuß bis zum 1. Dezember zur Behandlung vorzulegen.

Ein weiteres möchte ich anfügen. Man spricht immer darüber, ob diese Verordnung von 1937 **Bundesverordnung** geworden ist. Automatisch sind alle Reichsverordnungen Bundesverordnungen geworden; aber ich möchte Sie davor warnen, das Forstrecht als Bundessache zu erklären, ich möchte davor warnen, heute überhaupt zu fragen: Ist es eine Bundesverordnung? Ich habe die große Befürchtung, daß, wenn man heute in Bonn fragt, dann der Bund erklärt: Selbstverständlich, das ist Bundessache! So werden wir eines Tages ein **deutsches Forstgesetz** bekommen und das letzte, der Wald, wird uns in Bayern auch noch genommen.

(Sehr richtig! bei der BP)

So ist die Situation. Der Vorsitzende der IHO, das ist die Interessengemeinschaft der Holzberechtigten, hat mir heute erklärt, daß wir uns gar nicht mit der Verordnung von 1937 befassen müßten, denn Göring habe bereits im Jahre 1940 diese Verordnung wieder aufgehoben. Aber die Bürokratie hat sich nicht daran gehalten und bis heute ist das Gesetz so durchgeführt worden. Wir, die Landwirte und die Forstrechtler, erwarten, daß das neue Forstgesetz nicht etwa so ausfällt, daß die Rechte mit dem 18fachen Jahresertrag abgefunden werden können. Wenn mir jemand etwas schuldig ist und er sagt, ich gebe dir den Zins für 18 Jahre, dann ist die Sache erledigt, so ist das doch ein eigenartiger Rechtsbegriff, der stark an den Osten anklängt. Damit können wir uns nicht befreunden. Wir sind uns dessen bewußt, daß man heute in Anbetracht der wirtschaftlichen Bedeutung des Holzes Nutzholz nicht mehr zu Brennholz zersägen kann, aber wir müssen verlangen, daß der Staat sich dazu bequemt, den Rechtlern entweder einen **Gemeinschaftswald** zu geben — und damit sind die Rechte aufgehoben — oder aber den **Mehrerlös**, der jetzt dem Staate zufließt, ausschließlich **den Nutzungsberechtigten** zugute kommen zu lassen.

Im Ausschuß hat ein Redner erklärt, man könne es heute nicht verantworten, daß die Bauern das Holz bekommen, es müsse der Volkswirtschaft zugeführt werden. Nein, es ist ganz gleich, ob der Staat das Holz der Volkswirtschaft zuführt oder ob der Bauer das tut, nur mit dem Unterschied, daß die Einnahmen aus diesem Recht dann dem gehören, dem sie wirklich zustehen.

Schließlich möchte ich noch sagen, daß keine andere Regelung erfolgen darf, es sei denn, der Berechtigte ist damit einverstanden. Seien wir uns dessen bewußt, daß wir ein Rechtsstaat sind und die Pflicht und die Aufgabe haben, für Recht zu sorgen, auch wenn es dem Staat nicht immer gefällt.

(Beifall bei der CSU und BP)

Präsident Dr. Hundhammer: Als nächster Redner spricht Herr Abgeordneter Dr. Baumgartner.

Dr. Baumgartner (BP): Ich wollte mit meinem Antrag nicht bezwecken, daß jetzt eine Debatte losbricht, und ich möchte dringend bitten, das, was

(Dr. Baumgartner [BP])

wir zu diesem Problem zu sagen haben, nicht jetzt, sondern bei der Gesetzesberatung vorzubringen. Ich beantrage daher, dem Ausschußantrag zuzustimmen, nur mit der Änderung, daß statt 1. Dezember 1951 gesetzt wird: 1. April 1952.

Präsident Dr. Hundhammer: Nach der Geschäftsordnung können die bisher gemeldeten Redner nicht ohne weiteres zu einem Verzicht auf ihre Wortmeldung gezwungen werden. Ich möchte aber fragen, ob die weiteren drei Redner bereit sind, ihrerseits auf das Wort zu verzichten und, wie jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Baumgartner vorgeschlagen hat, die sachlichen Ausführungen aufzuschieben, bis der Gesetzentwurf vorliegt und zur Beratung steht.

Als erster Redner ist gemeldet Herr Kollege Stain.

(Abg. Stain: Ich möchte wenigstens zum Abänderungsantrag sprechen!)

— Herr Kollege Stain hat einen **Abänderungsantrag** gestellt. Ich verlese diesen Abänderungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, bis zum 1. April 1952 einen Gesetzentwurf zur Regelung der Forstrechte vorzulegen.

Dieser Antrag enthält inhaltlich dasselbe, was im Ausschlußbeschluß steht, nur läßt er die Aufhebung der Vollzugsanweisung vom 4. Juli 1949 und der Verordnung vom 30. Juli 1937 weg.

Stain (BHE): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist doch ein **Unterschied** zwischen dem Ausschlußantrag und meinem Abänderungsantrag. Herr Kollege Kerber hat eben betont, daß es nicht gut wäre, wenn man, bevor ein neues Forstgesetz in Kraft tritt, die Verfügung von 1949 aufheben würde, und er hat dies als Teillösung immerhin beantragt. Ich habe eigentlich vermißt, daß er diese Formulierung dann auch noch in die Form eines Antrags gebracht hätte. Die Anweisung von 1949 regelt nämlich die Härten, die die Verordnung aus dem Jahre 1937 zweifellos gebracht hat. Es ist doch so — die Ausschlußverhandlungen, die Berichterstattung und vor allem die Worte des Herrn Kollegen Kerber haben es bewiesen —, daß es sich hier um ein grundlegendes Problem sowohl der Rechtsprechung wie auch der bayerischen Landwirtschaft handelt. Vor allem ist bei den Ausschlußverhandlungen immer wieder betont worden, daß auf der einen Seite jahrhundertalte Rechte in Betracht kommen und daß auf der anderen Seite diese Rechte da und dort vielleicht umgewandelt worden sind. Es gibt Gebirgsorte, in denen die Rechte von den ursprünglich Berechtigten anteilmäßig Fremden übertragen wurden. Während es früher ein Notdurftsrecht war, beispielsweise das Brennholzrecht, haben wir immerhin heute schon Erscheinungen anderer Art und deswegen halten wir es für so notwendig, daß ein **Gesetz** hier eine Regelung

trifft. Es war 1937 zweifellos nur ein Versuch, hier mit einer Regelung einzugreifen, es war nur eine Brücke zu einer Regelung, die einmal kommen muß. Es ist nun einmal so, daß wir in Bayern Einzelhöfe haben, die zwischen 2 und 827 Raummeter Brennholz pro Jahr bekommen.

(Abg. Dr. Baumgartner: Wissen wir!)

— Ich nehme diese Bestätigung gerne zur Kenntnis, möchte aber doch dringend bitten, heute nicht ein Präjudiz zu schaffen, indem man durch einen Landtagsbeschluß die Verordnung von 1937 und die Anweisung von 1949 außer Kraft setzt, bevor wir ein Forstgesetz haben; ich halte es für richtig, diese Verfügung erst außer Kraft zu setzen, wenn das Forstgesetz vor uns liegt und wenn wir es genehmigen können.

(Abg. Dr. Baumgartner: Steht ja im Ausschlußantrag darin! Sie haben vollständig umsonst gesprochen!)

— Herr Kollege, es steht darin, daß die Verordnung von 1937 und die Vollzugsanweisung von 1949 außer Kraft gesetzt werden und daß ein Gesetzentwurf vorgelegt werden soll.

(Abg. Dr. Baumgartner: Gleichzeitig! — „Und“ heißt gleichzeitig!)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich glaube, es ist richtig, wenn wir die Debatte jetzt abbrechen.

Herr Kollege Stain, Sie haben anscheinend den Ausschlußbeschluß nicht richtig gelesen.

(Abg. Stain: Selbstverständlich!)

Es heißt: Die Staatsregierung wird beauftragt, mit einem Gesetzentwurf zur Aufhebung usw. einen Gesetzentwurf zur Regelung der Forstrechte vorzulegen, also beides gleichzeitig!

Stain (BHE): Herr Präsident, das ist mir vollkommen klar. Aber wenn ich heute einen Gesetzentwurf vorlege und er genehmigt wird, so braucht man bekanntlich erst Ausführungsbestimmungen, und wir haben dann immerhin eine Zeit, wo die Verfügungen wohl außer Kraft gesetzt sind, aber keine Übergangsbestimmungen vorliegen, die so lange gelten, bis das Gesetz tatsächlich in Kraft ist. Wenn also das Forstgesetz sowieso all diese Regelungen bringen soll, wozu brauchen wir dann erst noch zu beschließen, daß die und jene Verfügungen, die sich dann wiederum im Gesetz erledigen, erst einmal außer Kraft gesetzt werden? Begehen wir doch hier keinen Fehler, sondern schaffen wir eine klare Tatsache, indem wir die Staatsregierung ersuchen, das Gesetz zu dem festgesetzten Termin vorzulegen! Dann ergibt sich schon vorher in den Ausschlußverhandlungen all das von selbst, was Sie haben wollen, nämlich die Abänderung der Verordnung von 1937 beziehungsweise deren Aufhebung und vor allem auch die Behandlung der Vollzugsanweisung von 1949. Ich halte es doch für das Richtige, wenn wir hier einfach so argumentieren und die Staatsregierung ersuchen, zum Termin vom 1. April 1952 das **Forstgesetz** vorzulegen.

Präsident Dr. Hundhammer: Ist der Herr Abgeordnete Lechner bereit, auf das Wort zu verzichten?

Lechner Hans (BP): Ich verzichte.

Präsident Dr. Hundhammer: Er verzichtet.
Herr Abgeordneter Kiene!

Kiene (SPD): Ich muß leider etwas zu der Sache sagen, Herr Präsident. Der Antrag ist nicht glücklich gefaßt. Meine Bedenken im Ausschuß waren doch richtig. Es handelt sich hier um zwei Tatbestände: einmal um die Aufhebung der Vollzugsanweisung gemäß unserem Landtagsbeschluß; das Brennholz nur für den Eigenbedarf und in nutzholzungtauglichen Sorten zu gewähren. Ein solcher Gesetzentwurf kann vorgelegt werden. Aber nicht vorlegen kann der Herr Staatsminister unserem Haus einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Nutzholzverordnung von 1937, weil sie eine Bundesvorschrift ist; die muß in Bonn aufgehoben werden.

Anscheinend haben die Herren Kollegen die Beilage 1815 nicht gelesen, in der der Herr Staatsminister mitteilt, daß zu dem Antrag Strauß und Genossen im Verfassungsausschuß des Bundestags darüber gesprochen wurde, daß die **Nutzholzverordnung von 1937** grundsätzlich **Bundesrecht** geworden ist und daß nach wie vor ein dringendes Bedürfnis für eine übergebieliche Regelung der Nutzholzgewinnung besteht. Denken Sie doch an den Nutzholzmangel von heute, der ungefähr die gleiche Situation schafft wie 1938 bei der Ausrüstung.

Es besteht also wahrscheinlich nicht die Möglichkeit, daß der Abschnitt I der Nutzholzverordnung aufgehoben wird. Dagegen besteht die Wahrscheinlichkeit, daß der Abschnitt II, nämlich die Ablösung von Nutzholzrechten usw., der landesgesetzlichen Regelung übertragen wird. Ich war ja von Anfang an der Auffassung, wir müssen den Antrag noch einmal gründlicher besprechen. Ich glaube, ich habe doch recht gehabt. Ich darf also vorschlagen, den Antrag in der vorliegenden Form wegen der bestehenden rechtlichen Bedenken nicht anzunehmen.

(Abg. Stain: Nochmals an den Ausschuß verweisen!)

Präsident Dr. Hundhammer: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung; die Rückverweisung an den Ausschuß ist schon abgelehnt worden.

Zunächst lag ein Antrag Stain vom 7. November 1951 vor, der zurückgezogen ist. An seine Stelle tritt der neue Abänderungsantrag Stain, vom Heutigen datiert. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag Stain abstimmen und hernach eventuell über den Ausschußantrag.

Wer dem Abänderungsantrag Stain beitrifft, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist die Mehrheit. Der Abänderungsantrag Stain ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Ausschußantrag auf Beilage 1437, über den berichtet und auch debattiert worden ist.

(Zurufe: Termin!)

Wer dem Ausschußantrag mit der Terminsänderung „1. April 1952“ an Stelle von „1. Dezember 1951“ beitreten will, der wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ich möchte die Herren, die bei keiner Abstimmung aufgestanden sind, fragen, wofür sie stimmen.

(Abg. Dr. Keller: Sehr richtig! — Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir müssen doch einmal mit dem Zustand ein Ende machen,

(Sehr richtig! in der Mitte)

daß sich Abgeordnete bei keiner Abstimmung äußern.

(Abg. Dr. Keller: Man muß wissen, was man will!)

— Auch das Präsidium muß wissen, was gewollt ist. So geht es nicht auf die Dauer.

Ich wiederhole die Abstimmung. Ich frage Sie noch einmal: Wer stimmt für den Ausschußantrag? Der wolle sich vom Platz erheben. — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Danke; jetzt ist es klar.

(Abg. Dr. Keller: Warum nicht gleich so?)

Ich möchte dringend bitten, das Präsidium nicht in die Zwangslage zu versetzen, daß es die Abgeordneten, die sich bei keiner Frage vom Platz erheben, namentlich fragt, wie sie stimmen wollen.

(Sehr richtig!)

— Der Ausschußantrag ist mit der Terminsänderung angenommen.

Ich rufe auf Ziffer 5 b der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag des Abgeordneten Bitom und Genossen, Euerl und Genossen, Gärtner, Puls und Stain betreffend Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Rechtsverhältnisse der durch Errichtung von Truppenübungsplätzen vertriebenen Bauern (Beilagen 1379, 1459).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Haisch; ich erteile ihm das Wort.

Haisch (CSU), Berichterstatter: Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft hat sich in seiner 20. Sitzung am Dienstag, den 18. September 1951, unter dem Vorsitz des Herrn Abgeordneten Baumeister mit dem Antrag der Abgeordneten Bitom und Genossen, Euerl und Genossen, Gärtner, Puls und Stain betreffend Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Rechtsverhältnisse der durch Errichtung von Truppenübungsplätzen vertriebenen Bauern befaßt. Berichterstatter war meine Person, Mitberichterstatter war der Abgeordnete Köhler.

Der Antrag lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund wegen beschleunigter Vorlage eines Gesetzes vorstellig zu werden, das die Rechtsverhältnisse der von ihrer Heimatscholle vertriebenen Bauern durch neu zu errichtende Truppenübungsplätze (wie Hohenfels) regelt.

(Haisch [CSU])

Der Berichterstatter verwies auf den vorausgegangenen Bericht des Ministeriums über Hohenfels und unterstützte den Antrag, zumal man nicht wisse, wann wieder eine derartige Katastrophe über einen Gebietsteil in Bayern hereinbrechen werde.

Der Mitberichterstatter schloß sich dieser Stellungnahme an.

Der Antrag wurde vom Ausschuß einstimmig angenommen.

Ich bitte das Hohe Haus, dem Beschluß ebenfalls einstimmig beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Ausschußbeschuß beitrifft, wolle sich vom Platz erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Ziffer 5 c der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Baumeister und Genossen, Bittinger und Genossen, Dr. Baumgartner, Frühwald und Elzer betreffend Abstandnahme von der Herabsetzung der Zuschüsse für die Zwischenunterkünfte der aus Hohenfels umzusiedelnden Bauern (Beilage 1603).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Frühwald; ich erteile ihm das Wort.

Frühwald (BP), Berichterstatter: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft wurde der vorliegende Antrag besprochen und in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, das Bundesministerium der Finanzen zu ersuchen, die aus Besatzungskosten versprochenen Zuschüsse für die Zwischenunterkünfte der aus Hohenfels umzusiedelnden Bauern nicht auf 3000 DM herunterzusetzen, sondern in Höhe von 5000 DM zu belassen.

Ich bitte das Hohe Haus, dem Ausschußbeschuß beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer dem Ausschußbeschuß beitrifft, wolle sich vom Platz erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Ziffer 5 d der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag des Abgeordneten Haisch betreffend Versorgung Bayerns mit Importgetreide (Beilage 1604).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Baumeister; ich erteile ihm das Wort.

Baumeister (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ernährungs-

ausschuß hat sich in seiner 21. Sitzung am Dienstag, den 9. Oktober 1951, mit einer Vorlage eines neuen Verteilungsplans des Bundesernährungsministeriums befaßt. Nachdem der Bayerische Landtag durch seinen Beschluß vom 21. Juni 1951 schon über die Neuverteilung der Versorgung mit Importgetreide beschlossen hatte, faßte der Ernährungsausschuß einstimmig folgenden Beschluß:

Die Staatsregierung wird ersucht, unter Berücksichtigung des Landtagsbeschlusses vom 21. Juni 1951 (Beilage 953) beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten den Vorschlag des bayerischen Landwirtschaftsministeriums zu unterstützen, damit das Land Bayern bei der Versorgung mit Importgetreide nicht benachteiligt wird.

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Beschluß des Ernährungsausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Wer dem Vorschlag des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft beitrifft, wolle sich vom Platz erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Ziffer 5 e:

Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag des Abgeordneten Eisenmann und Genossen betreffend Befähigungsnachweis bei Kauf und Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe (Beilagen 608, 811).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Eisenmann selbst.

Dieser Fall gibt mir vorweg Anlaß, auf die Bestimmung hinzuweisen, daß der Antragsteller nicht selber Berichterstatter sein soll.

(Abg. Dr. Baumgartner: Das liegt so weit zurück, Herr Präsident, daß ich es nicht ändern konnte!)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Eisenmann.

Eisenmann (BP), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag ist vor gut einem halben Jahr gestellt und noch im Juni vom Landwirtschaftsausschuß verabschiedet worden. Seit dieser Zeit ist der Antrag dadurch überholt, daß das Landwirtschaftsministerium diesen Gesetzentwurf bereits ausgearbeitet hat. Der Antrag ist wegen meiner Abwesenheit bis heute zurückgestellt worden.

Da der Gesetzentwurf bereits fertiggestellt und der Antrag und damit auch die Beschlußfassung überholt ist, ziehe ich den Antrag zurück.

Präsident Dr. Hundhammer: Damit ist dieser Punkt erledigt.

Ziffer 6 a der Tagesordnung betrifft einen Antrag Dr. Lippert betreffend Wiedereinführung von Titeln. Der Antragsteller selber hat gebeten, den Antrag zurückzustellen; er will ihn in anderer Form nochmals einbringen.

(Präsident Dr. Hundhammer)

Ich rufe auf Ziffer 6 b der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Antrag des Abgeordneten Dr. Lippert betreffend Geltendmachung von Ansprüchen gemäß § 6 Absatz 3 des Entschädigungsgesetzes (Beilagen 1032, 1576).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Zdralek; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Zdralek (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Rechts- und Verfassungsausschuß hat sich am 1. Oktober 1951 mit dem Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Lippert auf Beilage 1032 befaßt:

Die Staatsregierung wird beauftragt, die Erstattung ihrer Ansprüche nach § 6 Abs. 3 des Entschädigungsgesetzes vom 12. August 1949 beim Bund unverzüglich geltend zu machen.

Der Ausschuß hat folgende Abänderung der Fassung beschlossen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, die Erstattung ihrer Ansprüche aus dem Entschädigungsgesetz vom 12. August 1949 beim Bund und den Ländern geltend zu machen.

Ich bitte um Zustimmung.

Präsident Dr. Hundhammer: Zum Wort ist niemand gemeldet.

Wer dem Vorschlag des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Ziffer 7 der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Grenzlandfragen zum Antrag der Abgeordneten Bitom und Genossen, Baumeister und Genossen, Bantele und Genossen und Wolf Hans betreffend Freigabe der Mittel für das kurzfristige Sanierungsprogramm (Beilage 1499).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Sichler; ich erteile ihm das Wort.

Sichler (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Grenzlandfragen beschäftigte sich am 18. September 1951 mit der Notlage des Bayerischen Waldes, und zwar vor allem mit dem Notstandsgebiet des Arbeitsamtsbezirks Cham. Berichterstatter war meine Person, Mitberichterstatter Herr Kollege Eder.

Der Berichterstatter führte aus, daß der Arbeitsamtsbezirk Cham im Januar 1951 die größte Arbeitslosenziffer im Bundesgebiet mit 34,1 Prozent gegenüber einem Durchschnitt von 17,2 Prozent aufwies und daß weiterhin die Arbeitslosenziffer im Amtsbezirk Cham auch noch an zweiter Stelle nach dem Landkreis Deggendorf am höchsten ist. Ferner wies der Berichterstatter darauf hin, daß in dem Notstandsgebiet Cham bis jetzt 27 Betriebe stillgelegt und bei 35 Betrieben Entlassungen vorgenommen wurden. Im Ausschuß

ging man auch auf die nicht besonders erfreulichen schulischen Verhältnisse ein.

Der Berichterstatter erinnerte ferner daran, daß am 16. März 1951 im Deutschen Bundestag ein interfraktioneller Antrag folgenden Wortlauts einstimmig angenommen wurde:

In Ausführung des einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestags vom 18. Januar 1950 — Nr. 95, 348 Ziffer 2 der Drucksachen — werden zur Behebung von wirtschaftlichen und kulturellen Notständen in den Grenzgebieten in den Einzelplänen des Bundeshaushalts Mittel in Höhe von insgesamt 100 Millionen D-Mark zur Verfügung gestellt.

Der Berichterstatter bemerkte dazu, daß es bedauerlicherweise insbesondere der Herr Bundesfinanzminister Schäffer fertiggebracht habe, diese 100 Millionen D-Mark in einer Kabinettsitzung auf 25 Millionen D-Mark zu kürzen. Auch der Herr Regierungsvertreter Hellweg bestätigte dies und gab ergänzend bekannt, daß die Mittel aus dem 25-Millionen-Fonds so lange nicht ausgegeben werden, bis die Länder ihren Verpflichtungen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer nachgekommen sind.

Der Mitberichterstatter Eder bestätigte die Ausführungen des Berichterstatters und wies ganz besonders auf die katastrophale Lage der Wasserversorgung in den Notstandsgebieten des Bayerischen Waldes hin.

Nach verschiedenen Äußerungen der Kollegen des Grenzlandausschusses brachte der Abgeordnete Bitom nachstehenden Antrag ein, den sämtliche Mitglieder unterzeichneten und der auch einstimmig angenommen wurde:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß durch umgehende Freigabe der Mittel für das kurzfristige Sanierungsprogramm der völlige Ruin der Notstandsgebiete des bayerischen Grenzlandes verhindert wird.

Ich bitte, dem Beschluß des Ausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Vorschlag des Ausschusses zustimmt, wolle sich vom Platz erheben. — Der Ausschußantrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer 8 a der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zum Antrag der Abgeordneten Dr. Soenning und Genossen betreffend Linienführung der Autobahn München—Lindau (Beilagen 1289, 1492).

Mir wird mitgeteilt, daß gebeten wird, den Antrag zurückzustellen.

Herr Antragsteller!

Dr. Soenning (FDP): Ich habe nichts gesagt.

Präsident Dr. Hundhammer: Der Herr Berichterstatter bittet um Zurückstellung. Dann setzen

(Präsident Dr. Hundhammer)

wir den Gegenstand morgen nochmals auf die Tagesordnung. Der Berichterstatter möge aber in solchen Fällen seinen Wunsch klar zum Ausdruck bringen.

Ich rufe auf die Ziffer 8 b der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zum Antrag des Abgeordneten Bantele betreffend Wiedereinführung der früheren Kennzeichen für die bayerischen Kraftfahrzeuge (Beilagen 1279, 1493).

Berichterstatter über die Verhandlungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr ist der Abgeordnete Frenzel. Ich erteile ihm das Wort.

Frenzel (SPD), Berichterstatter: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr befaßte sich in seiner 21. Sitzung vom 20. September 1951 mit dem Antrag des Abgeordneten Bantele betreffend Wiedereinführung der früheren Kennzeichen für die bayerischen Kraftfahrzeuge. Der Antrag, der auf Beilage 1279 zu finden ist, hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund dahin zu wirken, daß für die bayerischen Kraftfahrzeuge die Kennzeichennummer „II A“ ff. wie vor 1945 wieder eingeführt wird.

Über diesen Antrag, für den der Abgeordnete Frenzel Berichterstatter und der Abgeordnete Mitlich Mitberichterstatter war, entspann sich eine sehr rege Diskussion, aus welcher hervorging, daß das gegenwärtig vom Bund vorbereitete Gesetz über die Neuorganisierung der Kennzeichen-Nummern der Kraftfahrzeuge unmöglich angenommen werden könne, weil, wenn ein Unglück passiere, niemand feststellen könne, wer der Betreffende war und welche Nummer der Wagen trug. Es wurde aus diesem Grunde dann der Abänderungsantrag des Berichterstatters angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund dahin zu wirken, daß für die bayerischen Kraftfahrzeuge die Kennzeichen-Nummern, wie sie vom bayerischen Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten ausgearbeitet wurden, eingeführt werden.

Der Ausschuß hat diesen Antrag einstimmig angenommen. Ich bitte das Hohe Haus, dem Ausschußbeschuß beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Es wird über die Beilage 1493 abgestimmt.

Wer ihr die Zustimmung erteilt, wolle sich vom Platz erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Herr Abgeordneter Dr. Lacherbauer, darf ich fragen, wie Sie abstimmen?

Dr. Lacherbauer (CSU): Herr Präsident, ich darf darauf verweisen: Ich bin einarmig und habe mich beim Aufstehen nicht ganz erheben können. Ich stimme selbstverständlich für den Antrag.

Präsident Dr. Hundhammer: Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer 8 c der Tagesordnung:

Antrag der Abgeordneten Freundl und Geiger betreffend Einbeziehung von Erzeugnissen der bayerischen Porzellanindustrie in den Warenkatalog zur Aufwandsteuer (Beilage 1435).

Zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Geiger.

Geiger (CSU), Antragsteller: Meine Damen und Herren! Das Aufwandsteuergesetz ist vom Bundestag abgelehnt worden. Infolgedessen ist dieser Antrag gegenstandslos geworden. Er wird von den Antragstellern zurückgezogen.

Präsident Dr. Hundhammer: Der Antrag ist zurückgezogen.

Ich rufe nunmehr auf die Ziffer 8 d der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zum Antrag der Abgeordneten Dr. Lippert und Fraktion und Bezold und Fraktion betreffend Kohlenversorgung der bayerischen Ziegelindustrie (Beilagen 1382, 1495).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Piehler. Ich erteile ihm das Wort.

Piehler (SPD), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Antrag der Abgeordneten Dr. Lippert und Fraktion und Bezold und Fraktion betreffend Kohlenversorgung der bayerischen Ziegelindustrie (Beilagen 1382 und 1495) wurde in der 21. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr vom 20. September 1951 ohne Debatte in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, alles zu unternehmen, um zur Erhaltung der Arbeitsplätze von rund 12 000 Ziegeleiarbeitern sowie zur Vermeidung von drohenden Störungen in der Bauwirtschaft der bayerischen Ziegelindustrie noch für September und die folgenden Monate eine entsprechende Kohlenquote zu sichern.

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Beschluß beizutreten, obwohl er schon überholt ist, weil der September bereits verflossen ist.

(Abg. Dr. Baumgartner: Der Antrag wurde im August als Dringlichkeitsantrag eingereicht!)

Präsident Dr. Hundhammer: Zu dem Zwischenruf möchte ich bemerken: Wenn die Inflation der Anträge nicht so groß wäre, wäre eine rechtzeitigere Erledigung möglich.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, wie er laut Beilage 1382 vorliegt, möge sich vom Platz erheben. — Die Annahme ist einstimmig.

(Präsident Dr. Hundhammer)

Ich rufe auf die Ziffer 8 e der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zum Antrag der Abgeordneten Bantele, Gegenwarth, Dr. Sturm, Pittroff und Simmel betreffend Berücksichtigung des oberfränkisch-oberpfälzischen Raumes beim Bau der Autobahn Nürnberg—Frankfurt (Beilagen 748, 496).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Mittich. Ich erteile ihm das Wort.

Mittich (BHE), Berichterstatter: Hohes Haus! Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr befaßte sich in seiner Sitzung vom 20. September 1951 mit dem Antrag der Abgeordneten Pittroff, Bauer Hanns-Heinz und Genossen, Eberhard und Genossen, Bantele, Roßmann (BP), Riediger, Simmel (BHE), Dr. Eberhardt und Genossen betreffend Weiterführung der Autobahnstrecke Lanzendorf—Bamberg (Beilage 748). Berichterstatter war der Abgeordnete Mittich, Mitberichterstatter der Abgeordnete Bantele. Der Antrag lautete:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, beim Bund darauf hinzuwirken, daß als vordringliche Maßnahme die zum Teil schon fertiggestellte und vorbereitete (fertige Brücken) Autobahnstrecke Lanzendorf bei Bayreuth-Bamberg, von der Autobahn Hof a. d. Saale—München abzweigend, ausgeführt wird. Für das ganze nordostoberfränkische Wirtschafts- und Industriegebiet ist dieser Autobahnbau als Ost-westverbindung von existenzsichernder Bedeutung.

Dieser Antrag wurde dann wie folgt abgeändert:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bundesverkehrsministerium nachdrücklich dafür einzutreten,

1. daß in die Planung und den Bau der Autobahn Nürnberg—Würzburg—Frankfurt gleichzeitig die Planung und der Bau einer Autobahnstrecke aus dem oberfränkisch-oberpfälzischen Raum (Berneck—Lanzendorf als Abzweigstelle) nach dem Westen einbezogen wird;
2. daß dem Straßenbauamt — Autobahn Nürnberg — die erforderlichen Mittel für die Planung und für die Erstellung der Verkehrswirtschaftspläne zugeteilt werden.

Die Ziffer 1 dieses Antrags wurde mit 15 gegen 8 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen, die Ziffer 2 mit allen Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Beschluß.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Ausschußvorschlag auf Beilage 1496 zustimmt, möge sich vom Platz erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer 8 f der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zum Antrag des Abgeordneten Piehler betreffend Verteilung von Bundesmitteln für den Ausbau und die Unterhaltung der Bundesstraßen und Autobahnen (Beilage 1497).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Schedl. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Schedl (CSU), Berichterstatter: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Aus Anlaß einer längeren Debatte über Autobahnen und Bundesstraßen stellte der Herr Abgeordnete Piehler in der 21. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr vom 20. September 1951 folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dafür einzutreten, daß bei der Verteilung von Bundesmitteln für den Ausbau und die Unterhaltung der Bundesstraßen und Autobahnen die Gesamtlänge dieser Straßen in den einzelnen Ländern mit berücksichtigt wird.

Der Ausschuß hat den Antrag einstimmig angenommen. Ich empfehle Ihnen, dem Ausschußbeschuß beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem vom Berichterstatter wiedergegebenen Ausschußbeschuß beitrifft, möge sich vom Platz erheben. — Danke. Die Annahme ist einstimmig erfolgt.

Ich rufe auf die Ziffer 8 g der Tagesordnung:

Antrag der Abgeordneten Dr. Malluche und Fraktion betreffend Ausbau der Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße (Beilagen 1284, 1591).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Drechsel. Ich erteile ihm das Wort.

Drechsel (SPD), Berichterstatter: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der 22. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr vom 4. Oktober 1951 wurde folgender Antrag der Frau Abgeordneten Dr. Malluche und Fraktion behandelt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Rahmen des Landesentwicklungsplanes dem Ausbau der Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße eine bevorzugte Stellung einzuräumen und dem Landtag einen eigenen Finanzierungsplan für den Ausbau dieser Großschiffahrtsstraße vorzulegen.

Nach einer eingehenden Debatte, an der sich sieben Abgeordnete, ein Regierungsvertreter und der Direktor der Rhein-Main-Donau AG beteiligten, kam folgender Antrag des Ausschusses zustande:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Rahmen des Landesentwicklungsplans dem Ausbau der Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße eine bevorzugte Stellung einzuräumen.

(Drechsel [SPD])

Gleichzeitig wird die Staatsregierung beauftragt, mit dem Bund in Verhandlungen dahingehend einzutreten, daß die Leistungen des Bundes erhöht und dementsprechend die Leistungen Bayerns festgesetzt werden.

Der Ausschuß hat den Antrag einstimmig angenommen. Ich bitte das Hohe Haus, das gleiche zu tun.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. — Wer dem Ausschußvorschlag zustimmt, möge sich vom Platz erheben. — Die Annahme ist einstimmig.

Ich rufe auf die Ziffer 8 h der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zum Antrag der Abgeordneten Dr. Malluche und Fraktion betreffend Erhaltung des Filmgeländes Geiseltal für den deutschen Film (Beilagen 1358, 1592).

Berichtersteller ist der Abgeordnete Dr. Lenz. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Lenz (CSU), Berichtersteller: Meine verehrten Damen und Herren! Der Antrag von Frau Dr. Malluche und Fraktion wurde in der 22. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr behandelt. Berichtersteller war Dr. Lenz, Mitberichtersteller der Abgeordnete Mittich.

Die Berichtersteller stimmten dem vorliegenden Antrag grundsätzlich zu, warteten aber die Erklärung der Staatsregierung ab.

Die Antragstellerin stellte fest, die Staatsregierung sei sich der Wichtigkeit des Filmgeländes bewußt. Der Ausschuß möge sich überlegen, wie man Geiseltal für den deutschen Film erhalten könne, da es das wichtigste Filmgelände in Westdeutschland sei. Da heute keine Privatgesellschaft Geiseltal kaufen könne, müsse sich der Staat überlegen, was zu tun sei. Der Staat solle seine Hilfe leihen, damit die Filmproduktion weiterlaufen könne.

Ministerialrat Dr. Zehler führte aus — —

(Zurufe)

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich an dieselbe Methode zu halten, die wir über die Berichterstattung grundsätzlich vereinbart haben. Es sollen der Antrag und der gefaßte Beschluß bekanntgegeben werden, soweit nicht aus dem Hohen Hause im Einzelfalle eine eingehendere Begründung gewünscht wird.

Dr. Lenz (CSU), Berichtersteller: Ich bitte um Entschuldigung; das wußte ich nicht. Darf ich noch die Stellungnahme des Regierungsvertreters bekanntgeben?

Präsident Dr. Hundhammer: Das wird nicht verlangt.

Dr. Lenz (CSU), Berichtersteller: Der Beschluß des Ausschusses lautet folgendermaßen:

Die Staatsregierung wird ersucht, gemäß den ihr gegebenen rechtlichen Möglichkeiten die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß das Filmgelände Geiseltal unter allen Umständen dem deutschen Film unter weitestgehender Berücksichtigung der Interessen der bayerischen Wirtschaft erhalten bleibt.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen; ich bitte das Hohe Haus, dem Ausschußbeschluß beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Eine Wortmeldung liegt auch hier nicht vor. Wer dem Beschluß des Ausschusses beitreten will, wolle sich vom Platz erheben. — Das Plenum ist dem Ausschußbeschluß einstimmig beigetreten.

Ich rufe auf Ziffer 8 i der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zum Antrag des Abgeordneten Dr. Schedl und Genossen betreffend Gewährung von Kohlenprämien für Grubenholzlieferungen (Beilagen 1425, 1593)

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Piehler; ich erteile ihm das Wort.

Piehler (SPD), Berichtersteller: Der Antrag Dr. Schedl und Genossen betreffend Gewährung von Kohlenprämien für Grubenholzlieferungen auf Beilagen 1425 und 1593 wurde in der 22. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr vom 4. Oktober 1951 mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung in folgender Fassung angenommen:

Die Staatsregierung wird ersucht, unverzüglich Verhandlungen mit dem Ziel der Gewährung von Kohlenprämien für Grubenholzlieferungen aufzunehmen, damit die Bevölkerung Bayerns, die wegen der außerordentlich großen Zahl von Heiztagen durch die gleichmäßige Kohlenverteilung in der Hausbrandversorgung stark benachteiligt ist, der Bevölkerung der übrigen Länder der Bundesrepublik gleichgestellt werden kann. Die Kohlenprämien dürfen auf das bayerische Hausbrandkontingent nicht angerechnet werden.

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Beschluß beizutreten.

Präsident Dr. Hundhammer: Zu diesem Punkt der Tagesordnung ist Herr Dr. Eberhardt zu Wort gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

(Unruhe)

Dr. Eberhardt (FDP): Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Murren Sie nicht, es geht rasch! Ich habe nur den Eindruck, als wenn an einer Stelle etwas nicht stimme. Auf Veranlassung einiger Mitglieder des Bayerischen Kohlenhandelsverbandes habe ich wegen dieser Frage sowohl mit dem Wirtschaftsministerium wie mit dem Landwirtschaftsministerium verhandelt. Dabei habe ich vom Landwirtschaftsministerium folgende Auskunft bekommen: Die Prämie für das Grubenholz, die also bereits läuft und nicht erst vereinbart zu werden braucht, erhält der Waldbesitz zur Versorgung der

(Dr. Eberhardt [FDP])

Brennstoffbedürftigen. Die Prämie unterliegt nicht der Bewirtschaftung und wird auch innerhalb Bayerns bei den Hausbrandzuteilungen nicht angerechnet. Die **Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums** lautet: Bereits vor Anlaufen der Aktion, welche die Gewinnung von Grubenholz durch Bereitstellung von Ruhrkohlenprämien Scheinen bezweckt, setzte sich das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft mit dem bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Verbindung, um sich bei der Verteilung der Ruhrkohlenprämien Scheine einzuschalten. Das wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Ruhrkohlenprämien Scheine ohne Anrechnung auf die üblicherweise zuteilte Hausbrandkohle gegeben werden sollten.

Es ist also folgendes geschehen: Die Aktion, die jetzt eingeleitet werden soll, ist bereits da. Sie läuft aber nicht durch den ordnungsmäßigen Kanal des Wirtschaftsministeriums derart, daß, wie es der Antrag bezweckt, die Menge der zur Verfügung stehenden Kohle für den Hausbrand erhöht wird, sondern sie wird vom Landwirtschaftsministerium durch die Forstämter einseitig bewirtschaftet, ohne der Allgemeinheit zugute zu kommen. Die Auswahl erfolgt durch das Landwirtschaftsministerium. Dieser Vorgang scheint mir an irgendeiner Stelle nicht in Ordnung zu sein.

Wenn das Landwirtschaftsministerium auf dem Standpunkt stand: Ich lasse dich, Wirtschaftsministerium, nicht mit einschalten, weil diese Kohle nicht unter Anrechnung auf die Hausbrandkohle gegeben wird, so ist das eine **Verlagerung in der Zuteilungsebene**. Diese Ruhrkohlenprämien Scheine werden nicht auf die Menge angerechnet, die Bayern für sich als Hausbrand zu verlangen hat. Was aber nach Bayern hereinkommt, muß doch nach gerechten Maßstäben gleichmäßig verteilt werden, und zwar durch die Kanäle, über die das Wirtschaftsministerium bestimmt. Diese Kohle darf nicht — und das scheint mir der Gedanke zu sein, der einer Erörterung bedarf — durch das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, also durch die **Forstabteilung allein** verteilt werden.

Da hier etwas nicht in Ordnung zu sein scheint, glaube ich, ist es notwendig, daß uns die Vertreter der beiden Ministerien über diese Frage noch etwas sagen, weil wir sonst nicht klar sehen.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Schedl.

Dr. Schedl (CSU), Antragsteller: Meine Damen und Herren! Der Antrag ist einmal deshalb eingebracht worden, weil die Zahl der Heiztage in Bayern bis zu 30 Tagen größer ist als in den übrigen Bundesgebieten. Bei der **Aufteilung der Hausbrandkohle** wurde hierauf keine Rücksicht genommen. Zum anderen wurde er deshalb gestellt, weil das Staatsministerium für Wirtschaft erklärt hat, daß das Verfahren der Zuteilung von Prämienkohlen eingestellt worden ist. Um die Zuteilung von Prämienkohlen wieder zu erreichen, wurde der Antrag eingebracht und auch angenommen.

Präsident Dr. Hundhammer: Es folgt der Herr Abgeordnete Stain.

Stain (BHE): Hohes Haus! Ich glaube, wir können diesem Antrag bedenkenlos zustimmen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß sich der Vorgang, von dem Herr Abgeordneter Dr. Eberhardt sprach, im vorigen Winter ereignete. Schon damals hatten wir eine Grubenholzzuteilung, die augenblicklich nicht läuft und wieder angestrebt werden soll. Herr Dr. Eberhardt hat besonders beanstandet, daß die **Verteilung über das Landwirtschaftsministerium** geht. Das gleiche erfolgt aber heute auch bei der Verteilung der Zusatzmengen in der Hausbrandversorgung. Bayern wird nämlich soundsoviel Brennholz auf die Kohle angerechnet. Zur Beurteilung, welche Gebiete walddreich und welche walddarm sind, muß unbedingt die Forstbehörde als sachverständige Behörde eingeschaltet werden. Es handelt sich bei dieser Verteilungsart um nichts anderes als um die **sachliche Stellungnahme der Forstbehörde**, die auf Grund ihrer früheren Brennholzlieferungen und Verteilungspläne ihr Gutachten abzugeben hat. Im übrigen ist die letzte Grubenholzprämie durch den normalen Kohlenhandel gegangen und wurde über den Kreisbeauftragten für Kohlenlenkung, der wiederum eine nachgeordnete Stelle des Wirtschaftsministeriums ist, weitergeleitet.

Ich glaube nicht, daß irgendwelche Bedenken berechtigt sind und wir den Antrag unterstützen können, um auf diese Weise **zusätzlich Hausbrandkohle** für Bayern zu bekommen.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Rednerliste ist erschöpft; wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Vorschlag des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr gemäß Beilage 1593 zustimmen will, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist angenommen.

Ich schlage dem Hohen Hause vor, die Beratungen für heute zu beenden. Bevor ich die Sitzung schließe, sind noch zwei Dinge zu erledigen:

Die **Nachprüfung der zweiten namentlichen Abstimmung** des heutigen Tages hat ergeben, daß Herr Abgeordneter Simmel aus Versehen zwei offenbar aufeinander haftende Karten abgegeben und somit zweimal mit Nein gestimmt hat. Eine dieser Stimmen ist damit als irrtümlich gezählt zu bezeichnen. Das Abstimmungsergebnis ist in folgender Weise zu berichtigen: Insgesamt wurden statt 178 nur 177 Stimmen abgegeben. Davon sind 99 Ja-Stimmen. Statt 76 sind es nur 75 Nein-Stimmen. Die Stimmenthaltungen, nämlich 3, bleiben gleich.

Zur Abgabe einer persönlichen Erklärung gemäß § 68 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Hadasch das Wort erbeten; ich erteile ihm das Wort.

(Zurufe)

Hadasch (FDP): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich will Sie nicht mehr lange aufhalten!

(Hadasch [FDP])

Der Herr Ministerpräsident hat sich veranlaßt gesehen, hier eine persönliche **Ehrenerklärung** für Herrn Staatssekretär Dr. Grieser abzugeben, wobei nicht ganz herausgekommen ist, wodurch sie veranlaßt wurde.

(Oho! bei der SPD)

Ich habe bisher das Protokoll nicht gelesen, verzeihen Sie bitte!

(Abg. Dr. Franke: Es war der „Herr“ Ministerpräsident; Sie hatten nur Ministerpräsident gesagt!)

Ich habe das Protokoll noch nicht gelesen. Damit aber die Dinge klar werden, werde ich mich persönlich ganz hinter die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten stellen. Es lag nicht in meiner Absicht, die soziale Einstellung oder die geleistete Arbeit des Herrn Staatssekretärs Dr. Grieser irgendwie anzugreifen. Ich weiß, was gerade Herr Staatssekretär Dr. Grieser auf diesem Gebiete geleistet hat.

Es ist mir aber der Vorwurf gemacht worden, ich wüßte die Dinge nicht, die sich damals abgespielt haben. Ich muß sagen: Ich kenne sie sehr genau. Ich habe aber vielleicht einen Fehler begangen, indem ich voraussetzte, daß Sie einiges wissen. Das möchte ich in zwei oder drei Sätzen nachholen.

Zwischen dem Herrn Staatssekretär Dr. Grieser und dem ersten Vorsitzenden des Heimkehrerverbandes, Herrn Fischer, haben sehr starke **persönliche Differenzen** bestanden. Solche kommen schließlich überall vor. Ich hätte es gerne gesehen, wenn diese persönlichen Differenzen persönliche Differenzen geblieben wären.

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter! Sie dürfen zur Sache keine weiteren Ausführungen machen. Ich muß mich konsequent an die Geschäftsordnung halten: Sie können eine eigene Erklärung berichtigen oder gegen einen Angriff Stellung nehmen.

Hadasch (FDP): Das will ich tun! Ich habe die Bemerkung nur deshalb gemacht, weil vom Herrn Abgeordneten Weishäupl vorher eine Äußerung des Herrn Staatssekretärs Dr. Grieser gegen Herrn Fischer zitiert worden ist. Ich wußte, daß zwischen beiden persönliche Spannungen bestehen und habe es gerade deshalb nicht für richtig gefunden, daß eine solche Erklärung eines solchen Herrn hier zitiert wird.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich schlage vor, mit der Sitzung morgen früh um 9 Uhr wieder zu beginnen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 27 Minuten)

